

epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Frank Hinte

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd Dokumentation: Peter Bosse-Brekenfeld (verantw.)

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 22,30 Euro, jährlich 267,60 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt des Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: aboservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 23. Juni 2009

www.epd.de

Nr. 27

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise

Referate einer Tagung am 22./23. April 2009 in der Evangelischen
Akademie zu Berlin

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Direktor:
Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Frank Hinte
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur
Peter Bosse-Brekenfeld
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.

Druck: druckhaus köthen

■ EKD-Unternehmer-Denkschrift in der Diskussion

Die Tagung hatte über weite Strecken die Unternehmerdenkschrift der EKD als Referenzpunkt. Nicht nur, weil bereits Monate vor Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise viele der heute diskutierten Diagnosen und Regulierungsvorschläge bereits Eingang in den Text der Denkschrift gefunden hatten. Vielmehr wurde auf der Tagung noch einmal deutlich, dass die Denkschrift innerhalb des Protestantismus, aber auch in Politik, Medien und gesellschaftlichen Organisationen als deutliche Positionierung der Evangelischen Kirche zur Sozialen Marktwirtschaft verstanden wird. Mitten in der Stunde des Staates ermutigt die Denkschrift »zu unternehmerischem Handeln als einer wesentlichen Quelle für gesellschaftlichen Wohlstand«

(Vorwort des Ratsvorsitzenden der EKD zur Denkschrift).

Die Tagung fand in einer gesellschaftlichen Situation statt, in der Ursachen und Folgen der Krise als Zustimmungfrage zu unserer Wirtschafts- und Sozialordnung diskutiert werden. Das häufige Stellen der Systemfrage in unserem Land deutet ohne Frage auf ein tiefer liegendes Akzeptanzproblem hin. Der Vorwurf der Kritiker der Denkschrift, die EKD habe »Frieden mit dem Kapital« geschlossen, bezieht sich daher nicht nur auf die kritikwürdigen Unternehmer, Manager oder Firmen, wie zum Beispiel die Private Equity-Gesellschaften. Vielmehr schimmern heute Kritiken an der Wettbewerbsordnung insgesamt auf, die es in den Kirchen und in der Ökumene schon immer gegeben hat.

Dabei enthält die Denkschrift vom Juli 2008 ordnungspolitische Positionen und wirtschaftspoliti-

sche Kritiken, die deutliche Verbesserungen der Regelwerke einfordern. Doch zugleich nimmt sie die ethische Kompetenz von Marktteilnehmern – als Konsumenten wie als Manager oder Eigentümer – ernst.

Die Suche nach guten Ordnungen in der Wirtschaft ist ein altes Anliegen, an dem sich evangelische Christen von Anbeginn der Neuordnung unseres Wirtschaftssystems nach dem Krieg beteiligt haben. Diese Kompetenz schlägt sich in der Denkschrift nieder. Die Kammer der EKD hat beim Verfassen des Textes zudem nicht vergessen, dass Ordnungen, die Menschen nötigen, andauernd gegen die eigenen Vorteils kalküle zu handeln, kaum nachhaltig sein können. Auch nach der Krise müssen wir uns fragen, wie unser Menschenbild Eingang in eine gute Ordnung der Wirtschaft finden kann.

(Michael Hartmann, Seite 4)

Quellen:

»Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft« – Protestantische Antworten auf die Krise

Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin in Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD, Berlin, 22. – 23.4.2009

Aus dem Inhalt:

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise, EA zu Berlin, 22./23.4.2009 – Einführung

- ▶ Dr. Michael Hartmann:
»Einführung in das Thema und Rückblick auf die Tagung« 4

Beiträge zur Tagung

- ▶ Prof. Dr. Gerhard Wegner:
»Die Krise als Chance zur Erneuerung der Wirtschaftskultur? – Einige theologische Fremdwahrnehmungen des Ökonomischen aus aktuellem Anlass« 6

Finanzmarktkrise – Ende unternehmerischer Freiheit? – Impulse

- ▶ Prof. Dr. Birger P. Priddat:
»Falsche Anreize. Zur Finanzkrise« 14
- ▶ Prof. Dr. Christoph Stückelberger:
»Credo – Credibilität – Credit – Finanzmarktkrise aus Sicht protestantischer Ethik« 16
- ▶ Prof. Dr. Paul Windolf:
»Funktionswandel des Unternehmertums – Eigentum, Risiko, Verantwortung« 23

Andacht

- ▶ Cornelia Coenen-Marx:
»Andacht« 28

Protestantische Wirtschaftsethik und Soziale Marktwirtschaft

- ▶ Prof. Dr. Traugott Jähnichen:
»Protestantische Wirtschaftsethik und Soziale Marktwirtschaft – Zur Renaissance eines ordnungspolitischen Leitbilds?« 31
- ▶ Prof. Dr. Franz Segbers:
»Protestantismus und Soziale Marktwirtschaft. Thesen zur Diskussionsveranstaltung« 36
- ▶ Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm:
»Christliche Unternehmensethik in Zeiten der Wirtschaftskrise« 43

Nach Krise, ordnungspolitischen Sündenfällen und Neuanfang

- ▶ Dr. Reinhard Göhner:
»Nachhaltigkeit statt Unstetigkeit« 48
- ▶ Präses Nikolaus Schneider:
»Fragen zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft« 50
- ▶ Prof. Dr. Gert G. Wagner:
»Unternehmer(tum) im protestantischen Diskurs« 52

»Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise« – Einführung in das Thema und Rückblick auf die Tagung

Von Dr. Michael Hartmann, Evangelische Akademie zu Berlin

EA zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwanenwerder, 22. - 23. 4. 2009

Die Tagung hatte über weite Strecken die Unternehmerdenkschrift der EKD als Referenzpunkt. Nicht nur, weil bereits Monate vor Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise viele der heute diskutierten Diagnosen und Regulierungsvorschläge bereits Eingang in den Text der Denkschrift gefunden hatten. Vielmehr wurde auf der Tagung noch einmal deutlich, dass die Denkschrift innerhalb des Protestantismus, aber auch in Politik, Medien und gesellschaftlichen Organisationen als deutliche Positionierung der Evangelischen Kirche zur Sozialen Marktwirtschaft verstanden wird. Mitten in der Stunde des Staates ermutigt die Denkschrift »zu unternehmerischem Handeln als einer wesentlichen Quelle für gesellschaftlichen Wohlstand“ (Vorwort des Ratsvorsitzenden der EKD zur Denkschrift).

Die Tagung fand in einer gesellschaftlichen Situation statt, in der Ursachen und Folgen der Krise als Zustimmungfrage zu unserer Wirtschafts- und Sozialordnung diskutiert werden. Das häufige Stellen der Systemfrage in unserem Land deutet ohne Frage auf ein tiefer liegendes Akzeptanzproblem hin. Der Vorwurf der Kritiker der Denkschrift, die EKD habe »Frieden mit dem Kapital« geschlossen, bezieht sich daher nicht nur auf die kritikwürdigen Unternehmer, Manager oder Firmen, wie zum Beispiel die Private Equity-Gesellschaften. Vielmehr schimmern heute Kritiken an der Wettbewerbsordnung insgesamt auf, die es in den Kirchen und in der Ökumene schon immer gegeben hat.

Dabei enthält die Denkschrift vom Juli 2008 ordnungspolitische Positionen und wirtschaftspolitische Kritiken, die deutliche Verbesserungen der Regelwerke einfordern. Doch zugleich nimmt sie die ethische Kompetenz von Marktteilnehmern – als Konsumenten wie als Manager oder Eigentümer – ernst.

Die Suche nach guten Ordnungen in der Wirtschaft ist ein altes Anliegen, an dem sich evangelische Christen von Anbeginn der Neuordnung unseres Wirtschaftssystems nach dem Krieg betei-

ligt haben. Diese Kompetenz schlägt sich in der Denkschrift nieder. Die Kammer der EKD hat beim Verfassen des Textes zudem nicht vergessen, dass Ordnungen, die Menschen nötigen, andauernd gegen die eigenen Vorteils kalküle zu handeln, kaum nachhaltig sein können. Auch nach der Krise müssen wir uns fragen, wie unser Menschenbild Eingang in eine gute Ordnung der Wirtschaft finden kann.

Ein ganzes Kapitel der Denkschrift wurde dem Zusammenhang von Unternehmen und Kapitalmarkt gewidmet, es ist das Kapitel 6: »Unternehmerisches Handeln und Kapitalmarkt«.

Auf der Tagung wurde mit den Experten intensiv über die Frage diskutiert, ob es angemessen sei, nur das Marktversagen als Krisenauslöser zu beklagen. Die Denkschrift richtet hier bereits im Juli 2008, also vor Anbruch der Finanzmarktkrise, den Blick auf den Staat als einem Mitverantwortlichen: Ziffer 83: »Die 2007 ausgebrochene Finanzkrise hat ihre Ursache im Wesentlichen in einer zu expansiven Geldpolitik der US-amerikanischen Zentralbank, die einen Immobilienboom auslöste und zugleich den Finanzinvestoren durch zunehmende Verschuldung höhere Renditen ermöglichte.« Damit stellt sich die EKD der Frage, was vorrangige Aufgabe einer Zentralbank sei und ob der Staat unabhängige Institutionen politisch instrumentalisieren dürfe.


Die Tagung ging der These nach, dass wir besonders mitten in der Krise darauf angewiesen sind, die Rollen zwischen Staat und privaten Akteuren in der Wirtschaft sauber zuzuordnen und damit auch Risiken und Haftungen ordentlich zu verteilen.

Schließlich kreiste die Diskussion um die sozial-ethischen Folgerungen, die aus der Krise zu ziehen sind und um die moralische Verantwortlichkeit des Individuums.

Auch bei guten Rahmenordnungen ist diese Zuständigkeit vermutlich unentbehrlich. Das Vertrauen, dass allein die besseren Regulierungen zur Mäßigung und letztlich Vermeidung kommender Krisen führen werden, war unter den Experten gering ausgeprägt. Die Bewährung der Freiheit wirtschaftlicher Akteure, so beschreibt es

die Denkschrift, wird dann gefordert, wenn auf kurzfristige Vorteile verzichtet werden muss, um dauerhaften Schaden von Partnern, Kunden oder Märkten im Wirtschaftsleben oder vom gesamten Gemeinwesen fernzuhalten.

An dieser Nachhaltigkeit von Marktbeziehungen zu arbeiten, ist kein moralischer Individualismus, der der Denkschrift mitunter vorgeworfen wird. Die Krise lässt Fragen nach Fairness und Rezipro-

zität verstärkt aufkommen. Zusammenhalt und Gegenseitigkeit in wirtschaftlicher Kooperation haben sich in der Freiheit zu bewähren. Regeln werden solch ein Wohlverhalten allein nicht ersetzen oder erzwingen können. Diese Mäßigung hat als durchaus kalkuliertes Verhalten auf Märkten und im Wettbewerb genauso ihren Platz wie sie Teil des Verständnisses von evangelischer Freiheit ist. 

Die Krise als Chance zur Erneuerung der Wirtschaftskultur?¹ – Einige theologische Fremdwahrnehmungen des Ökonomischen aus aktuellem Anlass

Von Prof. Dr. Gerhard Wegner

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise, EA zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwannenerwerder, 22. - 23. 4. 2009

»This particular recession is a moment – a kairos – when we have to reflect as a country on what are the things that nourish the values, the virtues, we want to have ... Capitalism needs to be underpinned with regulation and a moral purpose.«

(Cardinal Cormac Murphy – O’Connor, Westminster)

»Bankgeschäfte müssen wieder langweilig werden.«

(Paul Krugman)

Zunächst:

Viele, die noch vor wenigen Monaten den Mund sehr voll genommen haben, sind nun blamiert. Ebenso viele kommen nun als Wendehälse daher und nehmen gegen alle ihre ordnungspolitischen Grundsätze den Staat in die Pflicht, den sie vorher gerupft hatten – machen schieben sogar scheinheilig die Schuld auf ihn ab, da ja die Deregulierung angeblich einseitig politisch gewollt gewesen sei. Andere können sich auf einmal nicht mehr erinnern – wohl weil es gerade in der Finanzwirtschaft ganz einfach nicht möglich ist, sich geirrt zu haben. Wem kann man dann überhaupt noch vertrauen, wenn selbst die, die Milliarden bewegen, sich irren konnten? Der hannoversche Ökonom Stefan Homburg fragt deswegen in »brandeins« durchaus zu recht: »Sind denn alle verrückt geworden?« Nicht nur, dass sich die Finanz- von der Realwirtschaft gelöst hat – es ist auch der jetzt laufende Diskurs offensichtlich in vielen Köpfen unreal. Oder vielleicht doch nicht? Ist die In-Pflicht-Nahme des Staates vielleicht gar nicht Indikator eines Paradigmenwechsels, wie viele zu Beginn meinten, sondern nichts weiter als die endgültige Ausdehnung der ökonomischen Logik auch auf ihn, der längst »ideeller Gesamtkapitalist« war und sich nun zum »reellen« mauert? Die Zweifel jedenfalls, dass der Staat überhaupt die Wirtschaft kraftvoll bändigen könnte, sind groß. Der Risikoappetit wird wiederkehren

(FAZ). Und schon bereiten auch die ersten Protagonisten mit zarten Hinweisen darauf, dass es doch im Grunde zu viel Gleichheit und Solidarität gewesen seien, die letztlich die Krise heraufbeschworen hätten, den kommenden Diskurs vor, wer die Kosten der Krise tragen soll.

Es braucht, und das ist eigentlich ja auch überall klar, dringend grundlegender Änderungen. Eine Ordnung, die in diesem Umfang Opfer produziert, wie dies zur Zeit der Fall ist, während andere nach wie vor gut verdienen, kann christlich-sozialethisch nicht gerechtfertigt werden. »Es gibt ehrlichen und breiten Ärger darüber, dass diejenigen, die am meisten zur Krise beigetragen haben, am meisten von dem System profitiert haben.« »Es ist so, als ob zu viele Leute gar nicht mehr gefragt haben, was richtig und was falsch war, sondern nur noch drauf geachtet haben, ob etwas noch legal war und mit internen Kontrollen übereinstimmte.« (Stephen Green, HSBC) Wobei auch deutlich ist: ein anderes System ist nicht in Sicht – aber durchaus eine bessere Variante des Kapitalismus, eine robustere, die uns in den Krisen, die kommen werden, besser zurecht kommen lässt. Darauf richtet sich die Suche und dazu sollen die folgenden thesenhaften Überlegungen beitragen.

Diese Thesen sind nicht von einem Ökonomen, sondern von einem an Ökonomie interessierten Theologen und ordiniertem lutherischen Pastor verfasst. Das soll und darf keine Fehler in der sachlichen Analyse entschuldigen – aber es weist auf das grundlegende Interesse dieses Textes hin: es geht nicht um letzte Feinheiten und irgendeine Art von operativen Normierungen des Wirtschaftens aus einer vermeintlich »höheren« Perspektive, nicht darum, dass die Kirche nun selbst die Wirtschaft machen wollen würde, sondern – um eine klassische Wendung zu zitieren – darum, dass Wirtschaften (wieder) möglich wird bzw. bleibt. Diese Sichtweise impliziert allerdings von vornherein, dass Wirtschaften etwas ist, was sich sozusagen in der Schöpfung – und nicht ihr gegenüber – vollzieht; d.h. ein praktisches Handeln und Geschehen, das sich Zielen außerhalb seiner selbst verpflichtet weiß. Christlich lässt sich verantwortliches Wirtschaften nur als mediatisiertes Handeln denken: ein Tun, das seinen Wert aus

der es grundierenden Kultur oder eben der Religion bzw. dem christlichen Glauben erhält. Wirtschaften hat deswegen Maß und Ziel – und überschreitet seine Grenzen, wenn es sich nur noch in sich selbst steigert.²

Einer freien, verantwortlichen, sozialen und nachhaltigen Wirtschaft kommt in der Schöpfung Gottes ein bedeutender Stellenwert zu – daran kann kein Zweifel sein und daran hat auch die Kirche nie einen Zweifel gelassen. Und dies gilt auch im Prinzip nach wie vor für die Finanzwirtschaft: »Gut regulierte Kapitalmärkte können ... zu erheblichen Wohlfahrtsgewinnen durch Transparenz, Effizienz und eine bessere Risikoverteilung beitragen.« (Denkschrift des Rates der EKD: Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive, These 6). Das war jedenfalls

die offizielle Hoffnung; weswegen das alte bankbasierte System, mit dem zumindest Deutschland lange Zeit gut gefahren war, ausgehebelt wurde. Nun sieht es so aus, dass der Anspruch des ungezügelter Finanzmarktkapitalismus das Universalmodell wirtschaftlicher Entwicklung zu sein, endgültig zertrümmert ist. Man muss sich ja nur einmal klar machen, wie es in Deutschland heute aussehen würde, wenn die Politik den Empfehlungen der Finanzmarktpologeten gefolgt wäre und z.B. die Rentenversicherungen entsprechend geändert hätte. Die Idee vom sich selbst regulierenden freien Markt als universalem Leitbild – etwas, was ja gerade auf den Finanzmärkten der Fall sein sollte – ist nicht mehr glaubwürdig. Oder? Ist sie vielleicht gar nicht richtig ausprobiert worden?

Thesen

1.) Leichtsinn ist kein Schicksal

Obwohl es banal klingt, muss es zu Beginn einer jeden Erörterung über Ursachen und Folgen der Krise gesagt werden: sie ist kein Schicksal sondern hat ihre Ursachen in leichtsinnigen und fahrlässigen Entscheidungen der beteiligten Akteure und vor allem gravierenden politischen Weichenstellungen der vergangenen Jahre. Der Rückbau von Kontrolle hat zur Intransparenz der Finanzmärkte und damit zur Nicht-Wahrnehmbarkeit größter Risiken beigetragen. Die Orientierung an systemisch nicht erreichbare, maßlose Renditeziele von 25 % und mehr verhinderte eine angemessene Risikowahrnehmung weiter bzw. blendete sie notwendig völlig aus. Unternehmens(un)kulturen in den Finanzmärkten verhinderten die Zurechnung von Verantwortung und förderten Lemming-Effekte.

Mir scheint, dass dies auch mit der insgesamt zur Irrealität verleitenden ökonomischen Leitlogik der Finanzmärkte zusammenhängt: es gibt hier eben nur die Orientierung am Geld – und d.h. an der Zahl – als solchem. Es fehlen ergänzende Logiken, die die Zahlen an die reale Welt zurück binden würden (Innovationen, Investitionen o.ä.). Investmentbanker kennen z.B. keinen Kundenkontakt – in nicht allzu weiter Ferne wird man sie ja vielleicht sogar durch Computerprogramme ersetzt haben, die dann miteinander »spielen«. Welche Vorstellung der Wirklichkeit wird hier eigentlich transportiert? Die Kapitalmarktsparte der Depfa in Dublin (Tochter der Hypo Real Estate) sei nur

noch mit dem Spielkasino von Monte Carlo³ vergleichbar gewesen, soll Georg Funke (ehemals Vorstandsvorsitzender) gesagt haben. Der Einzelne kann sich selbst unter solchen Bedingungen nur schwer seiner realen Verantwortung gemäß wahrnehmen. Eigenverantwortung muss hier dringend neu definiert und reguliert werden.

»Schon dass man im Investmentbanking als Zielsetzung eine dauerhaft zweistellige Rendite proklamierte, war ein Indiz dafür, dass es schief gehen musste.«⁴ (Michael Hüther in Wirtschaftswoche global vom 26.1.2009, S. 128)

Leichtsinn bedeutet: Die Risiken des eigenen Handelns und Verhaltens zu unterschätzen. Genau das ist geschehen. Das ging so weit – wie ja offen zugegeben wird –, dass offensichtlich niemand mehr wusste, wie ein bestimmtes Finanzprodukt funktionierte und was da an Versprechen genau drinsteckte – und man dennoch damit handeln konnte, ja sogar, wie es hieß, Risiken im Interesse der Stabilität des Systems besser verteilt werden würden – und damit beträchtliche Gewinne erzeugt wurden. Die Kontrolle an irgendeiner Realität setzte offensichtlich aus: man macht solange weiter, wie es geht. Die Warnungen Einzelner können da nichts fruchten – erst der Crash macht den Unterschied. Es braucht ihn folglich.

2.) Die Krise schafft massenhaft Opfer

Gerade für eine Kultur mit den Leitwerten von Freiheit und Verantwortung ist es nicht hinnehm-

bar, dass diejenigen, die am meisten zur Krise beigetragen haben, am wenigsten von ihren Folgen betroffen sein werden, und andere die Zeche zahlen müssen. Während die Gewinne der Krise längst privatisiert sind, müssen die gewaltigen Verluste von der Allgemeinheit der Steuerzahler getragen werden. Und was zurzeit über Verstaatlichungen geredet wird, kann man ja wohl aus dieser Perspektive nur als einen Witz bezeichnen. Welcher Wert wird denn z.B. bei HRE in Staatsbesitz überführt?

Zudem trifft die Krise aufgrund der Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre die Schwächsten der Gesellschaft besonders hart, da sie ihre Arbeitsplätze nun noch schneller verlieren. Viele SGB II Berechtigte werden ohne jede Einkünfte dastehen. Die Schere zwischen Armut und Reichtum wird noch weiter auseinandergehen. Besonders getroffen werden die armen Länder. Die Weltbank schätzt, dass allein Afrika 50 Millionen Menschen mehr verarmen und Hunderttausende verhungern werden. Von einem Einhalten des Rawlschen Gerechtigkeitskriteriums, demgemäß die Ungleichheit in der Gesellschaft nur so groß sein darf, dass die Schwächsten profitieren, sind wir durch die Folgen der Krise weiter denn je entfernt.

Es ist deswegen geboten, die Krise nicht nur kurzfristig durch die Rettung des Finanzsystems zu bereinigen zu versuchen, sondern mittel- und langfristig die sozialen Sicherungssysteme der Menschen krisenfest und insofern robust zu gestalten. Die spezifisch deutschen bzw. mitteleuropäischen institutionellen Sicherungen durch Umlagesysteme (Rentenfinanzierung) oder auch öffentlich-rechtlichen Bereichen (Sparkassen, Wohnungsbau) dürfen nicht weiter kapitalmarkt-orientiert umgebaut werden. In dieser Richtung muss die Arbeitsmarktpolitik in Richtung einer wirklichen Flexicurity (Umbau der Arbeitslosenversorgung zu einer Beschäftigungsversicherung) in Gang kommen. Vor allem die misslungene Umsetzung des SGB II bedarf dringend der Reform, um die Schwächsten besser zu schützen und zu fördern.

3.) Eigentümer ohne Risiko

Die Akteure und Profiteure der Krise auf den Finanzmärkten sind nicht nur keine Unternehmer; ihr Agieren bedroht das klassische Unternehmertum (vgl. Unternehmer-Denkschrift der EKD Ziffer 16 und Ziffer 83), wie es in der EKD Denkschrift zum unternehmerischen Handeln herausgearbeitet worden ist. Zu den unternehme-

rischen Tugenden gehören die Identifikation mit dem Eigentum und die Wahrnehmung von Verantwortung für es; die Bereitschaft, Risiko zu übernehmen; und schließlich ein Zeithorizont für unternehmerische Strategien, der häufig die nachfolgende Generation einschließt. »Gemessen daran ist der Private-Equity-Manager das Gegenteil: Sein Zeithorizont ist kurz, Risiko wird diversifiziert und externalisiert, Eigentum auf ein Minimum reduziert.« (Paul Windolf) Ihre Operationen erhöhen die Volatilität und das Risiko der Finanzmärkte und damit die Wahrscheinlichkeit von Krisen wie der jetzigen. Eigentum und Finanzmarkt-Unternehmertum sind entkoppelt. Eigentümer ohne Risiko – wozu natürlich auch Manager zählen – sind aber – strukturell – Menschen ohne Verantwortung und werden sich nach allen Erfahrungen entsprechend verhalten.

4.) Vagabundierende Liquidität

Neu ist an der aktuellen Situation das alle historischen Vergleiche sprengende Volumen der Finanzvermögen. Deutschland 2006 privates Finanzvermögen 4,5 Billionen Euro netto, weltweit nach Merryll Lynch 41 Billionen Dollar netto. Die weltweite Realwirtschaft umfasste 2007 35,3 Billionen Euro (BIP); die Kreditderivate beliefen sich auf 17x soviel: 610,8 Billionen Euro und das gesamte Weltfinanzvolumen (alle Kredite, Finanzprodukte, Devisenmärkte etc.) lag bei 2307,6 Billionen Euro = 65x die Realwirtschaft. Die Zahl der Besitzer von Aktien und Fondsanteilen hat weltweit (USA, GB, Irland etc.) – wenn auch nicht in Deutschland – stark zugenommen und ist zu einem Massenphänomen geworden. Die Legitimität dieser ständig wachsenden und scheinbar leistungslosen Einkommen steht jenseits jeder Diskussion. »Der Gewinn scheint aus dem Portfolio zu fließen wie der Strom, aus der Steckdose. Das Geld selbst scheint es ja zu sein, das gemäß der populären Sparkassenreklame für den Anleger ‚arbeitet‘« (Christoph Deutschmann) Es scheint ein Naturrecht auf einen »angemessenen« Gewinn zu geben – das dieses aber mit stets höheren Risiken einhergehen muss, wird ausgeblendet. Was ist zu tun? »Die Vermögen und mit ihnen die Schulden müssen auf ein Ausmaß zurückgeführt werden, das von der real existierenden Gesellschaft zu bewältigen ist.« (dto).

»Die Investmentbanken mit ihren Eigenhandels- und sonstigen Spekulationsgeschäften sollten drastisch verkleinert werden. Wir brauchen andere Banken, die primär an der langfristigen Finanzierung von Investitionen und von industriellen

Innovationen interessiert sind.« (Edmund Phelps) Dies wäre über geeignete Rahmensetzungen wie z.B. steuerlicher Anreize für langfristige Innovationen und einer entsprechenden »Bestrafung« kurzfristiger durchaus denkbar.

5.) Fehlerhafte Wahrnehmung von Risiken

Warum sind die Risiken in ihren gewaltigen Dimensionen nicht erkannt worden? Zum einen doch wohl wegen der Anreizstrukturen in den Unternehmen, die kurzfristige Erfolge zu sehr belohnen. Aber: Warum wurden diese Anreizstrukturen geschaffen? Wegen des Drucks der Investmentfonds u.a. Akteure. Damit im Zusammenhang steht auch, dass die 25% Renditeziele, wenn sie zum Mantra werden, das mit ihnen notwendig verbundene überhöhte Eingehen von Risiken überdecken. Hohen Renditen lassen sich seriös nur durch das Eingehen hoher Risiken erzielen – wenn diese Kehrseite aber ausgeblendet wird, kippt das System irgendwann.

Ein weiterer Grund für das Verkennen der großen Risiken speziell im Subprime Bereich scheint mir darin zu liegen, dass hier mit großer staatlicher Unterstützung letztlich sozialpolitische Ziele verfolgt wurden. Auch diejenigen, die unter dem Druck der Globalisierung an den Rand der Mittelschichten geraten waren, sollten nun eine Chance auf Eigentum erhalten. Die Risiken konnten zudem weitweit umverteilt werden. Wie konnte dies etwas Böses sein? Im Grunde gab es nur einen Aspekt, der zum Einhalten hätte bewegen können: das Problem der gewaltigen Verschuldung. Gutes wurde dadurch bewirkt, dass die Kosten in die Zukunft verschoben wurden. Dieses Muster hat sich allerdings mit den Maßnahmen zur Lösung der Krise noch weiter verstärkt. Die Risikowahrnehmung wird dadurch aber eher geschwächt.

Braucht es in Zukunft wieder eher risikoaverse Strukturen und Verhaltensweisen, wie es sie z.T. in der klassischen sozialen Marktwirtschaft, gab? Natürlich ginge es nicht darum, überhaupt keine Risiken mehr einzugehen – das würde jedes unternehmerische Handeln und damit jede Wirtschaftsentwicklung zum Erlahmen bringen. Aber das Ziel sollte sein, wieder besser Risiken unterscheiden zu können und ggf. auch vor der Übernahme zu hoher Risiken zurückschrecken zu dürfen, ohne dafür als Weichling gescholten zu werden. Es muss eine Kernstruktur der Wirtschaft geben, die auf institutionellen Regelungen beruht, die in der Tat risikoaverser, fehlertolerant und

insofern robust sind. Auf jeden Fall sollten öffentliche oder teilöffentliche Güter nicht weiter privatisiert werden.

5.) Die Logik des Vergessens

Nicht nur der »Economist« (24.1.09) weist darauf hin, dass sich die Wahrscheinlichkeit des Eintreffens ökonomischer Krisen seit 1973 erheblich erhöht hat. Und sagt dann: »The paradox is that financial markets can function again only if this lesson is partly forgotten. Financial transactions are a series of promises. You hand your money to a bank, which promises to pay it back, when you ask; you invest in a company, which promise you a share of its future profits. Money itself is just a collective agreement that a piece of paper can always be exchanged for goods or services.« (S. 4) Die durchschnittliche Dauer einer Finanzkrise liegt bei zwei bis drei Jahren und sie kostet im Durchschnitt zwischen 5 – 10% des Bruttoinlandsprodukts der betroffenen Länder (brandeins März 2009, S. 50)

Wenn das so ist, dann hängt die Wahrscheinlichkeit einer nächsten Krise vor allem von der Erinnerungsfähigkeit der Menschen bzw. vor allem der Akteure ab. Normalerweise würde niemand noch einmal an ein Versprechen glauben, das zu seinem Schaden nicht eingehalten wurde. Und es würden auch nur wenige weiterhin Versprechen machen, die sie selbst nicht einhalten können, eben weil sich andere nicht auf sie einlassen würden. Das ganze System würde auf eine »reale« Grundlage eingedampft, auf der sich Vertrauen wieder bewährt. Genau das geschieht aber nicht. Warum? Weil die Zurechnung der Verantwortung diffus bleibt? »Trotz der öffentlichen Diskussionen läuft das System hinter den Kulissen schön weiter. Ich finde das auch verwerflich. Aber kann ich Verwerflichkeit nur ändern, wenn ich den Markt dafür habe.« (Michael Dieckmann, Allianz, in der SZ 28.2.09) Vergl. an dieser Stelle nur die neuesten Meldungen über die Einführung sogenannter »Revolving Kreditkarten« aufgrund deren sich in den USA ein Schuldenberg von 600 Milliarden Dollar aufgebaut hat. Hier wird mit dem Vergessen der Menschen spekuliert – und das ganze kann auch noch konjunkturpolitisch als Ankurbelung der Binnennachfrage gerechtfertigt werden.

Aber machen wir uns nichts vor: Nicht nur die Logik des Vergessens, sondern die Funktionsweise des Systems insgesamt führt zwingend dazu, dass die nächste Krise bereits in der Mache ist.

Klaus Zimmermann vom DIW hatte bereits vor Weihnachten vorgeschlagen z.Z. auf Wirtschaftsprognosen zu verzichten – und zwar nicht, weil die Daten als solche zu unsicher wären, sondern weil in den meisten Modellen für die Prognosen Finanzkrisen überhaupt nicht vorkommen. Um wirklich Vertrauen und eine gewisse Stabilität herzustellen braucht es folglich Innovationen in diesen Bereichen. Sie setzen Ehrlichkeit voraus. Auf jeden Fall sollte in Zukunft auf jegliches Gerede, dass man nun alles im Griff hätte und man gar in ein paar Jahren die Arbeitslosigkeit beseitigt oder in 2020 die Schulden im Griff hätte, verzichten. Die Sicherung oder gar die Mehrung des Wohlstandes funktioniert nichtlinear. Die Menschen wissen das ja meistens auch.

6.) Die Ambivalenz der Rettung

Was zur Zeit geschieht kann als der Versuch begriffen werden, die Glaubwürdigkeit der Versprechen auf Gewinne künstlich aufrecht zu erhalten – indem die Möglichkeit von Insolvenz ausgeschaltet wird. »Die Staatsgelder schalten das wichtigste und für eine Marktwirtschaft unverzichtbare Risiko eines Unternehmens aus: die Insolvenz. Die Bedrohung durch Zahlungsunfähigkeit gehört aber zu den Grundprinzipien der Marktwirtschaft: sie ist das Pendant der Chance auf gute Gewinne. Auf der einen Seite steht in einer Marktwirtschaft die Chance, viel Geld zu verdienen. Auf der anderen Seite steht das Risiko, alles zu verlieren. Von dieser Chance und mit diesem Risiko lebt der Unternehmer. Unternehmensverantwortung hat viel mit den Großrisiken des Wirtschaftens zu tun; wenn es das Bankrott-Risiko nicht mehr gibt, geht der Unternehmer unverantwortliche unternehmerische Risiken ein.« (H. Prantl in der SZ vom 23.2.09)

Dieses Risiko wird z.Z. durch staatliche Zwangsaktionen ersetzt. Aber ob diese Rechnung aufgeht, weiß jedoch niemand. Auf jeden Fall darf sie nur vorübergehend – und nur in Kernbereichen der Wirtschaft greifen. Sonst entstehen nicht mehr reparable Schäden in der Selbstorganisationskraft der Wirtschaft über Märkte. Die geretteten Banken haben gelernt: Sie werden auch in Zukunft gerettet werden und können deshalb getrost weitere Risiken eingehen. Vorrangig müssen aber für die Konzerne Fragen danach sein, wie sie die Wünsche der Konsumenten besser bedienen können. Nur dann kann es zu einer dauerhaften Besserung ihrer Situation kommen.

Schon jetzt existiert eine Situation in der das massive Rauspulvern von Geld durch den Staat nur so zum Missbrauch – bzw. einfach zum Weitermachen wie bisher – verleitet. Die Chance der Krise liegt auch ganz klassisch darin, dass sich die Märkte bereinigen und später besser funktionieren. Dass diese Bereinigung nicht nur die Shareholder sondern massiv auch die Arbeitnehmer trifft fordert, wie oben bereits angesprochen, zu besserer sozialer Absicherung und dem Schutz gegen Armut als jetzt vor allem das SGB II bietet – und ein sozial gerechteres Bildungswesen auf. Die Flexibilisierungserwartungen an Arbeitnehmer werden nicht nur nicht geringer werden – sie werden wachsen.

7.) Regulierung und öffentliche Güter

Die Notwendigkeit besserer Regulierung der Finanzmärkte ist unumstritten – bisweilen wird genau hier der Hebel vermutet, der weitere Krisen verhindern könnte. Richtig daran ist, dass sich der Staat zum einen aus der Regulierung – bereits aus der Kontrolle – in den letzten Jahren zugunsten einer »light touch regulation« zurückgezogen (»Das Bundesfinanzministerium werde darauf achten, dass den Instituten keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten entstehen werden.«) – zum anderen aber wie ein einzelner Akteur auf den Finanzmärkten mitgespielt hat. Es kann keine Frage sein, dass es zwischen Finanzmärkten und Staat wieder mehr Distanz geben muss, damit Kooperationen in Zukunft wieder verlässlich möglich werden. Das bedeutet auch, dass Staaten ihre Konkurrenz untereinander einschränken sollten. Diejenigen, die die Regeln setzen dürfen nicht selbst gleichzeitig Mitspieler sein. Auf der anderen Seite wird auch in Zukunft eine am Erhalt von marktwirtschaftlicher Effizienz ausgerichtete Regulierung fehleranfällig sein müssen, da Innovationen auf den Märkten stets schneller sind als mögliche Folgenabschätzungen je sein könnten. Zudem wird der Staat wohl niemals in der Lage sein, seine Aufsicht waffengleich mit den Banken auszustatten.

Aber wie dem auch sei: Die Rede von bestimmten Banken und Märkten als systemische Risiken lässt ordnungspolitisch aufhorchen. Sie bedeutet ja, dass es eine nur marktbezogene Governance der Wirtschaft nicht geben kann. Das bedeutet weiter, dass sich selbst die Wirtschaft allein dadurch, dass in ihr jeder Akteur lediglich zielstrebig sein eigenes Interesse verfolgt, offensichtlich doch nicht selbst dauerhaft nachhaltig organisieren kann. Sie braucht deswegen nicht nur be-

ständige Investitionen der am Markt konkurrierenden Akteure sondern ebenso Investitionen in nachhaltige Koordinierungsweisen und -institutionen. Das aber wiederum bedeutet nichts anderes als dass zumindest zentrale Teile der Finanzmärkte als öffentliche Güter betrachtet werden müssten. Dann aber müssten auf ihnen tatsächlich risikoaverse Regulierungen greifen – jedenfalls das freie Spiel der Kräfte erheblich eingeschränkt werden.

8.) Ethik

Machen ethische Orientierungen in diesen Zusammenhängen einen Unterschied aus? Eine Selbstbindung an bestimmte Werthaltungen kann als eine Art Metaversprechen verstanden werden: Ich – oder dieses Unternehmen – mache z.B. keine Versprechen, die den Partner nachhaltig schädigen könnten – es sei denn, er stimmt dem Risiko ausdrücklich zu. Die Folge wäre z.B. gewesen: Hypothekendarlehen an Menschen, die sie nach menschlichem Ermessen nicht zurückzahlen können, werden nicht gewährt. Bonussysteme, die eine solche Praxis unterstützen, werden nicht geschaffen. Das Beispiel zeigt, dass sich ethische Orientierungen vor allem mittel- und langfristig »auszahlen« – kurzfristig können sie jedoch mit dem Verzicht auf Einnahmen verbunden sein. Langfristig ist Vertrauen nicht nur prinzipiell besser sondern immer auch noch billiger als Mistrauen. Ethik ist folglich auch eine Form von Risikoverhalten.

Die Frage ist folglich: Wie kommt die Langfristigkeit in das Tagesgeschäft? Dazu braucht es entsprechende Unternehmenskulturen, in denen Charakter belohnt wird und nicht Coolness – und ein entsprechendes Berufsethos. Auf den Finanzmärkten Tätige haben keine Jobs, sondern Verantwortung – sie sind treuhänderisch tätig – nicht nur für die Shareholder, sondern, wie wir nicht erst in der Krise erfahren haben, für die Teilhabechancen aller Menschen in der Gesellschaft. Es braucht hier ethische Innovationen in Branchenkulturen – einzelne Unternehmen reichen da nicht aus. Sie setzen stets an der Kopplung von Person und Struktur (d.h. vor allem an Anreiz- und Sanktionsformen – Compliance ist das Stichwort) an. An einer Vorbildfunktion der Leitungsebenen führt kein Weg vorbei.

9.) Soziale Marktwirtschaft

Was bedeutet in diesem Kontext nun **Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft**? Es bedeutet die entschlossene Besinnung auf zumindest die folgenden Grundsätze:

- Das Ziel einer Sozialen Marktwirtschaft ist stets »Wohlstand für alle«. Reichtum muss in Wohlstand für alle umgewandelt werden. Es braucht stets Befähigung zu Eigenverantwortung und zur Solidarität zugleich.
- Ziel einer jeden Ordnungspolitik ist die Bildung und Durchsetzung allgemeiner »Spielregeln« – nicht der Eingriff in den Spielverlauf. Der Staat braucht Distanz zur Wirtschaft.
- Die »Spielregeln« haben die Aufgabe, offene Märkte zu schützen. In diesem Sinne ist der Wettbewerb eine »staatliche Veranstaltung«. Der Staat setzt und überwacht die Regeln und spielt deswegen in der Regel selbst nicht mit.
- Soziale Sicherung und Daseinsvorsorge ist grundlegender Bestandteil jeder guten Gesellschaftsordnung. Sie ermöglicht erst den Aufbau einer produktiven Wirtschaft, in der auch Risiken eingegangen werden. Sozial- und Wirtschaftspolitik müssen kohärent aufeinander bezogen sein.
- Unter den Bedingungen der Globalisierung braucht es neue Formen der stabilen Kopplung von Flexibilität und Sicherheit der Arbeitnehmer.
- Grundlegendes Kriterium einer Ordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft ist das Zurechnen von Verantwortung, das Zurückdrängen von Privilegien und Vermachtungen und die Öffnung von leistungsgerechten Aufstiegsmöglichkeiten.
- Die Regeln des Wettbewerbs sind an den Präferenzen und Werthaltungen der Menschen auszurichten. In diesem Sinne ist der Wettbewerb ein Mittel zur Gestaltung sozialer Zwecke.

Zumindest Müller-Armack wusste noch, dass die wettbewerblich gestaltete Wirtschaft lediglich ein sinnvolles Mittel sei – aber nicht die letztlich gültige Ordnung der Gesellschaft. Soziale und kulturelle Auffassungen müssen dieser Wirtschaftsordnung durchaus ‚von außen‘ aufgeprägt werden. In diesem Denken äußert sich lutherisch-protestantische Wirkungsgeschichte: Der seinen Eigennutz verfolgende Sünder muss sozusagen »gehütet« werden – im Bereich des Wettbewerbs kann er sich austoben und wird durch sein Wir-

ken gleichzeitig klug ausgebremst. Anders die reformiert-puritanischen Traditionen. In ihnen gilt der Grundsatz, dass der Begnadete nicht beschränkt werden darf.

10.) Was kann getan werden?

Zentrale konkrete Handlungsmöglichkeiten sind u.a.:

- Abschöpfung der gewaltigen Finanzströme durch konsequente Besteuerung von Finanztransaktionen. (z.B. Börsenumsatzsteuer)
- Ächtung von »schmuddeligen« Finanzplätzen. Veröffentlichung derjenigen, die mit ihnen kooperieren.
- Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung bei riskanten Geschäften. Kredite an Hedge Fonds müssen zu 40 % unterlegt werden.
- Klare Transparenzpflichten bei allen Produkten.
- Regulierung aller Finanzmarktprodukte und -akteure.
- Beendigung der light touch regulation.
- Kopplung von Gehältern allenfalls an langfristige Erfolgsindikatoren.
- Keine weitere Kapitalmarktorientierung in umlagefinanzierten Bereichen einführen.
- Integration von individuellem Berufsethos in übergeordnete Branchenkulturen.

Die Krise fordert mehr denn je – und wieder einmal – dazu heraus, das Problem einer politischen, bzw. moralisch-ethischen, Steuerung der Wirtschaft – wie dies auch immer bezeichnet wird: Zivilisierung des Kapitalismus, Einbettung der Ökonomie – in den Blick zu nehmen. Die klassischen Konzepte – das ordoliberalen Modell wie der Keynesianismus – haben stets auf die Grenzen dessen hingewiesen, was durch Märkte erreicht werden kann. Kapitalerzeugte Effizienz muss für sinnvolle Zwecke eingesetzt werden – nicht primär nur für seine Steigerung in sich selbst.

Zum Schluss:

Märkte beruhen auf ethischen Voraussetzungen; sie schaffen sie nicht selbst, sondern sind vielmehr Moralverzehrter (Wilhelm Röpke). So effizient der Wettbewerb auf ihnen sein kann – Wettbewerb bedroht Solidarität und prämiert den

Stärkeren. Auf sich allein gestellt eskalieren Märkte und führen zu ständig wachsender sozialer Ungleichheit. Allerdings erfordern alle politischen Strategien, die in diese Richtung Wirkungen erzeugen wollen, hohe Maße an Kongruenz über Ziele und Zwecke. Sind sie heute noch erreichbar?

Im Kern der diese Krise verursachenden Faktoren findet sich das Problem eines fehlgeleiteten Risikoverhaltens – anders gesagt Fahrlässigkeit und Leichtsinns. Ein solches Verhalten wird es im gegenwärtigen Wirtschaftssystem immer wieder geben – Krisen wird es immer wieder geben, sie lassen sich nicht ausschalten. Was es jedoch nicht geben muss, sind derart gravierende Einschnitte im ökonomischen Geschehen. Sie könnten durch robustere institutioneller Gefüge aufgefangen werden – und zu ihnen zählen sicherlich im Rahmen der deutschen sozialen Marktwirtschaft bewährte Verfahren. Und dazu zählt an vorderster Stelle der Sozialstaat. Er hat gewiss nicht die Krise verursacht, sondern federt ihre Folgen ab.

Und ein letzter, über das bisher Gesagte hinausgehender Gedanke: Weniger denn je kann es heute darum gehen an die Stelle des Sozialstaates einen wie auch immer gearteten Market-State treten zu lassen, der sich im wesentlichen auf die Finanzmärkte und das globale Netzwerk multinationaler Unternehmen stützen würde und sich jeder Funktion der Versorgungs- und Umverteilungsinstanz für die Bürger entledigte. »Weil es teuer – und dazu noch zweifelhaft – ist, soziale Gleichheit oder Vollbeschäftigung mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik herzustellen, glauben die Protagonisten des Marktstaates rational zu handeln, wenn sie den Zustand der sozialen Ungleichheit oder der Arbeitslosigkeit akzeptieren, solange nur Chancengleichheit herrscht. Was dabei an Qualität des Sozialstaates verloren geht, gewinnt der Market-State nach der Meinung seiner Anhänger auf den Gebieten, die in globaler Perspektive wirklich Bedeutung haben. Das sind z.B. zivile und militärische Sicherheit, Gesundheitskontrolle und Umweltschutz.« (Vgl. Werner Abelshäuser: Wandlungen der Sozialen Marktwirtschaft. Roman Herzog Institut München 2009, S. 7) Oder ist das die Zukunft?


Anmerkungen:

¹ Für sehr hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung des Textes danke ich Gerd G. Wagner, Veronika Drews, Renate Giesler und Joachim Lange.

² Natürlich muss man an dieser Stelle fragen, inwieweit ein solches Denken der heutigen Welterfahrung noch gerecht werden kann und sich in ihr Plausibilität verschafft. Es ist eine der seltsamen Paradoxien unserer Zeit: je reicher die Gesellschaften werden, umso stärker greifen in ihnen offensichtlich Knappheitskalküle und umso expansiver formatiert die Ökonomie alles Lebendige. Die großen sozialen Kapitalismus-Denker in der Mitte des letzten Jahrhunderts – J. M. Keynes und die Ordoliberalen – dachten noch anders. In einer reichen Gesellschaft würde das Primat der Ökonomie aufhören und die Menschen sich endlich den wesentlichen Dingen widmen können. Vgl. auch Gerhard Wegner: *Wem dient die*

Wirtschaft? In: Andrew Britton und Peter Sedgwick: *Ökonomische Theorie und christlicher Glaube*. Münster 2008, S. III – XXXI.

³ Wobei man sehen muss, dass die Risiken im Spielkasino relativ transparent sind – auf den Finanzmärkten aber weitergespielt wurde, obwohl jeder wissen konnte, dass irgendwann die Blase platzen musste. Nicht das Kasino ist der Vergleich sondern die Kettenbriefe sind es.

⁴ Wobei über Jahrzehnte Renditen über 10 % am Aktienmarkt normal waren. 

Falsche Anreize. Zur Finanzkrise

Von Prof. Dr. Birger P. Priddat

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise, EA zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwabenwerder, 22. - 23. 4. 2009

Die Finanzkrise überfordert alle Beteiligten. Teilweise herrschte an den Börsen Panik. Die Banker sind mutlos. Die Hypereffizienz der Kapitalmärkte, vor kurzem noch der Triumph kapitalistischer Intelligenz, ist dahingeschmolzen. Einzig der Staat scheint Hoffnung zu geben. Die Finanz- und Kapitalmärkte ordnen ihr Gleichgewicht nicht mehr von selbst. Zum Teil sind die Märkte, so der Interbankenhandel, völlig ausgefallen. Banken geben Banken keine Kredite, weil man dem Kontrahenten nicht mehr vertraut, solvent zu sein. Und die privaten Anleger trauen den Banken nicht mehr. Die Aktienmärkte verfallen, selbst solche Aktien, deren Ausgeber selber noch solvent sind.

Es ist eine Systemkrise, die Finanz-, Kapital- und Realwirtschaft erfasst. Die selbstbewussten Banker, vor allem die Investmentbanker (deren Berufsstand gerade vom Aussterben bedroht ist), bitten den Staat um Hilfe. Die Finanzkrise ist gründlich beschrieben worden in den Medien. Eigentlich wissen wir Bescheid, warum sie entstand. Ausgehend von den Subprime-Krediten der Immobilienfinanzierer über strukturierte Wertpapiere in die Fonds, die die Aktienmärkte überfluteten. Es lohnt sich jetzt, Fragen zu stellen, die vergessen wurden.

Wenn ein amerikanischer Arbeiter überredet wird, bei einem Jahreseinkommen von 15.000 \$ ein Haus für 750.000 \$ zu ‚finanzieren‘, kann auch nicht der Hinweis, dass die Immobilienpreise steigen, als Ausrede gelten. Das Risiko für den Finanzmakler, der das arrangiert, ist genauso extrem hoch wie für den Arbeiter selber. Niemand kann behaupten, diese riskante Option als ökonomisch rational zu betrachten. Die Erwartung, dass der künftige Immobilienmarkt die aktuellen Transaktionen ‚finanzieren werde‘, ist Ausfluss einer irrwitzigen Metaphysik der Effizienz, einer Fiktion des Glaubens an die starke Wachstumswirtschaft USA. Erwartungen werden riskant. Einzig die aktuelle Provision des Maklers ist real. Der Anreiz, seine Rendite zu maximieren, ist gepaart mit der Furcht vor dem Risiko, das deshalb ‚intelligent‘ ‚verpackt‘ wurde in strukturierte Wertpapiere, die die Risiken intransparent mischten mit anderen Ertragsarten. Die Risiken sollten verteilt, überwältigt werden. Auch diese Papiere waren auf die Fiktion steigender Immobilienwerte eingeschworen – nun allerdings im Wertpapiermarkt, mit deutlichem Unwissen über die Immobilienmärkte.

Wenn Banker ahnungslos Anlegern diese Papiere verkauften, ohne die hohen Risiken zu erwähnen, oder sie sogar wegzureden mit dem Mythos der Wirtschaftskraft Amerikas, können wir nicht mehr von einem ordentlichen Geschäft sprechen. Wenn Kunden nicht verstehen, was in das Wertpapier alles eingepackt ist – und wenn die Verkäufer das nicht mehr wissen oder verstehen –, ist jede seriöse Geschäftskultur überschritten. Diese Banker haben keine Haltung mehr gegenüber ihren Kunden: Business geht vor Kundenbeziehung. Natürlich müssen sie ihren Shareholders Erträge bringen. Aber die Shareholders sind nicht die einzigen, denen sie dienen. Sie vergessen, dass sie in einem sozialen Netzwerk von Folgebeziehungen und -geschäften stehen. Sie vergessen das nächste Geschäft, indem sie ihre Kunden durch falsche Beratung schädigen.

Einige Ökonomen fragen, wie es dazu kommen konnte, dass Banken fast unbegrenzt Kredite verauslagten konnten, unabhängig von ihrem Eigenkapital? Hier liegen klare Limitationen vor, die nicht eingehalten wurden. Wer hat das nicht eingehalten? Das System? Oder Banker? Sollten solche Banker nicht zumindest ihre Boni zurückzahlen?

Von amerikanischen Investmentbankern gibt es Aussagen, dass sie solche riskanten Strategien fuhren, weil sie sich sicher wähnten, dass der Staat gegebenenfalls eingreife. Insofern wurden die Erfahrungen der vorherigen Krisen verarbeitet, indem man auf Risiken ging, von denen man wusste, dass man sie gegebenenfalls alleine nicht stemmen könnte. Die Risiken waren gar nicht riskant. Das ist kein Bankgeschäft mehr, sondern eine Lotterie gegen den Staat und die Steuerbürger. In diesem Sinne war die Weigerung der US-Regierung, Lehmann zu stützen, konsequent; das Muster der Risikoüberwälzung auf den Staat wurde unterbrochen. Durch die jetzt in die Beschlussfassung kommenden Staatshilfen wird diese Regel wieder nivelliert. Dass diese Hilfen nötig sind, ist offensichtlich. Aber es bleibt das Problem, wie weit

künftige Banken nicht wieder diese Hochrisikostراتيجien fahren würden. Jede Staatsicherung gibt ein falsches Zukunftssignal. Deshalb ist die Diskussion über Regeln notwendig.


Allein die Tatsache, Renditen zu maximieren, ohne auf Nachhaltigkeit, Substanz und Stabilität zu achten, ohne langfristige Kundenbindungen zu erzeugen, wirft ein Schlaglicht auf die Geschäftskultur, die sich im Schatten der Metaphysik der Effizienz ausbilden konnte. Wie konnte sich diese Geschäftskultur ausbreiten? Hans-Werner Sinn meint, dass die Banken zu große Freiheiten hätten, d.h. sie wären volkswirtschaftlich ineffiziente Regulierungssysteme. Die Freiheit, im Risikofall andere Zahlen zu lassen, ist ein über alle Bande schlagendes *laissez-faire*.

Niemand kann sich aus der Verantwortung herausreden. Nicht das System ist schuld, sondern, diejenigen, die das System mit ihren Handlungen überlastet haben. Ökonomen entschuldigen das, indem sie darauf verweisen, dass Wirtschaftsakteure auf Anreize reagieren. Anreize, gute Geschäfte und Gewinne zu machen, sind essenziell für Wettbewerbseffizienz. Aber zugleich sind Anreize, nur auf Maximierung der Rendite zu achten, unternehmerischer Unsinn, wenn damit die Geschäftsbasis geschädigt wird. Nicht die Shareholder alleine bestimmen das Geschäft, sondern die Kunden ebenso. Wer hat den Leuten diese Blindheit beigebracht? Wer hat ihnen verschwiegen, dass ihre hypertrophen Erwartungen selber riskant sind? Wer hat ihnen das Risikobewusstsein abgenabelt? Wer hat sie gelehrt, solcherart inkompetent zu werden? Welche Ökonomie wird hier eigentlich gelehrt?

Was hat die Ökonomie als Wissenschaft geleistet? Nobelpreise wurde für ‚intelligente Finanzderivate‘ vergeben. Welche Illusionen hat die Ökonomie ihren Akteuren geliefert? Michael Czinkota von der Georgetown University pointiert das noch: »Was ist mit den MBA-Programmen, die so viele gierige Absolventen ohne moralischen Kompass hervorgebracht haben? Sollten die MBA-Universitäten mit großen Stiftungen jetzt denen aushelfen, deren Altersversorgung von MBA-Absolventen ruiniert wurde?« (Handelsblatt 24.9.2008).

Dieses Thema greift tiefer: hat die Ökonomie nicht Konzepte und Marktwachstumsillusionen geschürt? hat sie nicht die letzten Generationen von Absolventen falsch orientiert? Ist die Bildung der jungen Ökonomen in sozialer Verantwortung vollständig verschwunden? Wo ist die Verantwortung von akademisch gebildeten Bankern, die ihren Kunden selbst dann, wenn sie sichere Anlagen wollen, Fonds verkaufen, in denen Subprime-Kredite eingepackt waren? Entweder ist es Inkompetenz (Unwissen über die Strukturierung von strukturierten Papieren) oder Verantwortungslosigkeit. Beides ist nicht tragbar. Wer hat ihnen das beigebracht? Wer hat die jungen Ökonomen vor diesen toxischen Systemen gewarnt? Wer hat sie so ausgebildet, dass sie denken mochten, 25% Gewinn sei normal, obwohl extrem riskant ist (auch für ihre eigenen Arbeitsplätze)? Welche Ökonomie wird hier eigentlich gelehrt?

Jetzt wird deutlich, dass eine Ökonomieausbildung in sozialer Verantwortung, wie wir sie an der Universität Witten/Herdecke seit 25 Jahren exzellent betreiben, nicht eine humanistische Marotte ist, sondern eine notwendige Qualifikation für verantwortungsvolle Manager in spe.

Universitäten bilden Manager aus, die die Geschäftskulturen prägen durch die Art ihrer Ausbildung. Theorien, die den Markt allein anreizgesteuert sehen (principal-agent-theories), koppeln Motive, Einstellungen, Haltungen und sozialen Dimensionen aus, die für die nachhaltige Funktion des Marktes hochrelevant sind. Ob hier Wirtschaftsethik hilft, mag ich nicht einzuschätzen; sie darf die Profitabilität nicht unterbewerten (wie ihre Protagonisten häufig neigen). Aber Profitabilität steht unter Bedingungen, die einzuhalten die Voraussetzung ihrer Geltung ist. Märkte verlassen sich auf mehr Ressourcen als nur auf die rein wirtschaftlichen: auf faire Geschäftskulturen, denen alle Akteure vertrauen (wie wir z.B. bei Elinor Ostrom lesen können). Ökonomie, die das nicht weiß und auch deshalb nicht lehrt, ist riskante Theorie. Wägen wir noch genügend ab? Brauchen wir statt rational choice nicht wieder vielmehr Ausbildung in Urteilskraft (wie Kant die aristotelische *phronesis* modern übersetzte)? Welche Universitäten lehren das? 

Credo – Credibilität – Credit – Finanzmarktkrise aus Sicht protestantischer Ethik

Von Prof. Dr. Christoph Stückelberger, Titularprofessor für Ethik an der Universität Basel, Direktor und Gründer von Globethics.net, Genf, www.globethics.net

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise, EA zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwabenwerder, 22. - 23. 4. 2009

Vorbemerkung

Kann man angesichts der harten Auseinandersetzungen um Steuerhinterziehung als ein aus der Schweiz kommender Ethiker im Ausland über Finanzmarktkrise sprechen? Kommt nun Heil oder Unheil aus der Schweiz? Ich bin froh, dass die Schweiz hoffentlich, wenn auch langsam – und unter großen, doch schon über zwei Jahrzehnte dauernden Geburtswehen und Selbstzweifeln – zu einer neuen Schweiz geboren wird. Die neue Schweiz wird zu einem normalen Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft. Weder Sonderfall noch Wunderkind, weder Paradies noch rosinenpickender Unhold. So wie wir mit Obama hoffentlich lernen, dass auch die USA weder Inbegriff des Bösen noch göttlich auserwähltes Land ist. Religiöse Attribute wie Paradies, Heil und Unheil gehören ganz Gott. Personen, Institutionen und Staaten sind nüchtern als Menschenwerk einzustufen. Damit ist bereits eine wesentliche, aus dem Glauben gewonnene religionskritische protestantische Sicht auf die Krise angedeutet.

1. Von der Finanzmarktkrise zur Wertekrise

In der gegenwärtigen globalen und tiefgreifenden Krise überlagern sich verschiedene Krisen: Die Finanzkrise mit den Primäreffekten war Auslöser. Die sekundäre Wirtschaftskrise mit Effekten schwerer Rezession war die Folge. Zur Dämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden tiefste staatliche Stützmassnahmen und Eingriffe in private Unternehmen getätigt, die zur einer Systemkrise führt, auf zwei Ebenen, nämlich der Frage von Staat und Privatwirtschaft wie von globalisierten offenen Märkten oder neuem Protektionismus. Dazu kommt eine Prioritätenkrise, die auch eine Umwelt und Nord-Südkrise ist: ist nun die Rettung von Autofirmen wichtiger als die Rettung des Klimas? Ist die Hungerkrise im globa-

len Süden angesichts von steigender Arbeitslosigkeit im Norden schon wieder vergessen? Die Erschütterungen der Wirtschaft führen auch zu einer Krise der Wirtschaftswissenschaft, besonders ihrer allzu einseitig mathematisch ausgerichteten Ansätzen der letzten zwanzig Jahre. Auch die Wirtschaftsethik, die sich im angelsächsischen Raum als business ethics besonders mit der Verantwortung der einzelnen Unternehmen befasst (Corporate Social Responsibility), muss vermehrt die systemisch-makroökonomischen Fragen ethisch verfolgen. Schwierig zu fassen und doch sehr real ist die Vertrauenskrise, nämlich das zerstörte Vertrauen in manche Unternehmensführer, Finanzexperten und Politiker. Und hinter all diesen Krisen geht es immer auch um eine Wertekrise, nämlich die Frage, welche Werte denn nun aus den Trümmern zukunftsfähig sind.

Es geht nun darum, nüchtern aus diesen akkumulierten Krisen zu lernen – theologisch gesprochen umzukehren (metanoia) – und damit durch die Krise hoffentlich einen neuen Schub in Richtung Menschlichkeit und Menschenwürde zu ermöglichen.

2. Credo, Credibilität, Credit

Der Zusammenhang von Finanzmarktkrise und Wertekrise respektive von Kapitalmärkten und Werten zeigt sich schon in der Sprache. Im Lateinischen, aber auch englisch, französisch und deutsch besteht sprachlich und sachlich ein enger Zusammenhang zwischen Credo, Credibilität und Credit, Glauben, Glaubwürdigkeit und Kredit.

- *Credo* (lat »ich glaube«. Glaubensbekenntnis) ist die (religiöse oder nichtreligiöse) Weltanschauung und Werteorientierung einer Person oder Institution (mission statement, value charter etc.). »Glaube« ist das, worauf ich mein *Vertrauen* setze und woran ich mich orientiere.
- *Credibilität* (Glaub-Würdigkeit, Vertrauenswürdigkeit) entsteht durch konsequente Bezugnahme und Implementierung des Credo und Einhalten von Versprechen.

- *Credit*: Kredit (in der Doppelbedeutung des Wortes von Vorschussvertrauen und Geld) erhalten Personen und Institutionen, die aufgrund ihres Credo und ihrer Umsetzung des Credo im Verhalten Kreditwürdigkeit erzeugen.

Die Herausforderung besteht darin, wie das Vertrauen in und die Glaubwürdigkeit der wirtschaftlichen und politischen Akteure des Marktes wieder hergestellt werden kann. Dazu ist eine werteorientierte Politik und Wirtschaft im Dienst des Menschen nötig. Drei theologisch-ethische Maßstäbe sind dabei maßgebend: *Vertrauen, Freiheit und Gerechtigkeit*. Wenn sie zueinander in Beziehung, in Relation, ins richtige *Mass* gesetzt werden (Arthur Rich: Relationalität), dann kann aus diesem Credo Glaubwürdigkeit für die Zukunft entstehen. Es geht letztlich darum, aus der Maßlosigkeit zum richtigen *Mass* zu finden.¹ Lassen Sie mich diese drei *Maß-Stäbe* anhand von Calvin im Jubiläumsjahr zum 500. Geburtstag des Genfer Reformators aufzeigen:

3. Von der Vertrauenskrise zum Gottvertrauen

Die gegenwärtige Finanz-/Wirtschafts-/Systemkrise ist wesentlich eine Vertrauenskrise. Gestört ist das Vertrauen in viele Personen, Institutionen und bisherige Lösungsansätze, besonders im Privatsektor, teilweise staatlichen Sektor. Teile des Ausbildungssektors (z.B. Management-schulen) werden mitbetroffen.

Die Schwere und Ernsthaftigkeit der Krise macht oberflächliche PR-Aktionen zur Wiederherstellung von Vertrauen unmöglich und unglaubwürdig.

Was ist Vertrauen? Vertrauen ist die Fähigkeit, in eine Beziehung/Interaktion zu einer Person oder Institution zu treten trotz Ungewissheit und Unüberschaubarkeit. Vertrauen ist notwendige Grundlage und Folge jeder tragfähigen Beziehung. Vertrauen erhöht Sicherheit, auch ohne letzte Gewissheit. Vertrauen schließt das Risiko des Missbrauchs ein. Vertrauen senkt die Transaktionskosten in Beziehungen. Vertrauen ist kulturell unterschiedlich ausgeprägt. Vertrauen entsteht durch Zuverlässigkeit, Verlässlichkeit, Berechenbarkeit, eingehaltene Versprechen. Dazu gehört auch das ehrliche Erinnern und nicht Verdrängen vergangener positiver und negativer Taten. Misstrauen entsteht durch Willkür, gebrochene Versprechen und Geschichtsklitterung.

Vertrauen braucht aber auch Misstrauen, Glaube braucht Zweifel, um tragfähig und lebendig zu

sein: Blindes Vertrauen ist anfällig auf Missbrauch. Es ist nicht tragfähig für eine auf Gegenseitigkeit aufgebaute Beziehung. Vertrauen ist im Vollzug und in Auseinandersetzung mit Misstrauen je neu herzustellen und zu bewähren. Vertrauen ist kein Gegensatz zu Verträgen: Verträge brauchen Vertrauen, Vertrauen wird durch Verträge gestärkt. Vertrauen ist auch kein Gegensatz zu Kontrolle: Vertrauen wird durch Kontrolle bestätigt. (»In God we trust, all others we control.« (ECLOF Kenya, ökumenische Mikrokredit Organisation mit Sitz in Genf). Vertrauen ist kein Gegensatz zu Kritik: Vertrauen entsteht gerade dank kritischem Mitdenken. Herdentrieb (Bankenkrise) ist gefährlich und kann Vertrauen zerstören.

Gottvertrauen steht im Zentrum von Calvins Theologie. Vorsehung als Vorsorge (providentia) ist für ihn nicht ein abstraktes dogmatisches Konstrukt, sondern eine seelsorgerliche, Hoffnung schaffende Ermutigung. Ebenso war auch die Absicht der Lehre der Prädestination letztlich eine seel-sorgerliche, nämlich die Gewissheit, dass man sich nicht um sein Seelenheil kümmern muss, sondern sich ganz dem Nächsten und dem Dienst an der Welt zuwenden kann.

Die im Gottvertrauen verankerte Gelassenheit aus Glauben hat große wirtschaftsethische Konsequenzen, wie das folgende, sehr aktuell anmutende Zitat aus einer Predigt Calvins zeigt: »Die Menschen sind so misstrauisch und haben immer Angst davor, die Erde lasse sie zu kurz kommen! Und deshalb sagt Gott ... ‚Ich lasse dich gedeihen. Mein Segen und meine Gnade werden dich zahlreich werden lassen, wenn du so tust‘. Es leidet keinen Zweifel, dass Gott hier diese Glaubenslosigkeit korrigieren wollte, ... bei der jeder sich einbildet, dass er nie genug hat. ... Das ist der Grund, weshalb die Menschen alles an sich reißen. Sie versuchen, es festzuhalten. Sie werden niemals satt. Je mehr sie haben, umso mehr entbrennt ihr Durst, wie bei einem Wassersüchtigen, sogar wenn er getrunken hat!«²

Der Genfer Reformator Calvin äußerte diese Kritik an der Gier und sein Vertrauen auf Gottes Segen in einer Predigt über Deuteronomium 24,19-22, am 11. Februar 1556 in Zeiten großer Spannungen und Umbrüche. Sie ist aktuell auch 2009, das ein Jahr der Angst um Arbeitsplätze und gefährdete Sicherheiten ist angesichts der Anpassungen, die die Wirtschafts- und die Klimakrise erfordern. Mich beeindruckt an Calvin, wie es ihm gelang, sein tiefes Vertrauen in Gottes Fürsorge und Vorsorge in eine glasklare, rationale, zukunftsorien-

tierte Wirtschaftsethik und Gesamtvision der Gesellschaft zu übersetzen. (In Klammer sei angemerkt, dass das Bewusstsein, dass nicht das Geld, sondern letztlich nur Gott Vertrauen und Sicherheit herstellen kann, auf vielen Geldmünzen eingeprägt ist: »Dominus providebit« – Gott wird vorsorgen – steht auf dem Rand des Schweizer Fünffrankenstückes! »In God we trust« auf der US-Eindollarnote.)

Nun können wir als Kirchen nicht mit erhobenem Zeigefinger auf billiges Gottvertrauen als Rezept gegen die Krise verweisen. Das kann gegenüber Arbeitslosen oder von Betriebsschließungen geplagte Unternehmer und von Staatsverschuldung gebeugten Politikern wie Hohn wirken. Vielmehr ist der Hinweis auf Gottes Fürsorge eine Ermutigung, nicht aufzugeben und das richtige Mass zu finden. Es ist aber auch eine klare kritische Absage an den »Moneytheismus«, der davon ausgeht, dass Geld die Welt regiert. Die Losung heißt: *Vom Moneytheismus³ zum Monotheismus*, der Gott allein die Ehre gibt: »Soli Deo Gloria« war bekanntlich Calvins Zusammenfassung seiner Theologie.

4. Freiheit

Neben Vertrauen ist Freiheit die große Herausforderung der Krise. Ist die Finanzmarktkrise das Ende der unternehmerischen Freiheit, wie an dieser Tagung gefragt wird? Um es vorwegzunehmen: nein. Durch die Krise sind wir vielmehr aufgefordert, das richtige Mass der Freiheit und deren Bezug zur Gerechtigkeit neu zu entdecken.

Die neueste Geschichte hat gezeigt, dass unternehmerische Freiheit wesentlich zu Wohlstandsmehrung und Wirtschaftswachstum beiträgt. Grenzüberschreitende, globale unternehmerische Tätigkeit ergibt Kostensenkungen, Effizienzsteigerungen (was allerdings zu relativieren ist, wenn man die ökologische Vollkostenrechnung macht) und manche wissenschaftliche Forschung als Grundlage wirtschaftlicher Innovation ist ohne grenzüberschreitende unternehmerische Kooperation gar nicht finanzierbar. Unternehmerische Freiheit stellt aber (leider) nicht per se Gerechtigkeit, v.a. als Verteilungsgerechtigkeit, her und garantiert auch noch nicht verantwortliches Handeln. Freiheitliches Handeln wird dann verantwortlich, wenn es sich durch freiwillige Vereinbarungen und staatliche Rahmengesetze an die Gemeinschaft bindet und sich in ihren Dienst stellt.

Für Calvin macht die im Glauben gewonnene *Freiheit* frei vom Zwang des Gesetzes und frei zur Nutzung der Gaben Gottes. Aber sie ist kein Freipass »zu Schlemmerei und Üppigkeit«, »zur Kränkung der Schwachen«⁴, zu Willkür, Libertinismus oder Chaos. Sie befreit vielmehr zu einem maßvollen Leben, orientiert an Gerechtigkeit. Guten Wein trinken ja, aber nicht bis zur Besäufnis, weil dies die Beziehungen belastet, Genießen ja, solange man auch mit Entbehrung leben kann und damit frei ist von materieller Abhängigkeit, Zins nehmen ja, sofern es für die wirtschaftliche Entwicklung im Dienst des Menschen nötig ist, aber höchstens bis fünf Prozent. So ist Calvin weit entfernt vom Puritanismus. Vielmehr ist für ihn das Maßhalten, also die richtige Balance zwischen Zuviel und Zuwenig, die ethische Richtschnur, die sich wie ein roter Faden durch seine ethischen Äußerungen zieht. Der Puritanismus hat eben gerade nicht diese Balance umgesetzt.

Sind mit dieser Freiheit nun die *Gesetze* der Bibel überflüssig? Nein, antwortet Calvin. Das Gesetz behält eine dreifache Bedeutung: »Die erste Anwendung des Gesetzes besteht darin, dass es uns Gottes Gerechtigkeit anzeigt, also was vor Gott wohlgefällig ist, und auf diese Weise jeden Einzelnen an seine Ungerechtigkeit erinnert.«⁵ (*usus elenchticus*). Es zeigt uns wie im »Spiegel« unsere Verderbtheit, sodass Gott allein die Ehre für unsere Befreiung zukommt. Die zweite Bedeutung des Gesetzes (*usus politicus*) ist die politische Ordnung, die wie ein »Zügel« oder Riegel Gemeinschaft und Zusammenleben in der Gesellschaft ermöglicht und »verhindert, dass alles im Tumult durcheinanderkommt; denn dies würde geschehen, wenn jeder tun dürfte, was er wollte.«⁶ Dies ist gleichsam die rein innerweltliche Bedeutung, nicht um die göttliche, aber wenigstens die »weltliche Gerechtigkeit«, wie Zwingli sagen würde, zu fördern. Der dritte, wichtigste Gebrauch des Gesetzes (*usus in renatis*) besteht darin, den Gläubigen eine Richtschnur für das Leben im Gehorsam zu geben, ein Ansporn, eine Ermutigung, das Ziel des Reiches Gottes im eigenen Handeln nicht aus den Augen zu verlieren. Wie ein Siegel bestätigt es den Gottesbund.⁷ Damit bildet für Calvin das dreifache Gesetz des neuen Bundes - die in Jesus Christus fassbar gewordene »neue Gerechtigkeit« - die »Rahmenordnung« für die christliche Freiheit.

5. Gerechtigkeit und Gemeinwohlorientierung

Gerechtigkeit steht für Calvin im Zentrum seiner Zinsethik. Sie gibt im Calvin-Jubiläumjahr auch

eine Teilantwort, was wohl Calvin zur Finanzmarktkrise sagen würde. Der Bankiers Claude de Sachinus schrieb am 7. November 1545 an Calvin, den er als Glaubensbruder (frère) bezeichnete, und bat ihn um seine Meinung zum Zinsnehmen. Zeitgenossen seien der Meinung, dass Zinsnehmen, sofern ehrlich, fair (»une sorte d'usure honnête) und mit Mass (la juste ‚proportion‘) erhoben, auch christlich vertretbar sei. Für ihn (als der Reformation verpflichtet) sei aber allein die Heilige Schrift Maßstab, auch wenn sie allenfalls seinen eigenen Geschäftsinteressen zuwiderlaufe⁸. Ein eindrückliches Zeugnis eines christlichen Bankiers, der im Marktgeschehen nach der Orientierung des Evangeliums sucht!

Calvin legt in einem ausführlichen Antwortbrief dar, dass der Sinn des alttestamentlichen Zinsverbots darin liege, den Armen zu helfen, für welche Zinszahlungen eine Existenzbedrohung sein könnten. Eigentlich würde er am liebsten das Geldleihen insgesamt verbannt wissen, da es zu oft missbraucht werde und er fürchte auch, dass wenn er sich zum Zins positiv äußere, sich Leute mehr erlauben würden, als er für recht befände. Trotzdem könne Geld mit Zinsen auch dem Gemeinwohl dienen (»utilité commune«). Richtschnur könne dabei nicht eine einzelne Bibelstelle sein, sondern Gottes Geist und die »Regel der Gerechtigkeit« (»règle d'équité«). Schließlich befürwortet er – vorsichtig – »quelques usures«, ein gewisses Mass an Geldleihen mit Zinsen, fügt aber sogleich an: »Ich unterstütze nicht, wenn jemand vorschlägt, Gewinnerwirtschaftung aus dem Geldleihen zum Beruf zu machen. Zudem gestehe ich nichts zu, das nicht gewisse Regeln respektiert.« Er nennt sieben solche »exceptions« (einschränkende Regeln, Besonderheiten, Ausnahmen, Rahmenbedingungen), die klar einzuhalten seien. Diese wollen wir nun kurz ansehen, weil sie tiefen Einblick in Calvins Zins- und Bankenethik geben und noch heute als richtungsgebende Kriterien für »faire Finanzmärkte« bezeichnet werden könnten:

Sieben Regeln (exceptions) des Zinsnehmens⁹ (Folien):

»Die erste [exception] ist, dass man vom Armen keinen Zins verlangen darf, und dass niemand (zu einer Zinsleistung) gezwungen werde, wenn er sich in einer gänzlichen Notlage befindet oder von Unglück heimgesucht wird.«

Auch Arme brauchen Kapital für ihren kleinen Handel oder Aufbau des Geschäfts, aber sie sollen ihn als zinsloses Darlehen erhalten. Also keine

Zinsen von den Armen. Kapitalrückzahlung ist nötig, aber ohne Zinsen im Fall einer extremen Not, da schon die Rückzahlung des Kapitals dann eine große Last ist. Gewinn darf nicht auf dem Rücken der Schwachen erwirtschaftet werden.

»Die zweite Regel ist, dass keiner, welcher ausleiht, weder so sehr auf Gewinn bedacht sein soll, dass er deswegen die nötigen Pflichten versäumt, noch dass er, indem er sein Geld sicher anlegen will, seine armen Brüder missachtet.«

Mit Pflichten ist die karitative Tätigkeit/Geldspende à fonds perdu für die Armen gemeint. Neben dem Investieren soll genug zum Spenden bleiben. Wiederum ist das Kriterium, dass der Graben zwischen Arm und Reich verkleinert wird. Es ist auch eine Regel gegen die Gier. »Man soll nicht überall, immer, alles und von allen nehmen«¹⁰, sagt Calvin in einem Kommentar zu Ez 18.

»Die dritte Regel ist, dass man (bei einem Zinsdarlehen) nichts dazwischen kommen lasse, was nicht mit der natürlichen Gerechtigkeit in Einklang steht, und dass, wenn man die Sache nach der Regel Christi prüft, d.h. was ihr wollt, dass die Menschen euch tun etc., sie als allgemeingültig befunden werde.«

Mit natürlicher Gerechtigkeit ist hier die Goldene Regel der Gegenseitigkeit angesprochen. Damit ist der usus politicus legis, der für das menschliche Zusammenleben vernünftige und nötige Gebrauch des Gesetzes im Sinne der menschlichen Gerechtigkeit gemeint.

»Die vierte Regel ist, dass derjenige, welcher borgt, ebenso viel oder mehr Gewinn haben soll vom entliehenen Geld (als der Gläubiger).«

Was der Schuldner mit dem geliehenen Kapital produktiv erwirtschaften kann, soll mindestens so viel Gewinn abwerfen wie der Zins für den Gläubiger. Wiederum ist die Orientierung am Wohl des Nächsten und die goldene Regel angesprochen, aber darüber hinaus. Hier wird auch deutlich, dass Calvin das Zinsnehmen nur für Produktionskredite im Blick hatte. Konsumkredite lehnte er ab.

»Fünftens, dass wir weder nach dem allgemeinen und hergebrachten Brauche (bezüglich dem Zins) beurteilen, was uns erlaubt ist, noch an der Ungerechtigkeit der Welt messen, was recht und billig ist, sondern, dass wir unser Verhalten aus dem Worte Gottes nehmen.«

Nicht geschichtliche, wirtschaftliche, politische oder opportunistische Kriterien können die Richtschnur für das Zinsnehmen sein, sondern allein was Gottes Willen entspricht und seiner Ehre dient. Das auf Paulus zurückgehende reformatorische Anliegen, man müsse Gott mehr gehorchen als dem Menschen, spiegelt sich hier.

»*Sechstens*, dass wir nicht nur den persönlichen Nutzen dessen in Betracht ziehen, mit dem wir zu tun haben, sondern dass wir auch beachten, was der Allgemeinheit nützlich ist. Denn es ist ganz offenkundig, dass der Zins, den der Kaufmann zahlt, eine allgemeine Leistung (pension publique) bedeutet. Man muss also wohl darauf bedacht sein, dass der Vertrag dem allgemeinen Wohl mehr nütze als schade.«

Eine Handels- und Kapitalbeziehung betrifft nicht nur die zwei Vertragsparteien, sondern hat Auswirkungen auf die weitere Gesellschaft (ökonomische Externalitäten, makroökonomische Auswirkungen). Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, aus einer Finanzkrise entstanden, macht dies mehr als deutlich. Hier wird die Gemeinwohlorientierung (common good, bien public) Calvins deutlich, wie sie seine ganze Ethik prägt. Trotz der Betonung des Individuums in der Reformation und im Humanismus, ist seine ganze Ethik gemeinschaftsorientiert. Das Handeln des Einzelnen muss die Wirkungen auf das Ganze mit bedenken.

»*Siebtens*, dass man nicht das Mass überschreite, welches die Gesetze der Gegend oder des Ortes zubilligen, obgleich das nicht immer genügt, denn oft erlauben sie das, was sie nicht durch ein Gesetz ändern oder einschränken können. Man muss also einer Gerechtigkeit den Vorzug geben, welche beschneidet, was zuviel sein wird.«

Hier wird auf die öffentliche Ordnung Bezug genommen, die zu beachten ist, die aber, gemäß seiner fünften Regel, dem Worte Gottes untergeordnet und von ihm her kritisch zu hinterfragen ist. Unethisches Banking lässt sich auch nicht rechtfertigen mit Hinweis darauf, dass erlaubt sei, was das Gesetz nicht verbiete. Nein, das Gesetz kann nur das Minimum regeln. Der Gläubige mit seinem Gewissen muss – gut reformatorisch – darüber hinausgehen. Hier spricht Calvin den tertius usus legis, das Gesetz als Richtschnur und Ermutigung für den Glaubenden, an. Aus Gerechtigkeitsgründen kann eine Gewinnbegrenzung z.B. mit einer freiwilligen Begrenzung (Maßhalten!) oder Kapitalsteuer nötig sein.

Für Calvin sind also Fairness im Sinne der Goldenen Regel und der sozialen *Gerechtigkeit*, *Armutsbekämpfung* im Sinne der Bedarfsgerechtigkeit und *Gemeinwohlorientierung* drei zentrale Pfeiler einer Finanzmarktpolitik, die auch heute für eine protestantische Finanzmarktethik gelten. Zusammen mit dem Arbeitsethos und globaler Interdependenz in der Informationsgesellschaft fügen wir an, dass Gerechtigkeit auch die Leistungsgerechtigkeit (Effizienz, gerechte Entschädigung von Leistung), die Verfahrensgerechtigkeit (Transparenz, Berechenbarkeit, Integrität, Reduktion von Komplexität, Partizipation) und ökologische Gerechtigkeit umfasst.

6. Von einseitiger Globalisierung zu Globalance als Wertebalance

Maximisierte Freiheit im Sinne des Neoliberalismus als Abschaffung möglichst vieler regulierender Rahmenbedingungen hat zur Extremisierung und zu Missbräuchen der Freiheit geführt. Individuum und Gemeinschaft gehören unlösbar zusammen und unter Gemeinschaft kann aus christlicher Sicht nicht nur die eigene Unternehmung oder Abteilung der Unternehmung, sondern immer nur auch das Gemeinwohl gemeint sein. Freiheit ist nur tragfähig und verantwortlich ausgeübt, wenn sie verbindlich mit Gerechtigkeit und Gemeinwohlorientierung, die die Nachhaltigkeit einschließt, verbunden wird. So ist nach dem Ende des diktatorischen Kommunismus auch das Ende des wilden Kapitalismus eingetreten. Es entsteht die Chance, sich auf eine an Gerechtigkeit und Freiheit orientierte, global regulierte, soziale und ökologische Marktwirtschaft zu besinnen und diese umzusetzen. Der Redner hat für den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund das Konzept von *Globalance* entwickelt, das im Wesentlichen auf diesem dynamischen Gleichgewicht von Freiheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaft als einer Wertebalance beruht und so zu einer menschengerechten Globalisierung führen kann.¹¹

7. Mit Tugenden Vertrauen schaffen

Die Krise zeigt auch, dass neben Werteorientierung auch persönliche Tugenden für Vertrauen und Glaubwürdigkeit entscheidend sind. Die »neue Bescheidenheit« wird schon fast sprichwörtlich, auch wenn ich ihr als neuer Tugend noch nicht ganz trauen mag. Tugenden sind verinnerlichte, gelebte Werthaltungen. Tugenden hatten oft den Mief veralteter Moral. Doch sie

sind für das Zusammenleben in Würde unabdingbar. Beispiele, die auch zur Bewältigung der Krise wichtig sind:

Dienmut (Mut zum Dienst am Gemeinwohl, Dienst-Leistung)

Integrität (Ehrlichkeit, Offenheit, Transparenz)

Bescheidenheit (gegen Besserwisserei, Gier, Überheblichkeit)

Kluge Risikobereitschaft (Klugheit in der Verbindung von Risiko, Fehlerfreundlichkeit, Korrekturbereitschaft, Vergebung)

Empathie (Philanthropie/Menschenfreundlichkeit als Fähigkeit, sich ändern zuzuwenden, sich einzufühlen)

Treue (zu eigenen Grundwerten und eingegangenen Versprechen)

Achtsamkeit im Umgang mit anvertrauten Personen und Ressourcen.

8. Systemische Maßnahmen gegen die Finanzkrise als Systemkrise

Werteorientierung und Tugenden sind die Grundlagen für Individual- wie Strukturenethik. Entscheidend ist, dass sie in strukturellen Mechanismen inkarniert werden, denn das Individuum allein kann sie nicht wirkmächtig werden lassen. Ich schließe deshalb mit ein paar Hinweisen auf Strukturmaßnahmen, die zur Krisenbewältigung in Beachtung der Werte und im Rahmen einer globalen sozial-ökologischen Marktwirtschaft nötig sind.

1. Globale Ordnungspolitik des Wirtschaftens

Ich zitiere zunächst aus einem »Manifest gegen die Krise«, das Ende März in der Sonntagszeitung in der Schweiz veröffentlicht wurde. Es wurde von drei Professoren aus der Schweiz, darunter dem Redenden verfasst und von zahlreichen Professoren von »Kontrapunkt«, einem Rat für sozial verantwortliches Wirtschaften, mitunterzeichnet. Darin fordern wir eine globale Ordnungspolitik des Wirtschaftens:

»Die aktuelle Weltwirtschaftskrise ruft nach international verbindlichen Regelungen einer globalen Ordnungspolitik des Wirtschaftens. Das bedingt supranationale Rahmenordnungen für den globalen Wettbewerb. Diese sind vorzugsweise bei UNO-Organisationen anzusiedeln, weil damit auf globaler Ebene eine gleichberechtigte Teil-

nahme der Staaten und ihrer Bevölkerungen ermöglicht wird. Die politische Weltgemeinschaft muss der wirtschaftlichen Teilordnung die Vorgaben machen, nicht umgekehrt. Diese Rahmenordnungen sollten u.a. folgende Elemente umfassen:

- Der weltweite Finanzmarkt braucht einen Leistungsauftrag im Interesse einer gemeinwohlorientierten Realwirtschaft.
- Die Ordnung der Marktwirtschaft muss die Beteiligung des Arbeitsmarktes am Erfolg des Kapitalmarktes vorsehen.
- Die Spanne zwischen den geringsten und den höchsten Löhnen eines Unternehmens ist zu begrenzen.
- Für Gewinne und Wachstum von Unternehmen sind Obergrenzen vorzusehen, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren und durch negative Anreize (Gewinn- und Wachstumsabgaben) sanktioniert werden.
- Die Steuerflucht durch Steuerhinterziehung oder -betrug muss durch Rechtshilfeabkommen mit allen Rechtsstaaten bekämpft werden.

... Anzustreben ist ein Mehrebenen-Modell der demokratisch gesteuerten Weltwirtschaftsordnung mit weltweiten, regionalen und nationalen Teilkompetenzen.«¹²

2. Kreditmarktpolitik

Geld ist ein öffentliches Gut. Allein die staatlichen Notenbanken sind befugt, Geld zu drucken und haben mit diesem Monopol eine entscheidende Steuerungsfunktion. Die Finanzmarktkrise ist unter anderem eine Folge der extrem gewachsenen globalen Kreditverflechtung in deregulierten Märkten. Es braucht klare internationale regulierende Rahmenbedingungen im Sinne globaler Verfahrensgerechtigkeit und Fairness. Höhere Eigenmittelvorschriften der Banken, klarere Rechnungslegungsschriften, Modelle, die man auch mit dem gesunden Menschenverstand noch nachvollziehen kann. Die internationale Finanzmarktarchitektur braucht einen neuen Schub. Finanzmärkte sind vitale Lebensadern einer interdependenten globalen Gesellschaft. Es ist ihnen Sorge zu tragen und sie sind noch stärker in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen. Dazu gehört, die Erfolgsgeschichte der Mikrokredite weiterzuführen, aber auch auszuweiten. Arme, besonders Frauen, haben sich als verlässliche Kreditnehmer erwiesen, nicht zuletzt durch die gegenseitige Verantwortung in Gruppen (group

lending). Investitionen und Kreditvergabe sollten »for the needy, not for the greedy« getätigt werden. Die Gewinnerwartungen, die übertrieben waren und jetzt im Keller sind, brauchen eine maßvolle Mitte. Die institutionalisierte Gier ist durch ein institutionalisiertes Maßhalten zu ersetzen.

3. Internationale Sozialversicherungsstandards

Die demografische Entwicklung mit der weltweiten Zunahme alter Menschen stellt für die Kreditmärkte eine der größten Herausforderungen dar. Die Gewinnerwartungen der Pensionskassen sind die wegen der demografischen Entwicklung hoch, werden aber nicht so hoch bleiben können. Wenn zukünftig weitere Millionen, wenn nicht Milliarden von Menschen besonders in Asien Sozialversicherungen angeschlossen werden, was aus Sicht sozialer Sicherheit wünschbar ist, dann sind entsprechende Kapitalmarktregulierungen umso wichtiger, damit nicht die institutionellen Anleger die treibenden Kräfte von Blasen sind. Dazu kann jedenfalls für Sozialversicherungen in Europa gehören: strengere, konservative Anlagevorschriften, Breitere Streuung der Anlagen, keine Anlagen in Hedge Fonds, Anlagen nur in passiv verwaltete Fonds (keine ständigen An- und Verkäufe, was die globale Volatilität der Finanzmärkte erhöht), Begrenzung der Währungsrisiken, Keine Kickbacks/Retrozessionen der Berater.

4. Aufwertung mittlerer und kleinerer Betriebe

Eine Volkswirtschaft lebt nicht nur von den großen Firmen. Gemeinwohlorientierung bedeutet, kleine und mittlere Betriebe wieder vermehrt in ihrer Bedeutung anzuerkennen und zu fördern. Die Aussage, man könne große Firmen gar nicht sterben lassen, ist theologisch, historisch, volkswirtschaftlich und ethisch falsch. Theologisch, weil Gott verheißt hat, sein Reich auf den Schwachen und Kleinen aufzubauen (Lobgesang der Maria), historisch, weil immer wieder Großmächte und Großfirmen verschwunden sind und Neues entstanden ist, volkswirtschaftlich, weil die Abhängigkeit von einigen Großen die Freiheit des Marktes behindert und ethisch, weil die Stützung einiger Großer ungerecht sein kann, weil es einen Wettbewerbsnachteil für Mittlere und Kleinere bedeutet. Machtkonzentration in Großen Einheiten ist ethisch zumindest dann fraglich, wenn sie Machtkontrolle erschwert oder verhindert.

5. Komplexität vermindern, aber nicht vermeiden

Die gegenwärtige Finanzmarktkrise ist auch eine Krise der unüberschaubaren Komplexität und Interdependenz, u.a. als Folge globaler Verflechtung. Komplexitätsreduktion durch religiösen, ökonomischen oder politischen Fundamentalismus kann keine Lösung sein, weil dieser die Komplexität nur scheinbar reduziert, de facto aber der Komplexität unangemessene, sogenannte einfache Lösungen vorschlägt. Ein Kriterium für ein verkraftbares Mass an Komplexität ist der gesunde Menschenverstand. Wenn Spitzenbanker sagen, sie hätten die Berechnungen und Verschachtelungen der Anlageinstrumente selbst nicht mehr verstanden, dann besteht Handlungsbedarf. Wenn unser Gefühl (als Summe individueller und kollektiver Erfahrung) uns sagt, so könne es wohl nicht weitergehen oder die eine oder andere Entwicklung sei »verrückt«, dann ist das als Signal ernst zu nehmen. Nicht dass das Gefühl oder der gesunde Menschenverstand immer recht hat, aber die daraus entstehenden »dummen Fragen« und die Orientierung an Werten und Tugenden können als kritisches Korrektiv zum Expertenwissen möglicherweise den einen oder andern Irrweg verhindern.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Christoph Stückelberger: *Umwelt und Entwicklung. Eine sozialetische Orientierung*, Stuttgart 1997. Hier ist eine (Umwelt-)Ethik des Masshaltens entwickelt.

² Erstmals deutsch erschienen bei Jehle, Frank: *Du darfst kein riesiges Maul sein. Freiburger Vorlesungen über die Wirtschaftsethik der Reformatoren Luther, Zwingli und Calvin*, Basel 1996, 93.

³ Die Kommission für Internationale Angelegenheiten des ÖRK (CCIA) hielt in einer Stellungnahme im März 2009 fest, die Finanzkrise sei als chance wahrzunehmen, »Gier und Moneytheismus zu überwinden.« (WCC News 25.3.2009)

⁴ Johannes Calvin: *Unterricht in der christlichen Religion. Institutio Christianae Religionis*. Neukirchen 1955/1988, kurz Institutio, III, 19,9 und 10.

⁵ Institutio, II, 7,6-9.

⁶ Institutio, II, 7,10-11.

⁷ Institutio, II, 7,12-17.


⁸ »L'authorité des Saintes Ecritures a trop de valeur pour moi, pour que je me laisse détourner d'elle (même si elle affirme le contraire) par les préjugés des hommes, aussi savants solents-ils.« (lettre de Cl. De Sachin à J. Calvin, Calvinus Opera vol 12, col 210-211, Extrait du Cod Genev. 109, fol 14, zit. nach Dommen, Edouard : Calvin et le prêt à intérêt, in : *Finance & bien commun/common good*, No 16, Autumn 2003, 42-58 (44).

⁹ Vgl. auch: Stückelberger, Christoph: *Ethischer Welthandel*, Bern 2001, 170-171; Auch: *Gerechter Preis? Institut für Sozialethik SEK*, Bern 1990, 74f.

¹⁰ Dommen, Edouard, op.cit, 47.

¹¹ Schweiz. Evang. Kirchenbund: *Globalance. Christliche Perspektiven für eine menschengerechte Globalisierung*, Bern 2005.

¹² Banken müssen kleiner werden. Manifest gegen die Krise: die Wissenschaftler Philippe Mastronardi, Christoph Stückelberger und Mario von Cranach fordern tiefgreifende Refor-

men im Finanzsystem und eine internationale Marktordnung, *Sonntagszeitung* (Zürich), 29. März 2009, 53. 

Funktionswandel des Unternehmertums

Prof. Dr. Paul Windolf

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft –
Protestantische Antworten auf die Krise, Evan-
gelische Bildungsstätte auf Schwanenwerder,

22. - 23. 4. 2009.
Wiedergabe der Vortragsfolien des Referenten.

Funktionswandel des Unternehmertums Eigentum, Risiko, Verantwortung

1. Familienkapitalismus
2. Managerkapitalismus
3. Finanzmarkt-Kapitalismus

Prof. Dr. Paul Windolf

Universität Trier

Definition: Unternehmer

- "Die Unternehmerfunktion ist nichts anderes als die **Führer**funktion auf dem Gebiet der Wirtschaft."
- "Im Erkennen und Durchsetzen neuer Möglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet liegt das Wesen der Unternehmerfunktion." (Kreative Zerstörung)

(J. Schumpeter)

Unternehmer: Charismatische Herrschaft

- "Charisma soll eine als außeralltäglich geltende Qualität einer Persönlichkeit heißen, um derentwillen sie als mit übernatürlichen oder übermenschlichen Kräften und deshalb als 'Führer' gewertet wird. ..."
- Die bürokratische Herrschaft ist spezifisch rational im Sinn der Bindung an diskursiv analysierbare Regeln, die charismatische spezifisch irrational im Sinn der **Regelfremdheit**." (M. Weber)
- "Can't I do what I want with my own?" (Vanderbilt).

Unternehmer als Eigentümer

- Führer auf wirtschaftlichem Gebiet; charismatische Herrschaft; uneingeschränkte Verfügungsgewalt über das Eigentum und uneingeschränkte Befehlsgewalt über die Belegschaft.
- Innovator: Er personifiziert den Prozess der kreativen Zerstörung, der das Wesen des Kapitalismus ausmacht.
- Der Unternehmer haftet mit seinem Vermögen und mit seiner Person für seine Entscheidungen. Mit der uneingeschränkten Verfügungsgewalt über das Eigentum ist auch die Verantwortung für das Eigentum und die Belegschaft verbunden (unbeschränkte Haftung).

Alfred Krupp (1812 – 1887) (Kanonen-König)



"Ich nehme alle Folgen auf mich."

Trennung von Eigentum und Kontrolle

- Die Aktionäre sind formal noch Eigentümer, sie können das Unternehmen aber nicht mehr kontrollieren. In vielen Unternehmen gibt es mehr als 1 Mill. Aktionäre, die sich nicht organisieren können, um ihre Interessen durchzusetzen.
- "This dissolution of the atom of property destroys the very foundation on which the economic order of the past three centuries has rested" (Berle/Means).

Manager-Kapitalismus

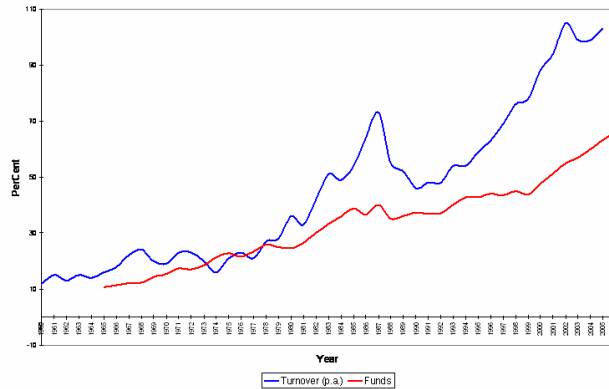
- Die Top-Manager treffen die unternehmerischen Entscheidungen, können für diese Entscheidungen aber nicht haftbar gemacht werden. Sie sind durch die "**business judgement rule**" vor Haftung geschützt.
- Die Aktiengesellschaft ist eine Gesellschaft mit **beschränkter** Haftung. Die Aktionäre haften nur bis zur Höhe ihrer Einlagen.
- Das Risiko wird verteilt, und zwar auf Banken, die Belegschaft, den Staat (lender of last resort), etc.

Business Judgement Rule

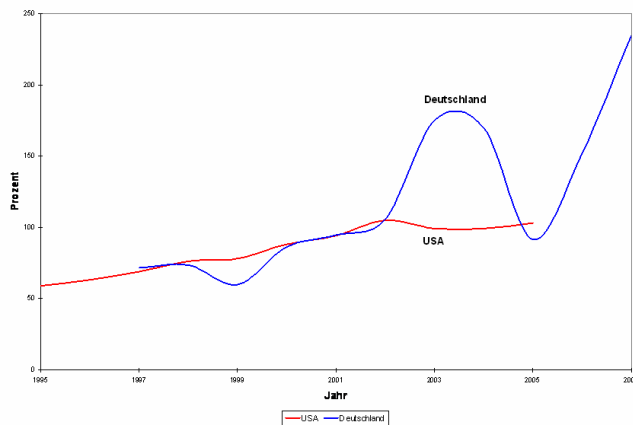
§ 93, Abs. 1 AktG (seit 2005):

Eine Pflichtverletzung liegt nicht vor, wenn das Vorstandsmitglied bei einer unternehmerischen Entscheidung vernünftigerweise annehmen durfte, auf der Grundlage angemessener Information zum Wohle der Gesellschaft zu handeln."

Shareholding of Funds Turnover NYSE (1960 – 2006)



Turnover-Rate: Deutschland USA 1997 - 2007



Finanzmarkt-Kapitalismus

- Rekonzentration des Eigentums bei den Fonds
- Konkurrenz der Fonds um immer höhere Profite (shareholder value)
- Einfluss der Fonds-Manager auf unternehmerische Entscheidungen (Profitmaximierung).
- Instabilität der Eigentümer (turn over: $\approx 100\%$)
- Globale Streuung des Risikos
- Management ist Finanzmarkt-orientiert (Aktien-Optionen)
- Trennung von Risiko und Eigentum: Die Fonds sind Eigentümer ohne Risiko.
- Risiko (Verantwortung) wird auf globalen Märkten "weg" diversifiziert.

Unternehmerische Funktionen

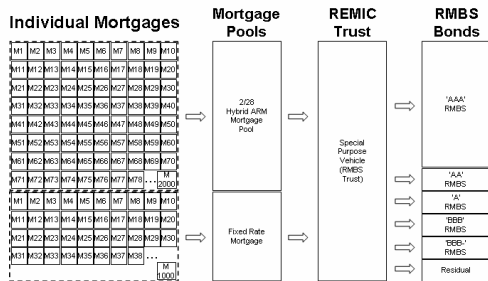
	Familien-Kapitalism.	Manager-Kapitalismus	Finanzmarkt Kapitalismus
Innovation Führer	U	M	M
Verfügung Kontrolle	U	M	M/Fonds
Eigentum	U	A	Fonds
Risiko	U	A	Kunden
Finanzierung	U/Ba	A/Ba	Kunden/Ba

Sample Subprime RMBS Structure

Sample Subprime RMBS Structure

RMBS: residential mortgage backed security

Remic: real estate mortgage investment conduit



Andacht

Von Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx, Kirchenamt der EKD

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise, EA zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwabenwerder, 22. - 23. 4. 2009

Lied 450; Morgenglanz der Ewigkeit, 1 und 3

Eva Zeller: »Oder aber«

Entweder man hat mir
Das Leben aufgebrummt,
bleut mir seine Regeln ein
und knöpft mich vor
wenn ich sie nicht begreife
niemand baut mir
Eselsbrücken

Oder aber die Sterne
Wolken, Haare, Sand
Und Tränen zählen kann,
zählt auch mein Haar
und meine Tränen
und alle Tage meiner Flucht
und lässt mich innewerden,
dass er den Grund des Meeres
zum Wege machen und mich
hindurchgehen lassen kann.

Gebet:

Wenn die Regeln alle gebrochen sind,
neue Ordnungen noch nicht erkennbar,
wenn ich kaum noch begreife, was geschieht und
was gut ist,
Gott, dann schaue ich auf Dich.
Deiner Güte will ich trauen.
Deine Weisungen führen zum Leben.
Schenk mir das Wort, das Zukunft öffnet,
schenk mir das Licht, das mein Dunkel erhellt,
lass mich deine wärmende Nähe spüren,
wenn alle Wege bergab führen
in die Tiefe, in der Du wohnst. Amen.

Liebe Tagungsgemeinde,
Ein Alphabet der Krise von *A wie Analyst bis Z wie Zertifikat* (einem Papier, das dem Verbraucher ein Maximum an Unsicherheit garantiert.) hat Hans-Magnus Enzensberger vor kurzem in der »Zeit« veröffentlicht. Ein Alphabet, in dem alle Begriffe neu definiert werden, weil die Regeln gebrochen wurden, weil das Spiel aus dem Ruder gelaufen ist. Zum Beispiel:

Analyst, der: einer der aus guten Gründen nicht wagt, sich einen Analytiker zu nennen. Wehe dem, der sich einem Therapeuten anvertraut, dem selbst auf der Couch nicht zu helfen ist.

Oder: *Produkt*, das: oft mit dem Adjektiv inovativ verbunden; ein Phantasieerzeugnis jener Branche, die stolz darauf ist, dass sie nichts produziert.

Und schließlich *Vertrauen*, das: ein Gefühl, um das händeringend geworben wird, weil eine andere Regung, das Misstrauen, sich als nützlich erwiesen hat.

In Krisenzeiten gewinnen Begriffe eine neue Bedeutung. Und für manche Ideen müssen neue Worte gefunden werden, weil die alten angekratzt oder korrumpiert sind.. Es ist, also würde die Sprache, die lange etwas bewerben oder auch verschleiern konnte, plötzlich durchsichtig für gesellschaftliche Prozesse, Analysen, und Politikstile ändern sich – und in all dem auch unser eigens Verständnis als Bürgerinnen und Bürger. Denkmuster, die unsere Identität geprägt haben und die uns lieb sind, müssen angesichts gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erschütterungen gleichsam neu erfunden werden. Die »Soziale Marktwirtschaft zum Beispiel, die für manchen zu einer unglaublichen Variante des anglo-amerikanischen Kapitalismus geworden ist. Manche gute Tradition brauchen am Ende vielleicht auch einen neuen Namen, um zukunftsfähig zu sein.

Der Anayltiker Michael Mary, der nun wirklich kein Analyst ist begreift, begreift Störungen und Krisen vor allem als Chance der Erneuerung. Er schreibt: » Die Bewältigung von Krisen geschieht nicht, wie die meisten Menschen glauben, indem man wieder auf die Beine kommt. Sie geschieht nicht, indem man der angegriffenen Identität zur Stärkung und Wiederauferstehung verhilft und wieder ganz »der Alte« wird. Bewältigung geschieht, indem man einen anderen Namen annimmt.«

Wir müssen fragen, wer wir im Laufe der Zeit geworden waren und in wen uns die Krise verwandelt, sagt er. Scheitern darf dabei nicht als Versagen verstanden werden – bewusstes Scheitern ist geradezu die Vorraussetzung eines neuen Erfolgs. Krisen sind notwendig »weil erst im Ver-

sich einer Bewältigung jene Entwicklung eingesetzt, die wir schließlich als gelungene Veränderung bezeichnen«. Lebendigkeit entsteht in Spannungssituationen, in denen unsere Wahrnehmung geschärft ist – für Prozesse, und Begriffe, für Werte und Identitäten.

Er erzählt von Menschen, die aus dem Marktprozess herauskatapultiert wurden und dabei gelernt haben, das Leben mit neuen Augen zu sehen, ihren Lebensstil zu verändern.. So wie jener Banker, der gerade den langen Lauf über die Berge antrat, um zu einem neuen Selbst zu finden. Aus dem Kämpfer wird nun der Gelassene, aus dem Sammler der Zufriedene- in der Krise vergibt das Leben neue Namen, sagt Michael Mary.

Ich denke dabei an Jakob. Esaus Zwillingbruder, der seinem Vater in Esaus Gewand den Segen abluchste und dem Bruder für ein Linsengericht das Erbe abkaufte. Viele nannten ihn einen Betrüger. Aber er war ein betrogener Betrüger. Sein Lebenshunger, seine Glückssuche, hatte ihn von zu Hause weg ins Ausland getrieben, in das Land und Haus seines Onkels Laban, wo er nun selbst betrogen wurde - um die Früchte seiner Arbeit und um seine große Liebe. Trotzdem: Jakob hatte Erfolg. Nach Jahren harter Arbeit gewann er die Frau, die er liebte, seine Herden wuchsen, seine Familie wurde größer und größer. Ein Erweis des Segens, könnte man sagen. Und Jakob erinnerte sich oft an jene Nacht auf der Flucht, in der er im Traum die Himmelsleiter gesehen und die Segenszusage Gottes gehört hatte. Trotz Tricks, Betrug und Tränen, trotz Entfremdung und Kämpfen – Jakob war ein Gewinner. Zum Glück allerdings fehlte ihm die Heimat, der innere Frieden. Die Versöhnung mit seinem Bruder.

So macht er sich schließlich auf den Weg über die Berge, über den Fluss, um zu suchen, was ihm fehlt. Macht sich auf zu seinem Bruder und schickt ihm einen Teil seiner Herden als Zeichen der Versöhnung. Ist ein Neuanfang möglich? Wer die Geschichte liest, spürt die Unsicherheit, die Angst, die der Krise vorausgeht. Jakob bleibt allein zurück.

Da rang ein Mann mit ihm, bis die Morgenröte anbrach. Und als er sah, dass er ihn nicht übermochte, schlug er ihn auf das Gelenk seiner Hüfte, und das Gelenk der Hüfte Jakobs wurde über dem Ringen, mit ihm verrenkt. Und er sprach: Lass mich gehen, denn die Morgenröte bricht an. Aber Jakob antwortete: Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn. Er aber sprach: Wie heißest du? Er

*antwortete: Jakob. Er sprach: Du sollst nicht mehr Jakob heißen, sondern Israel; denn du hast mit Gott und mit Menschen gekämpft und du hast gewonnen. Und Jakob fragte ihn und sprach: Sage doch, wie heißest du: Er aber sprach: Warum fragst du, wie ich heiße? Und er segnete ihn da selbst. Und Jakob nannte die Stätte Pniel, denn, sprach er, ich habe Gott von Angesicht gesehen, und doch wurde mein Leben gerettet. Und als er an Pniel vorüberkam, ging ihm die Sonne auf und er hinkte an seiner Hüfte.
(Genesis 32, 25 – 32)*

Ist es das Schicksal, mit dem Jakob hier ringt, ist es Gott selbst? Wir wissen es nicht. Wir wissen es in solchen Augenblicken der Dunkelheit und Verzweiflung nie. Da treten uns Menschen und Mächte vor Augen, mit denen wir ein Leben lang gekämpft haben. Offene Fragen, quälende Ängste, Schuld, die wir nicht bewältigen konnten. Mit all dem hat es auch Jakob zu tun- und er kämpft um den Segen, um den Sinn seines Lebens. Es ist ein Kampf auf Leben und Tod. Der Mann, der am nächsten Morgen aus dem Wasser steigt und der Sonne entgegengeht, lebt - aber er ist ein anderer geworden. Das spürt er nun bei jedem Schritt mit seinem hinkenden Bein. In dieser Nacht ist Jakob, der Betrüger, untergegangen. Jakob, der Kämpfer hat seine letzte Schlacht geschlagen.. Aus dem Wasser stieg ein Gezeichneter. Jakob ist ein anderer geworden, und er trägt nun einen neuen Namen. Er ist Israel., der Gesegnete. Der Mann, der sich mit seinem Bruder versöhnen kann, weil er mit Gott und mit sich selbst versöhnt ist.


Ich liebe diese Geschichte, weil in ihr so viele andere Auszugs- und Erneuerungsgeschichten, so viele Krisen- und Rettungsgeschichten der Bibel aufgehoben sind. Noahs Errettung aus den Wassern der Sintflut und Gottes Neubeginn mit den Menschen. Israels Auszug aus Ägypten und der Durchzug durchs rote Meer. Rettung ist möglich, wenn Menschen bereit sind, das alte zurück zu lassen und sich auf Veränderungen einzulassen – den Durchzug durch die Wüste, das Leben in der Arche, Zeiten, in denen keiner weiß, wie es weitergeht. Die schönste Befreiungsgeschichte ist die Ostergeschichte, in der die Engel zu den Frauen sagen:« Was sucht Ihr den Lebendigen bei den Toten? Er ist nicht hier, er ist Euch vorausgegangen, wie er gesagt hat.« »Das Leben lässt fragen, wo Du bleibst«, hat Michael Mary sein Buch genannt. Auch er will uns Mut machen, die Krise anzunehmen und um ein neues Selbstverständnis zu ringen, um neue Begriffe, eine neue Sprache. In der Krise müssen wir das Alphabet neu lernen – vielleicht auch das Alphabet unseres Glaubens.

Und da lässt sich einiges lernen – auch und gerade von Jakob: Zuerst: Segen ist mehr als Wohlstand und Erfolg. Entscheidend ist, dass wir Gott vertrauen, auch wenn er uns dunkel und unverständlich erscheint. Dass wir am Ende mit Gottes Weg, mit unserem Weg versöhnt sein können. Und dann: ohne Versöhnung mit dem Bruder finden wir den Frieden nicht, den wir suchen. Auf dem Weg dahin werden wir unseren Wohlstand teilen – aber es geht um mehr. Es geht um eine ehrliche Begegnung mit dem, der sich von uns betrogen fühlt. Schließlich: wer die Krise bestehen will, muss sich auf dem Weg machen – durch den Fluss, über die Berge, durch die Wüste. Muss hinter sich lassen, was tot ist und den

Tod bringt, und seien es die Fleischtöpfe Ägyptens. Amen.

Lied: 351: Ist Gott für mich, so trete; 1 und 2

Manchmal geschieht es, dass wir die Kraft, ja zu uns selbst zu sagen, empfangen, dass Frieden uns ganz und gar durchdringt, dass Selbsthass und Selbstverachtung verschwinden und dass wir wieder mit uns selbst versöhnt sind. Dann können wir sagen, dass uns Gnade zuteilgeworden ist.« (Paul Tillich).

Lied: 351: Ist Gott für mich, so trete; 7 und 12 

Protestantische Wirtschaftsethik und Soziale Marktwirtschaft – Zur Renaissance eines ordnungspolitischen Leitbildes?

Von Prof. Dr. Traugott Jähnichen

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise, EA zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwabenwerder, 22. - 23. 4. 2009

Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft hat, wie die Denkschrift des Rates der EKD »Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive« mit Nachdruck feststellt, protestantische Werthaltungen verwirklicht, »die für alle Menschen guten Willens nachvollziehbar sind.«¹ Im Rahmen dieser Wirtschaftsordnung sind seit der Währungsreform vor mehr als 60 Jahren in der Bundesrepublik Wohlstand, eine gerechte Teilhabe und eine weitreichende soziale Sicherung geschaffen worden. Daher sollte dieses Modell, so die Argumentation der Denkschrift, die der Ratsvorsitzende Bischof Huber in seinem Vorwort aufnimmt, »auch für die Zukunft verpflichtende Bedeutung« haben und unter dem Gesichtspunkt weiterentwickelt werden, dass sie »als Maßstab für die weltweite wirtschaftliche Entwicklung taugt.«² War diese Formulierung zur Zeit der Veröffentlichung der Denkschrift im Frühjahr 2008 weithin umstritten – die Herausforderungen der Globalisierung wurden häufig als Infragestellung der Sozialen Marktwirtschaft interpretiert –, so wird gegenwärtig nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise allenthalben eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft als weltweit bedeutsames Leitbild gefordert. In diesem Beitrag sollen die der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft zugrundeliegenden protestantischen Werthaltungen und Perspektiven der weiteren Ausgestaltung dieses Modells erörtert werden.

Die maßgeblichen Vertreter der historischen Begründung und Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft sind überzeugte Protestanten gewesen, so dass von genuin »protestantischen Wurzeln«³ der Sozialen Marktwirtschaft gesprochen werden kann. Zu erinnern ist an die Mitglieder des im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gegründeten Freiburger Kreises – insbesondere Walter Eucken, Adolf Lampe, Constantin von Dietze und Gerhard Ritter – an die emigrierten Ökonomen Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, an den späteren Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Alfred Müller-Armack und nicht zuletzt an den langjährigen Wirtschaftsminister und späte-

ren Kanzler Ludwig Erhard. In ihren Schriften finden sich ungeachtet mancher Differenzierungen sehr ähnliche anthropologische Grundannahmen sowie entsprechende ethische und nationalökonomische Argumentationslinien. Dabei haben sie in bewusster Reflektion ihres protestantischen Hintergrundes darauf Wert gelegt, dass es sich hierbei nicht um eine konfessionell einseitig festgelegte Konzeption handelt, gleichwohl haben sie deren normative Grundlagen und deren Anschlussfähigkeit für eine bewusst christliche Lebensführung betont. Exemplarisch hat Müller-Armack in diesem Sinn ausgeführt, dass die Soziale Marktwirtschaft »in sich nichtchristlich ist«, sehr wohl aber mit »christlichem Geist erfüllt«⁴ und von Christen als Ort ihrer Verantwortung interpretiert werden kann.

Das zentrale Motiv der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft ist das Bemühen um eine neue Synthese von marktwirtschaftlicher Effizienz, freiheitlicher Ordnung und sozialer Verantwortung. Auf diese Weise werden, wie Alfred Müller-Armack auf dem Kirchentag 1950 in Essen ausgeführt hat, »die Ziele der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit zu einem praktischen Ausgleich gebracht.«⁵ Dementsprechend ist die Suche nach einem Ordnungsmodell jenseits des klassischen Liberalismus wie des Sozialismus kennzeichnend, was Röpke in der einprägsamen Formel »Weder Kapitalismus noch Kollektivismus«⁶ zum Ausdruck gebracht hat. Das vorrangige Ziel ist die unbedingte Sicherung der Subjektstellung des Menschen im Wirtschaftsgeschehen, denn die Personenwürde des Menschen muss gegenüber kollektivem Zwang ebenso geschützt werden wie vor einer Unterordnung unter Kapitalinteressen. Im Hintergrund steht die Überzeugung, dass in der Freiheit der Sinn des menschlichen Lebens zu finden ist, was Röpke als den »Kern des christlichen Denkens des Abendlandes«⁷ bezeichnet hat.

Individuelle Freiheit als Konsequenz aus der Anerkennung der Würde des Menschen ist somit die zentrale normative Bestimmung zur Begründung der Sozialen Marktwirtschaft. Freiheit ist hier zu verstehen als Möglichkeit der Selbstbestimmung des Menschen, die theologisch in der Rechtfertigung des Menschen durch Gott im Sinn einer Befreiung von den Mächten der Sünde, des Teufels und des Todes⁸ konstituiert wird und die sich

in der Liebe gegenüber den Mitmenschen konkretisiert. Dieses Freiheitsverständnis hat eine große Affinität zu politischen und wirtschaftlichen Freiheitsrechten. In diesem Sinn markiert das Bekenntnis zu einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung den Ausgangspunkt der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft.

Dass die freiheitliche Ordnung gleichzeitig eine hohe Wirtschaftlichkeit aufweist, haben die Begründer dieser Konzeption als »unverdiente und unerwartete Gnade«⁹ empfunden. Jedoch gilt diese Koinzidenz nicht generell für jede marktwirtschaftliche Ordnung, sondern »nur innerhalb eines... abgegrenzten Bereichs und unter ganz bestimmten Voraussetzungen.«¹⁰ Dieser Bereich und die entsprechenden Voraussetzungen müssen durch staatliches Handeln geschaffen, überwacht und reguliert werden, so dass es zur Realisierung der Sozialen Marktwirtschaft »eines starken und neutralen Staates«¹¹ bedarf. Die Adjektive »stark« und »neutral« bezeichnen die notwendige Fähigkeit des Staates, souverän und ohne Parteinahme für bestimmte Partikularinteressen die Rahmenordnung wirtschaftlichen Handelns zu setzen. Grundvoraussetzungen hierfür sind der Schutz der individuellen Freiheitssphäre, die rechtliche Garantie privaten Eigentums sowie die Vertragsfreiheit.

Der durch staatliches Handeln abgegrenzte Bereich, in dem positive Wechselwirkungen von Einzel- und Gesamtinteressen greifen können, ist nach Auffassung der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft derjenige der fairen Leistungskonkurrenz. Eine auf Konkurrenz beruhende Wettbewerbsordnung, in der sich der Leistungsfähigere durchzusetzen vermag, bietet die Gewähr für eine hohe Produktivität. Allerdings ist eine marktwirtschaftliche Ordnung – dies markiert eine wesentliche Differenz zum klassischen Wirtschaftsliberalismus – keine in sich selbst stabile Ordnung, sondern sie bedarf regulierender Prinzipien, insbesondere angesichts der dem Marktgeschehen inhärenten Möglichkeiten der Vermachtung. Unberechtigte Vorteilsnahme, wie sie Monopole, Oligopole oder Kartelle darstellen, sind nicht zu kontrollierende Machtgebilde und bedeuten eine schwere Störung der Leistungskonkurrenz wie auch eine Gefahr für den demokratischen Staat. Daher ist die »Monopolbekämpfung« ein »entscheidender Punkt, wo der Weg der sozialen Marktwirtschaft sich vom Weg der unsocialen Marktwirtschaft scheidet.«¹² Dem »starken« und »neutralen« Staat kommt dementsprechend die Aufgabe zu, die Konkurrenz zu sichern und zu verteidigen. Zur Bekämpfung von Kartell- und

Monopolbildungen sowie zur Kontrolle von Fusionen ist nach langen, politisch schwierigen Vorarbeiten im Jahr 1958 das »Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen« verabschiedet worden. Allerdings hat dieses Gesetz nur bedingt zu einer Sicherung der Leistungskonkurrenz geführt.

Neben der ordnungspolitischen Sicherung der Voraussetzungen und der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs – Röpke hat diesen Bereich als »Rahmenpolitik«¹³ bezeichnet – kommen dem staatlichen Handeln die Aufgaben einer aktiven Wirtschafts- und einer gestaltenden Sozialpolitik zu, d.h. einer »Markt-« und »Strukturpolitik«¹⁴. Im Unterschied zu den punktuellen und vielfach unsystematischen staatlichen Interventionen in das Marktgeschehen seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts sollte – so der theoretische Anspruch – eine neuartige Form von Interventionen in Einklang mit den Marktgesetzen entwickelt werden. In besonderer Weise ist dabei die Sozialpolitik zu einem Markenzeichen der Sozialen Marktwirtschaft geworden. Diese ist notwendig, da jede Wirtschaftsordnung der Ergänzung durch eine Sozialordnung bedarf. Nach Müller-Armack ist die »Schaffung eines sozialen Rechtes« einerseits »geradezu Voraussetzung für das Funktionieren der Marktwirtschaft« und andererseits sind »bestimmte Lücken der privaten Wirtschaft durch soziale Veranstaltungen auszufüllen.«¹⁵

Hauptaufgabe der Sozialpolitik sind zunächst die wesentlich aus sozialen Erwägungen vorzunehmenden Einkommenskorrekturen zugunsten derjenigen, die in Notlagen sich selbst nicht helfen können¹⁶, sowie bestimmter Gruppen mit abgeleiteten Einkommen. Solche Korrekturen bei der Einkommensverteilung sind notwendig, da ein Teil der Einkommen – exemplarisch sind hier Renteneinkommen zu nennen – nicht direkt von marktwirtschaftlichen Prozessen abhängt und weil die Verteilung im Rahmen der Wettbewerbsordnung nach einem rein sachlichen Mechanismus, d.h. »sozial blind«¹⁷, geschieht und auf besondere Lebenslagen keine Rücksicht nimmt. Dementsprechend hat die staatliche Sozialpolitik verteilend die marktvermittelte Einkommenserzielung aufgrund sozialpolitischer Erwägungen mit dem Ziel eines sozialen Ausgleichs zu korrigieren, wobei nach Auffassung der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft als wichtigstes Mittel der Einkommenspolitik die progressive Einkommensbesteuerung einzusetzen ist.¹⁸

Dieses Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft gab der westdeutschen Wirtschaft für einen langen Zeitraum eine »ruhige Stärke«, welche sich

aufgrund einer hohen Produktivität und einer außergewöhnlichen Produktqualität im internationalen Wettbewerb über Jahrzehnte gut behauptet und insbesondere zu einer sehr hohen Exportquote geführt hat. Auf dieser Grundlage entwickelte sich seit dem Ende der 1950er Jahre ein immer besser ausgebautes System sozialer Sicherungen, das u.a. durch die Rentenreform des Jahres 1957 Rentner/innen an dem wachsenden Wohlstand partizipieren ließ oder durch das Bundessozialhilfegesetz 1961 einen Rechtsanspruch auf soziale Sicherung in Notlagen festschrieb und die Grundlage für einen historisch beispielhaften Ausbau des Sozialstaates in den 1960er und 1970er Jahren bildete. Dementsprechend lässt sich die Soziale Marktwirtschaft sowohl aufgrund ihrer hohen ökonomischen Leistungsfähigkeit wie aufgrund der sozialen Ausgleichsmechanismen sozialetisch positiv beurteilen, wie es verschiedene Denkschriften der EKD und das gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland der Deutschen Bischofskonferenz und der EKD aus dem Jahr 1997 getan haben. Dabei sind allerdings auch ungelöste Probleme angesprochen worden, wie die nach wie vor mangelnde Kontrolle konzentrierter ökonomischer Macht und die zunehmend ungleiche Einkommens- und Vermögensentwicklung. Ferner wird vor allem im gemeinsamen Wort der Kirchen die Gefahr benannt, dass der »Pfeiler der sozialen Sicherung (...) untergraben«¹⁹ werden könnte. Im Hintergrund dieser Kritik steht die Erfahrung einer langanhaltenden Massenarbeitslosigkeit seit dem Ende der 1970er Jahre, deren Bekämpfung seither als die »vordringlichste Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialpolitik«²⁰ gilt.

Die Erfahrungen der Massenarbeitslosigkeit, die sowohl die ökonomische Leistungsfähigkeit wie auch die Sozialverträglichkeit der Sozialen Marktwirtschaft belasten und das Erfolgsmodell infrage stellen, sowie die sich verschärfenden Wettbewerbsbedingungen angesichts der ökonomischen Globalisierung haben spätestens seit den 1990er Jahren vermehrt zu kritischen Anfragen im Blick auf die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft geführt. Unter dem Eindruck zeitweilig schwacher ökonomischer Wachstumsraten und eines ungenügenden Abbaus der Arbeitslosigkeit insbesondere in den 1990er Jahren waren vermehrt Stimmen vernehmbar, welche die Soziale Marktwirtschaft »zum Auslaufmodell«²¹ deklariert haben. Nicht zuletzt die Prozesse der Globalisierung, welche die wirtschaftspolitische Bedeutung der Nationalstaaten tendenziell untergräbt, hat bei verschiedenen Experten zur Erwartung einer zunehmenden Konvergenz der

verschiedenen nationalen Wirtschaftsmodelle geführt, so dass auch die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft infrage gestellt worden ist. Demgegenüber deuten die meisten Entwicklungen jedoch dahin, dass sich angesichts des verschärften Wettbewerbs die nationalen Wirtschaftspolitiken bis zu Beginn des Ausbruchs der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gezwungen sahen, Reformen durchzuführen, die den Marktkräften größere Entfaltungsfreiheit einräumten und häufig soziale Gestaltungsspielräume einschränkten, was allerdings die Krisenanfälligkeit dieser Modelle deutlich erhöht hat. Das »deutsche Modell« ist demgegenüber aufgrund komparativer Vorteile im Hochqualitätssegment von anspruchsvollen technischen Anlagen, Kraftfahrzeugen und chemischen Produkten in den letzten Jahren in hohem Maße ökonomisch erfolgreich geblieben und hat trotz bestimmter Einschränkungen ein relativ hohes Niveau sozialer Sicherungen ermöglicht. Darüber hinaus scheinen unter dem Eindruck der gegenwärtigen Krise regulierte Formen der Marktwirtschaft generell wieder eine höhere Akzeptanz zu erhalten.

Im Blick auf die Zukunft und Leistungsfähigkeit unterschiedlicher marktwirtschaftlicher Modelle ist, da die Steuerungsmöglichkeiten der Nationalstaaten trotz der gegenwärtig stark national ausgerichteten Strategien der Krisenbewältigung tendenziell eingeschränkt bleiben werden, auf wichtige Entwicklungen innerhalb der EU hinzuweisen. Auf der transnationalen EU-Ebene sind bisher und können weitere wesentliche Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verankert werden. Die EU, wenngleich immer noch zu einseitig von wirtschaftlichen Zielsetzungen geprägt, entwickelt zunehmend bedeutsame struktur- und sozialpolitische Handlungskompetenzen und nimmt auf diese Weise einen durchaus relevanten Einfluss auf eine human- und sachgerechte Gestaltung der Globalisierung. In diesem Prozess werden die Ausprägungen der nationalen europäischen Wirtschafts- und Sozialmodelle zugleich bewahrt und weiter entwickelt. Dies ist offensichtlich möglich, weil der moderne Sozialstaat wesentlich als eine »Hervorbringung Europas«²² charakterisiert werden kann, der wesentlich auf den Wurzeln des Christentums beruht.

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist somit ein Modell, das nach wie vor in Deutschland und zunehmend in Europa als ordnungspolitisches Leitbild fungieren kann. Allerdings bedarf es neben der ordnungspolitischen Entscheidungen der Ergänzung durch eine sozialpartner-schaftliche Haltung der Arbeitsmarktparteien

sowie durch ein individualethisches Ethos der handelnden Akteure. Dabei richtet sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in jüngster Zeit vorrangig auf unternehmerisch Handelnde.

Unternehmerisches Handeln unterliegt in der Gegenwart einer fundamentalen Vertrauenskrise, die sich in der Vergangenheit aufgrund einzelner problematischer und oft skandalöser Unternehmensentscheidungen und gegenwärtig aus dem durch die Finanzmarktkrise ausgelösten realwirtschaftlichen Verwerfungen speist. In dieser Situation kommt der EKD-Denkschrift »Unternehmerisches Handeln« nach wie vor eine hohe Relevanz zu, da die Denkschrift gegen den öffentlich kommunizierten »Zeitgeist« mit guten Gründen darauf zielt, ein positives Leitbild unternehmerischen Handelns zu entwickeln, das gleichzeitig die Handelnden ethisch in die Pflicht nimmt.

Nach christlichem Verständnis befreit der Glaube Menschen zu eigenverantwortlichem Handeln, wobei gleichzeitig der Dienst an den Nächsten im Blick zu bleiben hat. In diesem Sinn gilt für die unternehmerische Praxis, das eigenverantwortliche Handeln mit dem Verfolgen eigener Interessen sowie einer Orientierung an den Bedürfnissen der Mitarbeitenden kreativ zu verknüpfen. Dabei wächst Unternehmen aufgrund ihrer hervorgehobenen Stellung eine besondere Verantwortung für das Gemeinwohl zu. Gerade Unternehmer haben größere Spielräume verantwortlichen Handelns, die sie im Blick auf die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, die Mitwirkung an tarifvertraglichen Regelungen, ein kooperatives Führungsverhalten, die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung u.a. nutzen müssen. Nur wenn Unternehmer ihre Spielräume engagiert nutzen, lässt sich das Vertrauen der breiten Bevölkerung in unternehmerisches Handeln wiedergewinnen. Dementsprechend würdigt die EKD-Denkschrift unternehmerisches Handeln nicht per se, sondern nennt Anforderungen an das unternehmerische Ethos, wobei die Orientierung an der Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen und eine sozialpartnerschaftliche, die Mitarbeitenden positiv einbeziehende Haltung die wichtigsten sind. Des Weiteren wird in diesem Sinn die ethische Bedeutung der institutionellen Regelungen des Tarifvertragssystems und der Mitbestimmung genannt.²³

In der christlichen Tradition ist es schließlich das Leitbild des »ehrbaren Kaufmanns«, der seine Geschäfte im Wissen um eine letzte Rechenschaftsablegung vor Gott relativieren und im Blick auf die Belange seiner Mitarbeitenden und

seiner Umwelt sachgerecht betreiben kann. Ihm geht es darum, den unterschiedlichen Ansprüchen gerecht zu werden und im Sinn persönlicher Integrität zu handeln. Dabei kann es nicht darum gehen, dass der einzelne Unternehmer gleichsam heroisch alle Probleme im Alleingang bewältigt. Der Appell an ständige Kreativität und eine heroische Unternehmensführung, wie sie die Verweise auf den Schumpeterschen Ideal-Unternehmer auch in der Denkschrift andeuten, können zu einer Überforderung der unternehmerisch Handelnden führen, die letztlich Verantwortung untergräbt. Auch die an einigen Stellen der Denkschrift aufzuweisende patriarchalische Grundierung, die Verantwortung vorrangig im Sinn der vertikalen Für-Struktur versteht, wie es das klassische Eltern-Paradigma vorgibt, kann zu solchen Überforderungen führen und ist insbesondere aus Gründen einer ebenso verantwortlichen Beteiligung der Mitarbeitenden am Unternehmenserfolg durch partizipative Leitbilder zu revidieren.

Sachlich unangemessen ist es, wie in der Rezeption der Denkschrift verschiedentlich geschehen, das individuelle Ethos der Handelnden gegen die Ethik der Rahmenordnung auszuspielen. Sowohl die Makro-Ebene der Ordnungspolitik wie die Meso-Ebene der Unternehmen und die Mikro-Ebene der individuellen Akteure sind ethisch relevant. Dabei kommt der Rahmenordnung sachlich eine Priorität zu, wie es auch in der Denkschrift zum Ausdruck kommt, ohne das individuelle Ethos zu suspendieren.

In diesem Sinn muss der ordnungspolitische Rahmen eine das individuelle Handeln stützende Rolle spielen, indem eine faire Wettbewerbs- und eine stabile Sozialordnung gesichert werden. Es entspricht Grundeinsichten evangelischer Ethik, dass der Staat seine Rolle jenseits etatistischer Omnipotenzanmaßungen und neoliberaler Selbstentmächtigungen produktiv wahrnimmt. Der Staat kann nämlich, dies ist eine grundlegende Einsicht Dietrich Bonhoeffers²⁴, seine Ordnungsaufgaben dadurch verfehlen, dass er entweder zu viel oder zu wenig Ordnung schafft. Dies festzustellen ist immer wieder situationsabhängig. Zu viel Ordnung schafft der Staat überall dort, wo er zu viel reguliert und dadurch die Eigeninitiative erstickt. So ist es fraglich, ob regulierende Eingriffe bei Managergehältern wirklich nötig sind oder hier nicht ein Übermaß an öffentlichen Erwartungen vorherrscht. Auch Bereiche der Steuerpolitik sind in diesem Sinn kritisch zu prüfen. Auf der anderen Seite gibt es Felder, wo zu wenig staatliche Ordnung herrscht, gerade auf den internationalen Finanzmärkten. Neben den nun offenkun-

dig zu Tage getretenen problematischen Entwicklungen der Finanzmärkte ist vorrangig die Herausforderung der Sicherung einer lebenswerten Umwelt für zukünftige Generationen in den Blick zu nehmen. Schon bald könnte es hier für ein nachhaltiges Umsteuern zu spät sein, die Folgen dürften weit gravierender sein als die der gegenwärtigen Finanzmarktkrise. Diese Aufgabe vorrangig Unternehmern aufzuerlegen, würde eine deutliche Verantwortungsüberforderung darstellen. Gerade angesichts dieser Herausforderung sind dringend wirksame Regulierungen etwa durch eine weltweite Ratifizierung des Kyoto-Protokolls und der Entwicklung weiterer internationaler Klima-Abkommen unumgänglich. Daher ist die bereits in der EKD-Denkschrift »Gemeinwohl und Eigennutz« 1991 formulierte Perspektive der Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer öko-sozialen Marktwirtschaft²⁵ nach wie vor aktuell – und weithin uneingelöst.

Anmerkungen:

¹ Wolfgang Huber, Vorwort, in: *Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive. Eine Denkschrift*, hg. vom Rat der EKD, Gütersloh 2008, S. 11.

² W. Huber, a.a.O., S. 10.

³ Vgl. exemplarisch: Günter Brakelmann/Traugott Jähnichen, *Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband*, Gütersloh 1994.

⁴ Alfred Müller-Armack, *Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft*, in: Patrick M. Boarman, *Der Christ und die soziale Marktwirtschaft*, Stuttgart/Köln 1955, S. 99, S. 75.

⁵ Alfred Müller-Armack, *Mensch oder Arbeitstier*, in: *Kirche im Volk*, H.6/1950, S. 16.

⁶ Wilhelm Röpke, *Civitas humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform*, Zürich 1944, S. 69.

⁷ W. Röpke, *Civitas humana*, S. 33.

⁸ So klassisch Martin Luther in der Erklärung zum zweiten Artikel des Glaubensbekenntnisses im Kleinen Katechismus.

⁹ Alexander Rüstow, *Wirtschaftsethische Probleme der sozialen Marktwirtschaft*, in: P.M. Boarman, *Der Christ*, a.a.O., S. 60.

¹⁰ Ebd., S. 63.

¹¹ Ebd.

¹² A. Rüstow, *Wirtschaftsethische Probleme*, S. 71.

¹³ W. Röpke, *Civitas humana*, S. 76

¹⁴ Vgl. Ebd., S. 76, S. 79 u.a.

¹⁵ Alfred Müller-Armack, *Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen*, in: *Ordo*, Bd. I/1949, S. 152.

¹⁶ Vgl. A. Rüstow, *Wirtschaftsethische Probleme*, S. 64.

¹⁷ A. Müller-Armack, *Wirtschaftspolitik*, S. 85.

¹⁸ Vgl. Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, hg. von E. Eucken und K.P. Hensel, Hamburg 1959 S. 300f.

¹⁹ *Für eine Zukunft in Gerechtigkeit und Solidarität. Wort des Rates der EKD und der DBK zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland*, Hannover/Bonn 1997, Nr. 9.


²⁰ Ebd., Nr. 19.

²¹ Vgl. exemplarisch Jürgen Beyer (Hg.), *Vom Zukunfts- zum Auslaufmodell? Die deutsche Wirtschaftsordnung im Wandel*, Wiesbaden 2003.

²² Eberhard Eichenhofer, *Geschichte des Sozialstaats in Europa*, München 2007, S. 36.

²³ *Unternehmerisches Handeln*, a.a.O., S. 58ff.

²⁴ Vgl. Dietrich Bonhoeffer, *Die Kirche vor der Judenfrage* (Vortrag April 1933), in: ders., *GS II*, S. 44-53.

²⁵ Vgl. *Gemeinwohl und Eigennutz*, hg. vom Rat der EKD, Gütersloh 1991, Nr. 189f. 

Protestantismus und Soziale Marktwirtschaft

Thesen zur Diskussionsveranstaltung

Von Prof. Dr. Franz Segbers

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise, EA zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwannenwerder, 22. - 23. 4. 2009

I. Ursprung der Sozialen Marktwirtschaft: Protestantisch

1. Mitten in einer der größten Wirtschaftskrisen fragen wir nach einer Marktwirtschaft, die den Namen »sozial« verdient. Wir haben es mit einer dreifachen Krise zu tun: einer sozialen und ökologischen Krise. Deshalb ist nicht die bloße Reparatur von Krisenschäden, sondern ein Neustart jenseits des Finanzkapitalismus ist die angemessene Antwort auf diese Krisen.

»Was soll ich gegen eine Soziale Marktwirtschaft haben, wir haben ja keine« – so soll Victor Agartz, der Gewerkschaftstheoretiker, auf die Frage der bundesdeutschen Wirtschaftsverfassung geantwortet haben. Soziale Marktwirtschaft ist

eine Chiffre, die sich auf die real existierende Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland bezieht.

2. Dass die Soziale Marktwirtschaft zur Traditionslinie des sozial engagierten Protestantismus gehört, ist weithin unbekannt. Die katholische Sozialethik hatte an der Konzipierung der Sozialen Marktwirtschaft nur geringeren Anteil.

Entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil fand die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft auch keineswegs ungeteilte Zustimmung innerhalb der katholischen Sozialethik. Die Skala reichte von einem vorsichtigen 'Ja, aber' bis zu einem beinahe Nein', so der katholische Sozialethiker Josef Stegmann. Im Umfeld der evangelischen Ethik und Theologie hat es allerdings keine vergleichbar kontroverse Auseinandersetzung um die Konzeption einer Sozialen Marktwirtschaft gegeben, wie sie im Katholizismus geführt wurde.

II. Was verstehen wir unter einer Sozialen Marktwirtschaft?

3. Dass für eine christliche Ethik allein ein Wirtschaften, dass sich an Kriterien der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit orientiert, ethisch erträglich ist, ist unumstritten. Was aber unter Sozialer Marktwirtschaft zu verstehen ist, ist keineswegs eindeutig.

Bei Alfred Müller-Armack finden sich verschiedene Konzeptionen und Vorstellungen einer Sozialen Marktwirtschaft. Er versteht die Soziale Marktwirtschaft als »bewusst und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft« und als »Synthese der marktwirtschaftlichen Kräfte und einer sozialen Ordnung«. Die Ordoliberalen der Freiburger Schule wissen um die Defizite der Marktwirtschaft und erwarten deshalb von einem starken Staat, dass er Wettbewerb und Geldwert sichert. Die Funktionsfähigkeit des Marktes darf durch die vom Staat erwartete Funktion des sozialen Ausgleichs nicht beeinträchtigt werden. Für die Neoliberalen ist eine Marktwirtschaft dagegen schon dann sozial, wenn ein funktionsfähiger Wettbewerb existiert und eine Anbietermacht bricht. Der Wettbewerb bringt aus sich heraus das Soziale

hervor. Deshalb sind lenkende Interventionen durch die Politik nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich. Der Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR definiert die Soziale Marktwirtschaft »durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen« (Art. 1, Abs. 3). Der Vertrag benennt die »Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft mit der freien Entscheidung der Unternehmer über Produkte, Mengen, Produktionsverfahren, Investitionen, Arbeitsverhältnisse, Preise und Gewinnverwendung« (Art. 11 Abs. 2). Hier wurde die Soziale Marktwirtschaft von vornherein im Sinne der Neoliberalen definiert. Mit diesem Selbstverständnis ist sie auch dort angekommen. Der Ökonom Siegfried Katterle bemängelt denn auch, dass »Wirtschaftspolitiker wesentliche Traditionen der Sozialen Marktwirtschaft aufgegeben und sich im Vollzug ihrer neoklassisch-angebotspolitischen Orientierung dem Typ einer 'freien' Marktwirtschaft angenähert« haben.

4. Die real existierende Wirtschaft in Deutschland ist Bestandteil und Motor eines globalen Kapitalismus unter der Hegemonie der Finanzmärkte.

Die Chiffre »Soziale Marktwirtschaft« ist ein Deutungsmuster, das sich auf ein real existierende Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland bezieht. Gleichwohl ist sie ein deutungsoffenes Leitbild.

Deshalb ist eine doppelte Unterscheidung zwischen einem Leitbild und der Realität, aber zwischen der Ursprungsversion und der Niedrigsversion zu machen.

- Wenn es um die Unterscheidung zwischen Realität und Leitbild geht, zeigt sich eine analytische Schwäche: Auch die Soziale Marktwirtschaft ist eine kapitalistische Marktwirtschaft. Diese Analyse der spezifischen Form des Kapitalismus darf nicht übersprungen werden.
- Die Ursprungsversion der Sozialen Marktwirtschaft stammt von Müller-Armack, der sie als »bewusst und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft« definierte. In der Rezeption hingegen wird viel lieber lediglich von der Synthese von wirtschaftlicher Freiheit und Gerechtigkeit gesprochen. Ungeachtet zahlreicher Unklarheiten und auch Widersprüche in der Konzeption einer Sozialen Marktwirtschaft nennt Alfred Müller-Armack als Voraussetzungen für das Funktionieren einer Marktwirtschaft u.a. folgende programmatischen sozialen Interventionen oder Lenkungsmaßnahmen in den Markt: die konjunkturpolitische Stabilisierung des Arbeitsmarktes; die Korrektur der durch den Markt herbeigeführten Einkommensverteilung; die Schaffung eines sozialen Rechts.

5. Soziale Ideen brauchen Träger.

Die Wirtschaftskonzeption, die nach 1945 zur Sozialen Marktwirtschaft führen sollte, ist nicht allein theoretisch konzipiert worden, sondern hatte einen politischen Träger. Der politische und soziale Katholizismus war ein solcher Träger, der in der CDU für die Soziale Marktwirtschaft kämpfte. Eine solche Trägergruppe kannte der Soziale Protestantismus nicht. Verschwiegen wird die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung des Zweiten Halbjahres 1948, die wesentlich dazu beigetragen hat, dass die ökonomischen Interessengruppen zu dem Kompromiss einer Sozialen Marktwirtschaft bereit waren. Zwischen 1948 und 1953 setzte sich oft

gegen Erhards Willen eine Ordnungspolitik durch, mit der der bundesdeutschen Wirtschaft sozialstaatliche und auf Ausgleich gerichtete Korsettstangen eingezogen wurden, wodurch für Jahrzehnte ein außerordentliches Wachstum und soziale Standards ermöglicht wurden, die erst nach 1989 geschliffen wurden. Ludwig Erhard wollte die Gewerkschaften unter das Kartellgesetz stellen. Er hielt die Mitbestimmung für unvereinbar mit dem freien Markt und kämpfte gegen das Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951. Aus Sicht Ludwigs Erhards war die Rentenreform 1957 der Anfang vom Ende der Sozialen Marktwirtschaft. Dies zeigt übrigens: Die ordoliberalen Vision einer Sozialen Marktwirtschaft ist nicht in Einklang zu bringen mit einer sozial gerechten und ökologischen Reformpolitik, die ansteht. Resultat dieser Auseinandersetzungen war, dass die Regulierung der Wirtschaft über den Staat den Sozialstaat begründete. Stationen dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung: Januar 1948 mit 1,3 Mio. Streikende in Bayern; Oktober 1948 in Stuttgart, limitierter Generalstreik am 12. November 1948. August 1949 spricht Erhard erstmals von der Sozialen Marktwirtschaft als sozial verpflichteter Marktwirtschaft (auf dem CDU-Parteitag der britischen Zone).

6. Konstitutiv für das von den Kirchen im Wirtschafts- und Sozialwort verteidigte Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft ist ein Sozialstaat, der »nicht als ein nachgeordnetes und je nach Zweckmäßigkeit beliebig zu 'verschlankendes' Anhängsel der Marktwirtschaft" zu verstehen ist, sondern einen »eigenständigen moralischen Wert«(Ziff. 133) darstellt.

Die Kirchen haben sich mit diesem Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft in den Definitionsstreit um die Soziale Marktwirtschaft eingeschaltet. »Die Kirchen sehen im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft weiterhin (...) den geeigneten Rahmen für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialpolitik" (Ziff. 9). Die Kirchen beziehen sich einmal auf eine Soziale Marktwirtschaft als einer »bewusst sozial gesteuerten Marktwirtschaft" (Müller-Armack, zit. in: Ziff. 143). »Das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft und die Qualität der sozialen Sicherung sind wie zwei Pfeiler einer Brücke" (Ziff. 9, auch 142, 143, 145, 156). Zwischen beiden Definitionen jedoch besteht ein deutlicher Widerspruch. Das Bild für die Soziale Marktwirtschaft mit ihren beiden Pfeilern macht nicht mehr deutlich, dass das Soziale integrativer Bestandteil des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft ist. In dieser letzten Definition bekommt die »wirtschaftliche Freiheit" daher eine eigenständige Bedeutung. Der Marktapparat soll

nicht beeinträchtigt werden. Nur im Nachhinein soll es nunmehr bei den Ergebnissen des Marktes zu einem »sozialen Ausgleich« kommen. Die andere Definition, die von einer »bewusst sozial gesteuerten Marktwirtschaft« ausgeht, betrachtet den Marktprozess nicht als selbsttätiges System, sondern erwartet von einer Steuerung des Marktprozesses die gewünschten sozialen Wirkungen. Zwischen beiden Definitionen von Sozialer Marktwirtschaft besteht eine Spannung, die geklärt werden muss.

7. Über ein bloß ordoliberales Konzept von Sozialer Marktwirtschaft geht das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen aber hinaus.

Das wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen nennt fünf Komponenten, mit denen sich die Marktwirtschaft in Deutschland das Adjektiv »sozial« verdient:

- eine gerechte Verteilung und Beteiligung der Menschen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben
- Verantwortung von Arbeitgeber und Gewerkschaften für die Aushandlung fairer und gerechter Arbeitsbedingungen
- marktwirtschaftliche Effizienz und der soziale Ausgleich durch den Sozialstaat als sich wechselseitig bedingende Momente
- gerechte Verteilungsprozesse
- ein Wirtschaftsbürgerrecht, das die Objektstellung der Arbeitnehmer überwindet und sie zu Subjekten des Sozialprozesses der Güterherstellung macht (Ziff. 143, auch Ziff. 172).

8. Die Unternehmerdenkschrift der EKD fällt hinter diese Abgrenzungen zu einem neoliberal gleichwohl sozial gebremsten Kapitalismus zurück.

Die Unternehmerdenkschrift der EKD fordert die »Begrenzung der staatlichen Regulierung auf das Notwendigste« (Ziff. 44) und empfiehlt eine kapitalgedeckte Altersvorsorge in einer Zeit, in der die Finanzkrise die private Altersvorsorge vieler Menschen zunichte zu machen droht. (Ziff. 67) Eine gesetzliche Regulierung von Hedgefonds, den »Heuschrecken«, so die Denkschrift sei international nicht durchsetzbar (Ziff. 81) – doch just dies haben die G 20 in London getan. Wenn die Denkschrift dann auch noch bei höchsten Gehältern zu der Einschätzung kommt, dass »eine un-

mittelbar gesetzliche Begrenzung der Dotierung kaum die gewünschten Ergebnisse zeigen würde« und »dringend einen freiwilligen (!) Verhaltenskodex« (Ziff. 93) empfiehlt, dann fällt die Denkschrift auch hier gegenüber der politischen Debatte zurück, die längst Vorgaben für Gehälter gemacht hat.

Die Denkschrift setzt darauf, die Freiwilligkeit der Unternehmer statt staatliche Vorgaben zu stärken. Die jahrelang gepredigt haben, dass der Staat sich aus der Wirtschaft heraushalten soll, flüchten nun unter Rettungsschirmen, die der Staat aufspannt. Selbst Ackermann musste bekennen, vom Saulus zum Paulus geworden zu sein. Dass für eine Marktwirtschaft politische Rahmensetzung nötig sind, ist unbestritten, denn es gibt keine Marktwirtschaft ohne irgendeine politische Rahmensetzung. Die entscheidende Frage ist, welchen korrigierenden Einfluss die Politik auf die Marktwirtschaft ausüben kann und soll. Die Empfehlung der Denkschrift von Regeln eines »ehrbaren Kaufmanns« für die Unternehmer ist wie die Empfehlung einer Fahrradbremse am Interkontinentalflugzeug. Moralische Appelle helfen nicht. Es reicht nicht, nur einen »selbst (!) auferlegten Verhaltenskodex« (Ziff. 82) zu fordern.

Die Marktwirtschaft wird gelobt, da sie »am besten geeignet ist, Wohlstand für viele und eine soziale Grundsicherung für alle zu schaffen« (Ziff. 1). Doch Ludwig Erharts Motto lautete: »Wohlstand für alle«. Der Staat sei deshalb verpflichtet, die Wirtschaft so zu steuern, dass auch Wohlstand für alle entstehen kann. Doch in der Denkschrift gibt man sich mit »Wohlstand für viele« zufrieden und Hartz IV für den Rest. Die Wirklichkeit von drei Millionen armen Kindern, mehr als achthundert Tafeln für Bedürftige und über sechs Millionen Beschäftigten im Niedriglohnssektor – während Deutschland so reich wie nie zuvor ist – verdient nicht die Bezeichnung einer Sozialen Marktwirtschaft.

Die Wirtschaftskrise hat die bittere Lektion verpasst: Wer wie die Denkschrift allein auf »ethisches Bewusstsein, klare Orientierung und Gebote sowie auf spirituelle Beheimatung« (S. 17) setzt statt auf klare staatliche Vorgaben, Grenzen und Regeln, die ethisches Verhalten fördern und stärken, der überfordert die Unternehmer ethisch und lässt sie letztlich auch im Stich. Wir brauchen einen handlungsfähigen und starken Staat, der dafür sorgt, dass die Wirtschaft dem Wohle des Gemeinwesens dienlich ist. Erst danach kommt die ethische Verantwortung des Unternehmers.

Doch diese Reihenfolge hat die Denkschrift mit umgekehrt. Genau dadurch aber komplettiert sie den Rückzug des Staates aus der »bewusst sozialen Steuerung der Marktwirtschaft« (Müller-Armack).

9. Wie im Lehrbuch schreibt die Denkschrift gegen diese Realität an: »In einem Ordnungsrahmen, der sowohl scharfen Wettbewerb wie auch sozialen Ausgleich sichert, kann dieses Streben nach persönlichem Wohlergehen zugleich zum Wohlstand aller führen.« (43) Dass diese »unsichtbare Hand« nichts anderes als das deistische Vertrauen auf einen Gott ist, der sogar das Übel der Habgier zu einem Gut für alle summieren lässt, wäre eine theologische Analyse wert gewesen. Der Ökonom Alexander Rüstow spricht von einer nicht christlichen, sondern eben »heidnischen, deistischen Theologie«. Der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft Alfred Müller-Armack pflichtet dem bei, wenn er hier »nicht wissenschaftliche Einsicht, sondern Gestein aus religiösen Schichten« ausmacht. Georg Wünsch, Verfasser der ersten Evangelischen Wirtschaftsethik, wird zwar in der Literaturliste der Denkschrift aufgeführt. Man hätte ihn aber auch zitieren sollen, denn er nennt die ökonomische Harmonieerwartung der unsichtbaren Hand, »einen recht kräftigen Glauben«. Das Vertrauen auf die »unsichtbare Hand«, die angeblich Harmonie zwischen dem Streben nach persönlichem Vorteil und dem Gemeinwohl herstellt, ist der ideologische Kern der Religion des Marktes. Die Unternehmerdenkschrift schreibt: »... dieser Systemansatz (gemeint ist: »sowohl scharfer Wettbewerb als auch sozialer Ausgleich ..«) ... nimmt den Menschen in gewisser Weise so, wie er ist und vertraut auf die Triebkraft des Eigeninteresses und der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen. Wenn der Wettbewerb funktioniert, werden weder Konsumenten noch Arbeitnehmer ausgebeutet und es gibt keine Diskriminierung, da derjenige, der diskriminiert, einen Wettbewerbsnachteil erleidet.« (Ziff. 44) Diese Formulierung geht von der Vorstellung einer prästabilisierten Harmonie, die durch eine »unsichtbare Hand« geleitet würde, so dass quasi hinter dem Rücken der am Selbstinteresse orientierten Wirtschaftssubjekte sich ein gesellschaftliches Optimum herstellt. Peter Ulrich nennt dies zu Recht eine »Metaphysik des Marktes«.

10. Der Grundgedanke einer Sozialreform durch gestaltende Tätigkeit des Staates aus einer ethischen Überzeugung heraus, ist der entscheidende sozialpolitische Beitrag des Protestantismus seit den Anfängen des Sozialstaates in der Bismarckzeit. Dieser Beitrag wird kleingeredet.

Die staatspolitischen und demokratietheoretischen Folgen der »Thron-und-Altar-Ehe« waren sicherlich höchst problematisch, sozialpolitisch allerdings ertragreich. Denn der Staat wurde nicht allein als Macht- oder Rechtsstaat begriffen, sondern als Sozialstaat. Schon auf dem Gründungskongress des Evangelisch-Sozialen Kongresses hatte der Ökonom Adolf Wagner 1890 deshalb gerade auch die Aufgabe des Staates in einer Weise beschrieben, die in Zeiten des Neoliberalismus wieder hoch aktuell geworden ist. Er fragt: »Wo, wie und wann muss die Staatsgewalt in die Wirtschaft eingreifen?« Dann gesteht er ein: »Wir haben den ungeheuren Fehler gemacht, zu wählen, dass aus vollkommener Freiheit der wirtschaftlichen Bewegungen das Heil komme, während wir doch mit möglichst festen Normen des Rechts und der Sitte den wirtschaftlichen Egoismus einengen müssen.« Wenn die EKD in der Denkschrift »Gerechte Teilhabe« (2006) auf die skandinavischen Staaten verweist, so zeigen sich dort die gestalterischen Kräfte gerade des lutherischen Staatsverständnisses. Doch davon ist in der EKD-Unternehmerdenkschrift keine Rede mehr.

Entscheidend für die sozialetische Tradition des deutschen Sozialen Protestantismus ist, nicht von der Summe der einzelnen »ehrbaren Kaufleute« einen verbesserten Kapitalismus zu erwarten, sondern gerade von einem handlungsfähigen und handlungswilligen Staat, der die Handlungsfreiheit der Unternehmer begrenzt. Dass ein einzelner Unternehmer seine Kosten minimieren will und muss, liegt in der Logik des Systems und ist ihm auch im Blick auf seine Person nicht vorzuwerfen. Damit diese Logik aber nicht zerstörerisch wirkt, muss sie durch Recht begrenzt werden. Nicht die einzelwirtschaftliche Logik hat Vorrang, sondern eine widergelagerte Gesellschaftspolitik (Wilhelm Röpke). Den Vorrang hat die Verantwortung der Politik für eine »bewusst soziale Steuerung des Marktes« (Ziff. 143, Sozialwort), erst nachgeordnet und nachrangig ist der moralbewusste »ehrbare Kaufmann« in seiner Verantwortung gefordert. Eben diese Reihenfolge und Gewichtung aber revidiert die Denkschrift.

Eine ethisch tragfähige Ökonomie baut nicht in erster Linie, wie die Denkschrift meint auf Spielregeln auf, die tugendhaft befolgt werden, wie die Denkschrift meint, sondern auf Gerechtigkeit und Fairness der Spielregeln, die das Handeln der Menschen anleiten. Wie weit die real existierende Marktwirtschaft von den schönen Leitbildern abweicht, belegt der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht des Bundesregierung und ist in jeder Lebensmittelausgabestelle von Diakonie oder

Caritas zu besichtigen. Die erstaunliche Zurückhaltung der Denkschrift gegenüber den realen Fehlentwicklungen der realisierten Marktwirtschaften der vergangenen drei Jahrzehnte und der gerade in Deutschland offenkundigen Verteilungsungerechtigkeit (mehr hierzu im Folgenden) korrespondiert mit der unkritischen Behauptung, in Deutschland spiele die Shareholder-Value-Option keine oder allenfalls eine nachrangige Rolle (Ziff.47). Die Verhältnisse werden beschönigt und es werden Kooperation und Konsens nicht nur beschworen, sondern es wird deren durchgängiges Vorhandensein in den Unternehmen und zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern suggeriert.

Die Denkschrift verschleiert nicht nur den gravierenden Unterschied zwischen der originären Sozialen Marktwirtschaft und ihrer als »neu« oder »weiter entwickelt« bezeichnete Niedergangsversion der vergangenen Jahrzehnte, sondern plädiert ganz eindeutig für die seit etwa zwei Jahrzehnten in Deutschland leitend gewordene neoliberale Wirtschaftsauffassung. Während sich das Sozialwort noch klar von dieser »Kapitalismus pur« genannten Version des neoliberalen Kapitalismus abgrenzt, wird in der Denkschrift diese nirgends relativiert oder gar klar kritisiert.

Geschrieben wurde die Denkschrift am Vorabend der Wirtschaftskrise. Altes Denken prägt die Denkschrift. Sie ist politisch, wirtschaftlich und sozial von gestern.

11. Die Denkschrift gerät in eine neoliberale Falle.

Fast ausschließlich wird in der Denkschrift mikroökonomisch, eigentlich sogar nur betriebswirtschaftlich argumentiert. Damit werden die prinzipiellen Unterschiede zwischen betriebswirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Rationalität verdunkelt. Völlig unzulässig wird von der Mikro- auf die Makroebene geschlossen, was als mikroökonomischer Fehlschluss bekannt ist. Die jedem Nationalökonom eigentlich bekannten Gegensätze zwischen betriebswirtschaftlicher Gewinnorientierung bzw. einzelwirtschaftlicher Nutzenmaximierung (bezogen auf die privaten) Haushalte und gesamtwirtschaftlichen Stabilitätsanforderungen werden dadurch bagatellisiert, wenn nicht gar implizite bestritten. Doch genau dadurch gerät die Denkschrift in eine neoliberale Falle.

12. Die Politik ist nicht die Lösung, sondern das Problem. Die soziale Krise und die Finanzkrise sind zwei Seiten einer verfehlten Wirt-

schaft-, Finanz- und Sozialpolitik. Die ehemals sozial konzipierte Marktwirtschaft ist durch die Politik unsozial gemacht worden und wird dann als sozial verklärt.

Die derzeitige Wirtschaftskrise hat gelehrt: Der Staat ist nicht die Lösung des Problems sondern Bestandteil der Krise. In den letzten Jahren ist in seiner Gesetzgebung auf die Wünsche der Finanzmarktakteure eingegangen. Beschränkung des Börsenhandels wurde gelockert, der Derivat Handel und die Zweckgesellschaften wurde zugelassen und Gewinne aus dem Verkauf von Industriebestandteilen steuerfrei gestellt. Der Koalitionsvertrag der Regierung Merkel hat noch gefordert, »die »Finanzaufsicht mit Augenmaß« zu verfolgen. Die unternehmerischen Freiheiten der Kapitalmarktakteure wurden aktiensteuer- und unternehmensrechtlich erweitert. Die Gewerkschaften wurden durch die politische Deregulierung und Prekarisierung des Arbeitsmarktes geschwächt. Hohe Einkommen und Vermögen wurden steuerlich privilegiert. Die Teilprivatisierung der sozialen Sicherungssysteme und der Daseinsvorsorge erweiterte das Anlagespektrum auf den Finanzmärkten. Die Kehrseite der steigenden Einkommens- und Vermögenskonzentration waren stagnierende Masseneinkommen. Hierzulande stiegen die Realeinkommen der Beschäftigten nicht einmal mehr im Aufschwung. Neuere statistische Daten zur Vermögensverteilung in Deutschland belegen die Scherenentwicklung, die sich nicht mehr mit dem Selbstbild einer »sozialen« Marktwirtschaft begründen lassen (DIW Wochenbericht, 4/2009): Das Nettogesamtvermögen betrug 2007 in Deutschland 6.6 Billionen Euro. An dieser Summe hatten 50 % aller Haushalte überhaupt keinen Anteil, d. h. die unteren fünf Dezile gingen sozusagen leer aus. Doch auch innerhalb der oberen Hälfte, d. h. jenen 50 % der Haushalte mit Vermögen, zeigt sich eine extreme Ungleichverteilung: Das reichste eine Prozent der Haushalte verfügt über 23 % des Vermögens; die obersten 5 % über 46 % und die reichsten 10 Prozent über 61.1 % des Nettovermögens. Anders formuliert: auf die 90 % der deutschen Haushalte unterhalb des obersten Dezils entfielen 38.9 % des Nettovermögens. Am unteren Ende der Pyramide gab es nur Schulden.

13. Sozial und ökologisch blind

Die jüngste Entwicklung hat deutlich gemacht: Entfesselte Märkte sind sozial blind. Es gibt keine soziale Form der Kapitalverwertung. Das Soziale am Kapitalismus wurde ihm stets in verteilungspolitischen Auseinandersetzungen abgerungen.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben sich in diesen Konflikten große historische Verdienste erworben. Diese Erkenntnis muss wieder zum Allgemeingut politischen Handelns werden.

14. Zeigen uns Müller-Armack und Ludwig Erhard einen Weg aus der Krise?

Eine zentrale politische Herausforderung der Zukunft besteht in der umfassenden sozialstaatlichen Regulierung des modernen Kapitalismus.

Der Sozialstaat der Zukunft braucht ein ausgewogenes Verhältnis von Flexibilität, sozialer Sicherheit und Qualifizierung. Mindestlohn, Kündigungsschutz und hohe Lohnersatzleistungen sorgen für ein Mindestmaß an Einkommens- und Beschäftigungsstabilität. Die Risiken prekärer Erwerbsverläufe müssen durch Grundsicherungsmodelle abgedeckt werden. Die großen sozialen Sicherungssysteme müssen zu einer Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden. Für die Finanzierung des zukünftigen Sozialstaates müssen Gewinn- und Vermögenseinkommen steuerlich stärker herangezogen werden. Marktversagen erklärt nur einen Teil der aktuellen Krise. Ein neuer Ordnungsrahmen ist wichtig, löst aber nicht die Krise des kapitalistischen Produktions- und Konsummodells. Eine Rückbesinnung auf die ordoliberalen Grundlagen der sogenannten Sozialen Marktwirtschaft führt hingegen direkt in die Sackgasse.

15. Entfesselte Märkte sind aber nicht nur sozial, sondern auch ökologisch blind. Der Kapitalismus untergräbt gerade seine eigenen Produktionsgrundlagen.

Schreitet der Klimawandel fort, dann wird schon bald ein Fünftel des globalen Sozialproduktes verloren gehen. Natürlich kann durch einen ökologisch ausgerichteten Umbau der marktkonformen Anreizsysteme brachliegendes Kapital in regenerative Energien, Ressourceneffizienz, Energiesparmaßnahmen und Effizienztechnologien umgeleitet werden. Das allein reicht aber nicht aus. Zu groß sind die Widerstände der Träger und Profiteure des fossilen Kapitalismus. Hier brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der im Rahmen einer ökologischen Industriepolitik als Entwickler, Innovator, Investor und Nachfrager voranschreitet.

16. Der soziale Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft hat sich als reichlich mager herausgestellt.

Das Vertrauen auf den Staat löst nicht das Steuerungsproblem. Damit der Staat für die Lebensdienlichkeit der Wirtschaft eintritt, braucht er eine aktive Zivilgesellschaft. Die fehlende demokratische Verankerung ist die offene Flanke des bisherigen Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft, die nur auf den handlungsfähigen Staat vertraut. Nell-Breuning hat zum großen Verdruß von Müller-Armack die praktizierte Soziale Marktwirtschaft eine »theoretische Begleitmusik« der Wirtschaftspolitik genannt. Er bedauert später zurückblickend, dass die scharfen Konturen der ursprünglichen Konzeption einer sozial befriedigenden Marktökonomie in der weiteren Entwicklung der Bundesrepublik gänzlich zerfließen seien. Übriggeblieben sei nun nicht mehr als ein »sozial temperierter Kapitalismus«.

III. Konturen einer Sozialen Marktwirtschaft, die ihren Namen verdient: eine demokratische, sozial regulierte und ökologisch nachhaltige Marktwirtschaft: Priorität der Arbeit, Priorität für die Arbeit vor dem Kapital

17. Leitformel einer zukunftsfähigen Marktwirtschaft: Demokratisierung und Priorität der Arbeit, Priorität für die Arbeit vor dem Kapital.

Im Kern war die Soziale Marktwirtschaft kooperativ verstanden worden. Daran gilt es anzuschließen für einen Neustart nach der Krise. Wer heute die Soziale Marktwirtschaft protegiert, der muss genau sagen, was das Soziale dieser Sozialen Marktwirtschaft ausmacht:

- Als sozial befriedigend kann eine Wirtschaft nur gelten, wenn sie so geordnet ist, dass jeder Mensch Subjekt des Sozialprozesses der

Wirtschaft ist und keiner bloßes Objekt. Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital.

- Sozial befriedigend ist eine Wirtschaft nur, wenn sie jedem Arbeitswilligen und Arbeitsfähigen Arbeit und Verdienst verschafft und humane Arbeitsbedingungen existieren.
- Sozial befriedigend ist eine Marktwirtschaft, wenn die Wirtschaftspolitik die Wirtschaft bewusst lenkt und der Ertrag der Wirtschaft sozial gerecht verteilt wird.

- Sozial befriedigend ist eine Wirtschaft nur, wenn sie die Freiheit der Beschäftigten und nicht nur die Freiheit der Kapitaleigner stärkt, also sich als ein bewusst kooperativer Kapitalismus begreift (Tarifvertrag, Mitbestimmung, Betriebsverfassung). Hier wäre anzuschließen an die Forderung des Rates der EKD in der Mitbestimmungsdebatte, »das Lohnarbeitsverhältnis zu überwinden«.
- Sozial befriedigend ist eine Wirtschaft nur, wenn eine starke Zivilgesellschaft und starke Gewerkschaften agieren können. Die offene Flanke der sozialen Marktwirtschaft ist die mangelnde wirtschaftsdemokratische Verankerung. Auf der Tagesordnung steht eine demokratische Aneignung des Kapitalismus durch einen Ausbau und die Stärkung von Wirtschaftsbürgerrechten.

Die aktuelle Krise setzt auch die Eigentumsfrage wieder auf die Tagesordnung. Zunächst nur im Fall notleidender Banken. Hier sollte der Staat aber nicht als reiner Reparaturbetrieb auftreten. Der neue öffentliche Eigentümer muss auch kontrollieren und die Geschäftspolitik beeinflussen. Das Märchen vom Staat als per se schlechtem Unternehmer hat ausgedient. Die bisherige Privatisierungs- und Liberalisierungsbilanz hat nicht überzeugen können. Die versprochene billige flächendeckende und hochwertige Versorgung mit öffentlichen Gütern konnte nicht erreicht werden. Von der Entwicklung der Löhne und Arbeitsbedingungen der privatisierten Bereiche ganz zu schweigen. In welchen Bereichen privates, staatliches, vergesellschaftetes oder genossenschaftliches Eigentum die höchste ökonomische und soziale Effizienz bringt, muss wieder neu diskutiert und entschieden werden.


Priorität der Arbeit, Priorität für die Arbeit vor dem Kapital dürfte als sozialetische Leitformel eine sachgerechte christliche Aufgabe sein. Dies führt zu einer weitergehenden Demokratisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft. Dazu ist an die starke wirtschaftsdemokratische Traditionen anzuknüpfen und diese konzeptionell weiter zu entwickeln. Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen bedeutet dann ein Mehr an betrieblicher und überbe-

trieblicher Mitbestimmung, eine demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft, eine bessere Regulierung und makroökonomische Steuerung.

Jetzt angesichts des zutage getretenen Kollaps des Kapitalismus solle die Kirche eine Stimme des Widerspruchs sein. Sie sollte ihre ethischen Leitlinien bekräftigen, denn sie enthalten eine Alternative, auf die die Menschen warten: eine Wirtschaft, die nicht auf Konkurrenz und Wettbewerb baut, sondern auf Solidarität, Gerechtigkeit, Achtung der Schöpfung und der Arbeit des Menschen, Vorrang der Arbeit vor dem Kapital und die Begrenzung des Kapitalakkumulation. Dies wäre ein Rahmen, der genügend Raum lässt für Erwerbssinn und auch unternehmerische Betätigung. Doch sie sind eingebunden in eine zugrundeliegende Solidarität, die dem Wirtschaften eine Orientierung und eine Grenze vorgibt. Schade, dass die Unternehmerdenkschrift sich dieser Aufgabe versagt hat!

Wenn die Unternehmerdenkschrift die ethische Leitperspektive angibt: »eine Wirtschaft mit allen und für alle« (Ziff, 95) – hat sie Recht. Doch ihr Geist stammt noch aus dem alten Denken, das nicht nur vor der Krise herrschend war, sondern auch ursächlich für die Krise. Etwas anderes steht an: die demokratische Aneignung des Kapitalismus, die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Mitbestimmung und eine demokratische Wirtschaftsverfassung. Sozialethisch geht es um die Aufgabe, eine humane und gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu schaffen, welche die durch Unternehmertätigkeit gemeinsam zustande gekommenen Einkommens- und Vermögensgewinnen aus Kapital und Arbeit rechtlich gleichstellt und fair aufteilt. Diese verdient dann eine soziale Marktwirtschaft genannt zu werden. Es würde den Kirchen gut anstehen, diesen Prozess einer Re-Sozialisierung des Marktes voranzutreiben.

Literaturhinweis:

Ulrich Duchrow / Franz Segbers, Hg, *Frieden mit dem Kapital. Wider die Anpassung der evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft*, Oberursel 2008 

Christliche Unternehmensethik in Zeiten der Wirtschaftskrise

Von Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise, EA zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwabenwerder, 22. - 23. 4. 2009.

Der folgende Beitrag gibt einen Vortrag wieder, den Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm anlässlich der Vorstellung der gemeinsam mit Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber bei der Evangelischen Verlagsanstalt herausgegebenen Buchreihe »Öffentliche Theologie« am 11. 3. 2009 bei der Leipziger Buchmesse gehalten hat.

Die Aktualität der Fragestellung

Jede Zeit hat ihre moralischen Signalthemen. Durch politische Konflikte, neue technische Möglichkeiten oder bestimmte geschichtliche Ereignisse geraten Fragen ins Zentrum der öffentlichen Debatte, die die meisten Menschen als moralische Fragen sehen würden. In den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts war es die Debatte um ökologische Fragen, und insbesondere um die Nutzung der Kernenergie. In den 80er Jahren war es die Diskussion um die ethische Legitimität des Gleichgewichts der Abschreckung und die friedensethischen Fragen, die sich damit verbanden. In den 90er Jahren gerieten durch die immer höher werdende Massenarbeitslosigkeit Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik auch in ihren ethischen Dimensionen immer deutlicher ins Zentrum. Um die Jahrtausendwende kamen die Fragen der Bioethik hinzu, die schon allein deswegen unbestritten grundlegende Fragen der Ethik berührten, weil durch die moderne Genetik erstmals die Möglichkeit in Sichtweite kam, das Design des Menschen von Beginn des Lebens an zu beeinflussen oder gar selbst mit zu entwerfen. Schon jetzt darf man sagen, dass die zivilgesellschaftliche Debatte, die um diese Fragen seitdem geführt wird, unabhängig von den damit verbundenen Entscheidungen eine erfolgreiche Debatte war. Die Diskussion ethischer Fragen entstand nicht als Nachklapp zu den politischen Entscheidungen, sondern sie wurde schon im Vorfeld geführt und vermochte daher die politischen Entscheidungen mitzuprägen.

Das zentrale Thema in diesen Tagen ist die Ethik unternehmerischen Handelns. Aus guten Gründen gab es fast keine bischöfliche Predigt am Weihnachtsfest 2008, in der nicht die Frage nach

den moralischen Maßstäben unternehmerischen Handelns gestellt wurde. Das Neue an der gegenwärtigen öffentlichen Debatte ist nicht die natürlich nach wie vor hochnotwendige Diskussion um die politischen und wirtschaftlichen Strukturen und die ethischen Maßstäbe, denen sie gerecht zu werden haben. Das Neue ist die Unmittelbarkeit, mit der die Menschen, die an zentraler Stelle unternehmerische Verantwortung tragen, mit moralischen Maßstäben konfrontiert und auf sie verpflichtet werden. Es gehört heute fast schon zum guten Ton, überzogene Managergehälter anzuprangern und die soziale Verantwortung unternehmerischen Handelns einzuklagen. Und wer sich klar macht, dass etwa die 25 weltweit führenden Hedgefond-Manager im Jahr 2007 877 Mill. Dollar verdienten – und zwar nicht alle zusammen, sondern jeder¹ – der wird auch gute Gründe für diese Diskussion sehen.

Es ist jedenfalls als Fortschritt der politischen Kultur und der Moralökologie unserer Gesellschaft zu werten, wenn die Bedeutung ethischer Maßstäbe in der Wirtschaft im allgemeinen und in der Welt unternehmerischen Handelns im besonderen heute kaum noch bestritten wird.

Wer sich fragt, aus welchen Quellen in einer pluralistischen Gesellschaft eigentlich solche ethischen Maßstäbe gewonnen werden können, der wird natürlich an die aufklärerischen Traditionen denken, mit denen sich die Philosophie beschäftigt, Er wird aber auch aus dem reichen Schatz von Orientierungswissen schöpfen können, der von den Religionsgemeinschaften durch die Jahrhunderte hindurch bis heute überliefert wurde und in jeder Zeit neu zur Sprache zu bringen ist.

Christliche Orientierungsgrundlagen

Das starke Angebot, das die christliche Überlieferung in dieser Hinsicht vorzuweisen hat, heute für die öffentlichen Debatten fruchtbar zu machen, das ist die Aufgabe »öffentlicher Theologie«.

Schon jetzt lassen sich eine Fülle von Beispielen dafür nennen, wie die akademische Reflexion der Theologie über sozialetische Fragen auch für die öffentliche Orientierung fruchtbar werden kann, nicht zuletzt indem sie in Denkschriften der EKD einfließt, die breite öffentliche Beachtung finden. Nach der Armutsdenkchrift »Gerechte Teilhabe«

aus dem Jahr 2006 ist die Unternehmerdenkschrift von 2008 das jüngste Beispiel. Schon bevor die internationale Finanzkrise in ihrer ganzen Drastik offenbar wurde, mischte sich der Rat der EKD mit einem Dokument in die öffentliche Debatte ein, das sein spezifisches Profil genau darin entwickelte, dass es einerseits zu unternehmerischem Handeln ermutigte, dieses Handeln aber andererseits mit klaren ethischen Maßstäben verband.

Auch die Denkschrift über »Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive« entwickelt ihre Thesen auf dem Hintergrund der Grundorientierungen, die inzwischen als fester Bestandteil ökumenischer Soziallehre gelten können. Dazu gehört vor allem die »vorrangige Option für die Armen«, auf die der EKD-Ratsvorsitzende deswegen auch ausdrücklich im seinem Vorwort noch einmal Bezug nimmt. Dass sich der Wohlstand einer Gesellschaft immer auch daran misst, wie es den schwächsten ihrer Glieder geht, ist eine Einsicht, die schon in die frühesten Formulierungen des fast 3000 Jahre alten alttestamentlichen Bundesbuches eingegangen ist. Sie ist mit bis heute inspirierender Leidenschaft von den Propheten Israels öffentlich eingeschärft worden: » Tu weg von mir das Geplärr deiner Lieder; denn ich mag dein Harfenspiel nicht hören! Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Strom« (Amos 5,23f).

Und auch die Verkündigung Jesu wird in den Evangelien an zahlreichen Stellen als Kritik am maßlosen Reichtum und der Missachtung der Interessen der Armen geschildert.

Die Leidenschaft für soziale Gerechtigkeit gehört daher mit guten Gründen zur Geburtsstunde des Protestantismus. Die Heftigkeit, mit der Martin Luther in seinen zahlreichen wirtschaftsethischen Schriften die sozialen Ungerechtigkeiten des Frühkapitalismus im 16. Jahrhundert attackierte, würde ihm heute vermutlich eine Flut von Beleidigungsklagen einbringen und so manchen Bankmanager vor den Kopf stoßen.

Die alten Einsichten der Tradition, die sich mit diesen Quellen verbinden, sind alles andere als von gestern. Sie geben einer Einsicht Leben und Leidenschaft, die in der philosophischen Debatte mit den Mitteln der Vernunft für alle Menschen guten Willens plausibel gemacht werden kann. Es ist jedenfalls bemerkenswert, dass die prominenteste philosophische Gerechtigkeitstheorie des letzten Jahrhunderts, die Theorie des amerikanischen Philosophen John Rawls, zu einem Ergeb-

nis kommt, dessen Konvergenz mit der christlichen Option für die Armen er ausdrücklich vermerkt: Unterschiede in Einkommen, Macht und Vermögen sind in einer Gesellschaft nur dann zu rechtfertigen, wenn die am meisten Benachteiligten die größtmöglichen Vorteile davon haben. Was die Kirchen heute in die öffentliche Debatte einbringen, hält dem Habermasschen Ideal der öffentlichen Vernunft stand und bringt den Schatz der heiligen Schriften mit ihrer Sensibilität »für verfehltes Leben, für gesellschaftliche Pathologien, für das Misslingen individueller Lebensentwürfe und die Deformation entstellter Lebenszusammenhänge« (Habermas), so in die heutige Zeit ein, dass sie auch für die säkulare Welt neue Bedeutung gewinnen.

Was bedeutet das nun für die Ethik unternehmerischen Handelns?

Ethik unternehmerischen Handelns

Unternehmen sind keine karitativen Vereinigungen. Aber sie müssen ihr notwendiges Streben nach wirtschaftlichem Erfolg in eine Perspektive gesellschaftlicher Verantwortung stellen, die auch die Situation der schwächsten Glieder miteinbezieht und sich in auch in ihren notwendigen Bemühungen, sich im Wettbewerb zu behaupten, an der Menschenwürde orientiert.

Die EKD-Denkschrift zum unternehmerischen Handeln in evangelischer Perspektive macht das an vielen Punkten deutlich. Der Maßstab der Menschenwürde – so zeigt die Denkschrift – ist alles andere als ein abgegriffenes Allerweltswort, das bestenfalls dazu taugt, die moralische Empörungintensität zu steigern. In Aufnahme der berühmten Kantischen Definition sieht sie die Würde des Menschen darin, dass der Mensch nie auf ein Mittel zum Zweck reduziert wird, sondern immer zugleich Zweck an sich ist. Und dann wird konkret beim Namen genannt, wo eine solche Grundorientierung in unternehmerischem Handeln verletzt wird:

»Wenn die Mitarbeiter ... in ihren grundlegenden menschlichen Bedürfnissen missachtet und damit in ihrer Würde ignoriert werden, werden sie darauf reduziert, Mittel zum Zweck zu sein. Eine solche Reduzierung von Beschäftigten auf das Mittel zum Zweck drückt sich aus, wenn Entlassungen nicht nur als allerletzte Möglichkeit eingesetzt, sondern allein zur Erhöhung von ohnehin hohen Gewinnen vorgenommen werden. Sie drückt sich aus, wenn Unternehmen Mitarbeiten-

de in Schwellenländern zu Hungerlöhnen beschäftigen und sie unter Bedingungen arbeiten lassen, die Leben und Gesundheit gefährden, oder wenn Kinder ohne Schulabschluss arbeiten müssen. Sie drückt sich aus, wenn Beschäftigte sich hierzulande nicht mehr trauen, im Krankheitsfall zu Hause zu bleiben oder zum Arzt zu gehen, oder auch, wenn im Unternehmen ein Klima herrscht, in dem alle menschliche Kommunikation allein dem wirtschaftlichen Unternehmenszweck untergeordnet wird und das soziale Gefüge keine Rolle mehr spielt.«

Maßgabe für unternehmerisches Handeln in ethischer Verantwortung ist die Orientierung am Menschen: » Menschen werden als solche in einem Unternehmen wahrgenommen, wenn sie nicht nur funktional als Arbeitskraft, sondern auch als Person mit ihrer eigenen Biografie und ihrem persönlichen Umfeld gesehen werden.« Es gehört nicht viel zeitdiagnostische Begabung dazu, wahrzunehmen, dass die Eigendynamik wettbewerblicher Prozesse in der zunehmend globalisierten Wirtschaft eine solche Orientierung am Menschen immer mehr unter Druck gebracht hat. Umso dringlicher ist die Entwicklung eines Ordnungsrahmens für die globalisierte Wirtschaft, der solchen ethischen Grundorientierungen auch die Anreizstrukturen gibt, die ihre Umsetzung fördern statt sie zu verhindern.

Zu Recht wird die Frage nach den richtigen Anreizstrukturen gegenwärtig besonders intensiv debattiert, wenn es um die gerechte Bemessung von Gehältern und Einkommen geht.

Gehälter und Gerechtigkeit

Eines der beliebtesten Worte in Politik und Wirtschaft zur Abwehr der Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit in der Vergangenheit war das Wort »Neiddebatte«. Man wies darauf hin, dass das Finanzvolumen, das sich aus hohen Gehältern von Spitzenkräften ergebe, vergleichsweise so gering sei, dass eine Absenkung ohnehin keinen Verteilungsspielraum für die breite Masse ergebe. Das leitende Motiv für eine Verteilungsdebatte sei deswegen der Neid.

Dieses Argument verfehlte schon damals den Kern der Sache. Denn das Thema, um das es ging, war das Thema »Gerechtigkeit«. Niemand würde ein vergleichbares Argument im Strafrecht akzeptieren. Kein Ladendieb bei Aldi kann sich darauf herausreden, dass die 30 € Schaden, die durch den Diebstahl eines Billig-Handy entstün-

den nichts seien im Verhältnis zum Vermögen der Aldi-Brüder, so richtig diese Feststellung wäre. Wer diesem Argument nachgeben würde, würde nämlich einen Verlust an Rechtskultur riskieren. Was für den kleinen Ladendieb im Strafrecht gilt, das gilt noch viel mehr für den Großverdiener in der Gerechtigkeitsarchitektur einer Gesellschaft: sein hohes Einkommen muss sich mit den Gerechtigkeitsmaßstäben, die in einer Gesellschaft gelten, rechtfertigen lassen, will eine Gesellschaft nicht ihren sozialen Zusammenhalt aufs Spiel setzen.

Die Wirtschaftselite einer solchen Gesellschaft darf sich jedenfalls nicht wundern, wenn gerade in Zeiten der Krise, in denen gerade die schwächsten Glieder der Gesellschaft besonderen Belastungen ausgesetzt sind, in der Bevölkerung ein Gefühl aufkommt, das schon Martin Luther in der Zeit des Frühkapitalismus in seiner Schrift »Von Kaufshandlung und Wucher« (1524) gegenüber einer Verquickung von Politik und Geldelite zum Ausdruck gebracht hat:

»Könige und Fürsten sollten hier drein sehen und dem nach strengem Recht wehren. Aber ich höre, sie haben Anteil daran und es geht nach dem Spruch Jes. 1, 23: »Deine Fürsten sind der Diebe Gesellen geworden.« Diweil lassen sie Diebe hängen, die einen Gulden oder einen halben gestohlen haben, und machen Geschäfte mit denen, die alle Welt berauben und mehr stehlen, als alle anderen, damit ja das Sprichwort wahr bleibe: Große Diebe hängen die kleinen Diebe, und wie der römische Ratsherr Cato sprach: Kleine Diebe liegen im (Schuld)turm und Stock, aber öffentliche Diebe gehen in Gold und Seide.« Die Assoziationen an die Kassiererin, die wegen 1,30 € nach jahrzehntelanger Arbeit an der Kasse einer Lebensmittelkette gerichtlich abgesehnet ihren Job verloren hat, drängen sich auf.

Es ist heute wohlfeil geworden, auf die hohen Managergehälter zu schimpfen. Und wenn Politiker, die noch vor kurzem selbst mit dem Stichwort »Neiddebatte« schnell bei der Hand waren, sich nun als die Vorkämpfer sozialer Gerechtigkeit profilieren, mag mancher nicht zu Unrecht Populismus wittern. Dennoch lässt sich das Problem nicht auf solchen Populismus reduzieren. Es betrifft die moralische Infrastruktur der Gesellschaft, die gerade in Zeiten der Krise besonderer Bewährung ausgesetzt ist.

Die Bedeutung der Reziprozität in Zeiten der Krise

Es geht dabei um eine Dimension gesellschaftlichen Zusammenhalts, die von zentraler Bedeutung ist. Ich nenne sie »Reziprozität«. Mit Reziprozität ist hier nicht primär die Gegenseitigkeit im direkten Austausch von Waren und Dienstleistungen gemeint. Reziprozität meint Gegenseitigkeit auf einer viel grundlegenden Ebene. Diese Art von Gegenseitigkeit bezieht sich auf die Gesellschaft als ganze und beruht auf einem tief verwurzelten Vertrauen, das für den sozialen Zusammenhalt entscheidend ist. Die Menschen in einer Gesellschaft müssen das Gefühl haben, dass sie im Prinzip alle von der gesellschaftlichen Zusammenarbeit profitieren. Ohne Zweifel haben Appelle an die Opferbereitschaft der Bevölkerung gerade in Zeiten der Krise ihre Bedeutung. Und dass aus der Sicht christlicher Ethik die Bereitschaft, die eigenen Interessen zugunsten der anderen zurückzustellen, ein hoher Wert ist, daran kann kein Zweifel bestehen. Appelle an die Opferbereitschaft werden aber dann schal und entwickeln kontraproduktive Dynamiken, wenn es die Starken sind, die Opfer von den Schwächeren verlangen anstatt umgekehrt. Der Volksmund hat dafür das Wort vom »Wasser predigen und Wein trinken« gefunden. Um dieses Reziprozitätsgefühl oder seine Gefährdung geht es, wenn in diesen Tagen zu Recht davor gewarnt wird, dass als Ergebnis der Finanzmarktkrise die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert werden, eine Warnung, die auch die zurückliegende Bremer EKD-Synode in ihrem Beschluss zur Finanzmarktkrise noch einmal deutlich ausgesprochen hat.

Meine These ist, dass die Frage, ob wir in unserem Land gestärkt aus dieser Wirtschaftskrise hervorgehen, sich wesentlich daran entscheidet, ob die möglichen Einschnitte diesmal im Einklang mit dem Reziprozitätsgefühl der Bevölkerung vorgenommen werden. Bei den vergangenen Agenda 2010-Reformen, war das nicht oder nur sehr bedingt der Fall. Dass die Hartz-Reformen den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht gestärkt, sondern bis heute eher geschwächt haben, ja eine ganze Volkspartei fast zum Zerbrechen gebracht haben, das liegt wesentlich daran, dass ein immer größerer Teil der Bevölkerung sich – nicht zu Unrecht – zunehmend vom sozialen Absturz bedroht fühlte, während ein anderer Teil der Bevölkerung sein Vermögen ins Unermessliche steigern konnte.

Was immer in den kommenden Wochen und Monaten von Politik und Wirtschaft an Konzep-

ten oder gar Rezepten entwickelt wird, um der Wirtschaftskrise Herr zu werden, es muss den Reziprozitätscheck durchlaufen, soll es nicht zur Gefahr für den in Zeiten der Krise besonders labilen sozialen Zusammenhalt werden. Schon jetzt ist absehbar, dass einige der Vorschläge in der politischen Debatte keine Aussicht haben, einen solchen Reziprozitätscheck zu bestehen. Großzügige Staatshilfen, die auch von den Steuergeldern der Krankenschwester und des KFZ-Mechanikers aufgebracht werden, sind jedenfalls nur dann zu rechtfertigen, wenn klare Mechanismen gefunden werden können, die entweder die Rückzahlung oder die gemeinwohlverträgliche Verwendung dieser Gelder gewährleisten. Und die Forderung nach generellen Steuersenkungen besteht einen solchen Reziprozitätstest nicht, denn sie spült nun ausgerechnet denjenigen das meiste Geld in die Taschen, die auch schon bisher so überdurchschnittlich von der gesellschaftlichen Zusammenarbeit profitiert haben, dass sie ihr Geld schon lange nicht mehr in den Konsum stecken konnten, sondern auf dem Kapitalmarkt anlegten um es so im Schlaf zu vermehren. Eine Steuerreform, die den Reziprozitätstest bestehen will, muss diejenigen besonders die in die Pflicht nehmen, die von den sich jetzt als zerstörerisch offenbarenden Mechanismen in der Vergangenheit besonders profitiert haben.

Worauf kommt es jetzt an?


Es war gut, dass die EKD-Denkschrift endlich in aller Klarheit festgestellt hat, dass unternehmerisches Handeln als wichtiger Beitrag zum Wohlstand einer Gesellschaft auch ethisch zu würdigen ist. Vielleicht ist das auch der wirksamste Weg, um den ethischen Maßstäben, an denen sich unternehmerisches Handeln dabei messen lassen muss, neue Geltung zu verschaffen. Es ist kein Naturgesetz, dass Unternehmerverbände geradezu reflexhaft aufschreien, wenn aus der Politik Vorschläge zur Weiterentwicklung ökologischer und sozialer Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns kommen. Die klügeren unter den Führungskräften in den Unternehmen haben das Entscheidende längst verstanden: unternehmerisches Handeln, das die Suchbewegung hin zu einer am Ziel der gerechten Teilhabe aller orientierten nachhaltigen Wirtschaft zur eigenen Sache macht, ist zukunftsfähiger als enge Interessenpolitik. Auch für die Unternehmen ist der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft in Krisenzeit ein Produktivfaktor. Dass die Unternehmen in Deutschland bisher die Möglichkeiten, Entlassungen zu verhindern,

weitgehend zu nutzen scheinen, gibt durchaus Anlass zu verhaltenem Optimismus.

Unternehmer sind gewohnt, Herausforderungen anzunehmen. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise ist die größte Herausforderung die Verbindung von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit. Christliche Unternehmensethik

ermutigt alle, die in den Unternehmen Verantwortung tragen, dazu, sich dieser Herausforderung zu stellen und sie zu bewältigen.

Anmerkung:

¹ Ulrich Thielemann, *Steuern als Bürgerpflicht und Hort der Fairness*, in: *Forschung und Lehre* 7/08, S. 439. 

»Nachhaltigkeit statt Unstetigkeit«

Von Dr. Reinhard Göhner, Mitglied der Sozialkammer der EKD und Hauptgeschäftsführer der BDA/Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise, EA zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwannenerwerder, 22. - 23. 4. 2009

In der Diskussion über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft erleben wir derzeit eine Renaissance des Ordnungsdenkens und eine Rückbesinnung auf ihre Prinzipien. Soziale Marktwirtschaft lebt von Wettbewerb, braucht aber auch die Begrenzung wirtschaftlicher Macht und funktioniert nur mit gesetzlichen Regeln und mit Verantwortung und Haftung für das eigene Handeln. Nur mit einer an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichteten Ordnungspolitik können Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, sozialer Ausgleich und Beschäftigung nachhaltig gesichert werden. Das ist auch eine der Grundaussagen der Unternehmerdenkschrift der EKD, mit der sich die evangelische Kirche frühzeitig positioniert und eindeutig zur Sozialen Marktwirtschaft bekannt hat.

Die Soziale Marktwirtschaft braucht einen Staat, der dem Markt Regeln setzt und für ihre Durchsetzung sorgt. Daran hat es im Finanzmarkt und bei der Bankenaufsicht national, europäisch und global gemangelt – öffentlichen Warnungen, auch von Seiten der Kirchen, zum Trotz. Darüber hinaus wurden bereits bestehende Regelungen wie Basel I + II z. T. ignoriert. Zudem hatten einige, zweifellos gut gemeinte Regelungen nicht immer die beabsichtigte Wirkung. So hat beispielsweise die Veröffentlichungspflicht einzelner Vorstandsgehälter z. T. eine Sogwirkung der Gehälter nach oben ausgelöst. Die Einführung der Quartalsberichterstattung hat mehr Anreize zur Orientierung am kurzfristigen, nicht am nachhaltigen Unternehmenserfolg gegeben.

Politik und Wirtschaft treten der derzeitigen Krise pragmatisch entgegen und die Bundesregierung hat mit den bisherigen Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung und den beiden Konjunkturprogrammen im Grundsatz richtig und entschlossen gehandelt. Die Stützungsmaßnahmen für den Bankensektor sind unvermeidlich. Bürgschaften für Unternehmen, die nachweislich durch die Krise in Schwierigkeiten geraten sind, sind unter gewissen Voraussetzungen akzeptabel. Mit Staatsbeteiligungen an Industrieunternehmen

werden aber Wettbewerbsverzerrungen und ein Überbietungswettlauf geschaffen, den wir nicht gewinnen können. Die ordnungspolitischen Grenzen staatlichen Handelns müssen gerade auch in der Krise gelten. Deshalb ist es gut, dass die Debatte über die Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft jetzt geführt wird. Es muss jedoch auch danach gehandelt werden.

Über die Notwendigkeit der Grenzen staatlichen Handelns herrscht in Grundsatzreden zumeist Einigkeit, im tagespolitischen Geschäft besteht aber immer wieder die Gefahr, diese Grenzen aufzuweichen. Gerade jetzt muss gelten: Der Staat ist stark, der sich auf seine eigentlichen Aufgaben besinnt und diese verantwortungsbewusst wahrnimmt. Tut er das nicht, droht eine enorme zusätzliche Verschuldung, die vor allem unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit höchst problematisch ist. Bei aller Notwendigkeit von Konjunkturmaßnahmen muss immer wieder hinterfragt werden, ob mit den aktuellen Lösungsansätzen womöglich nicht die Grundlagen für die nächste Krise gelegt werden.

Auch auf Seiten der deutschen Wirtschaft werden große Anstrengungen unternommen, der Krise zu begegnen. Glücklicherweise ist sie mit guten Voraussetzungen in diese Krise gegangen. Durch die vergangenen Wachstumsjahre verfügen Unternehmen über mehr Eigenkapital und bessere Gestaltungsmöglichkeiten bei der Arbeitszeit. Flexible Arbeitszeitregelungen können jetzt helfen, Mitarbeiter durch die Krise hindurch zu halten. Auch Kurzarbeit wird von Unternehmen eingesetzt, um qualifizierte Beschäftigte für die Zeit nach der Krise zu halten und betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Sie ist aber nur eine begrenzte Zeit lang ein geeignetes Mittel und ersetzt langfristig keine notwendigen strukturellen Veränderungsmaßnahmen.

Regeln allein schaffen keine moralische Erneuerung, sie sind aber wichtige Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften in der Sozialen Marktwirtschaft. Entscheidend ist, dass sich jeder seiner Verantwortung bewusst ist. Letztlich kommt es auf das gute Zusammenspiel staatlicher Regulierung und individueller Verantwortung an. Dazu braucht es Verantwortungsträger in Wirtschaft und Politik, die die Grundsätze der Sozialen

Marktwirtschaft im Blick behalten und auch danach handeln. Denn unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem lebt von Voraussetzungen, die

es selbst nicht schaffen kann. Es ist auf Werte angewiesen, die vorgelebt und so erlebbar gemacht werden.



Fragen zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Von Präses Nikolaus Schneider

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise, EA zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwabenwerder, 22. - 23. 4. 2009

Nach Krise, ordnungspolitischen Sündenfällen und Neuanfang – Fragen zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft an Präses Schneider und seine Antworten:

Wie stellen Sie sich nach der Krise einen Neuanfang vor - unter Berücksichtigung besonders der schwachen Gruppen in unserer Gesellschaft?

Vorab: Die derzeitige Finanzkrise halte ich für eine Wesentliche, die nicht mit der technischen Bedienung einiger Stellschrauben zu beheben ist. Die Vertrauenskrise ist eine Grundsätzliche. Wie wollen Sie den Menschen die Trennung auf den Finanzmärkten von Risiko, Haftung und Verantwortung erklären, während wir alle ja die Verantwortung für unser Tun übernehmen sollen, während der Familienunternehmer etwa bis weit in seine Familie hinein für seinen Betrieb steht? Wie will man vermitteln, dass in Hochzeiten der Sozialen Marktwirtschaft der Vorstandsvorsitzende 35 Mal so viel wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer verdiente, nach der Jahrtausendwende das 53fache?

»Der Kapitalismus ist das dynamischste Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das die Menschheit erfunden hat, Stabilität gibt es in ihm nur als Wille und Vorstellung. Kapitalismus ist das unablässige Bohren hochmotivierter und hoch kreativer Individuen an sozialen Ordnungen, in die andere sich gerne einleben würden. ... Kapitalismus als soziale Ordnung ist durch und durch unwahrscheinlich.« (Wolfgang Streeck, Dir. MPI für Gesellschaftsforschung: Lektion zum Kapitalismus, Frankfurter Allg. Sonntagszeitung, 28.09.09)

»Es braucht einen starken Staat, der dem Markt Regeln setzt und für ihre Durchsetzung sorgt. Denn Marktwirtschaft lebt vom Wettbewerb und von der Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Sie lebt von Verantwortung und persönlicher Haftung für das eigene Tun; sie braucht Transparenz und Rechtstreue. Auf all das müssen die Menschen vertrauen können.« (Horst Köhler: Der Markt braucht Regeln und Moral, Berliner Rede v. 24.03.09, FAZ 25.03)

Ich stimme den Vorschlägen zu, die auf dem Tisch liegen. Die internationalen Finanzmärkte brauchen eine neue Ordnung. Es darf keine Schattenbanken mehr geben. Die Arbeit der Rating-Agenturen muss konsequent überprüft werden. Eine Mindestkapitalvorhaltung der Geschäftsbanken und eine wirkliche Verbraucherinformation sind unverzichtbar.

Die Krise wird in Deutschland auch noch stärker ihr wahres Gesicht zeigen, wenn unsere Wahlen in diesem Jahr vorüber sind und wenn die Kosten der Krise noch stärker bei den Arbeitnehmern und Verbrauchern ankommen werden. Noch federt unser staatliches Agieren, unsere starke Sozialpartnerschaft und unsere sozialen Sicherungen die Krise ab. Die Stimmung in Deutschland ist ja deutlich anders als in anderen Ländern, z. B. in Großbritannien, Frankreich oder etwa in den USA (aktuelle Reiseeindrücke...).

In unserer Region allerdings, in NRW, ist die Arbeitnehmerschaft seit dem Herbst in tiefster Sorge und höchster Alarmbereitschaft. Ich nenne die Stichworte *Opel*, *Abwrackprämie* und *Autozuliefererbranche* sowie *Kurzarbeit*. Viele Zeitarbeiter sind bereits entlassen, 400 Zeitarbeiter bei Ford in Köln. Im März haben in NRW über 260.000 Menschen in Kurzarbeit gearbeitet.

Von unserem eigenen Land ausgehend sehe ich einen Neuanfang in der Stärkung der sog. Realwirtschaft, in der Stärkung der Sozialpartnerschaft und in dem, was unter dem Thema »Gute Arbeit« verstanden wird. Wir brauchen modernes, nachhaltiges Wirtschaften in einer ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimension. Ich begrüße sehr Initiativen wie von Bundesarbeitsminister Scholz »Für eine neue Kultur der Arbeit«. Wir hören davon durch eines unserer Kirchenleitungsmitglieder (Ulrich Weber), das in den Beirat dieser Initiative berufen worden ist.

Perspektiven aus der Krise sehe ich besonders dort, wo in nachhaltiger Verantwortung für die Menschen und den gesamten Prozess der Wertschöpfung statt in kurzfristiger Rendite geplant und gehandelt wird. Ich sehe eigentlich einen breiten Konsens in unserer Gesellschaft in Bezug auf diese Ziele.

Unsere Erwerbsarbeit muss lebensdienlich, mitarbeiterorientiert modernisiert werden. Sie muss moderne Biografien von Männern und Frauen

ermöglichen und einer älter werdenden Erwerbsbevölkerung entsprechen. Und sie muss gering Qualifizierte, Teilzeitkräfte, Migranten, Menschen mit Handicaps mitnehmen.

Haben die Protestanten eine besondere Affinität zu staatlichen Lösungen?

»Was den Katholiken die Kirche ist den Protestanten der Staat.« Ja, es mag sein, dass wir aus unserer Geschichte herrührend eine besondere Affinität zum staatlichen Agieren haben.

Ich sehe den Staat als deutlichen Akteur, nicht als Nachtwächterstaat. Ich plädiere aber keineswegs für einen Verzicht auf Markt und Wettbewerb. Es geht um die Rückgewinnung und Fortschreibung einer neuen Balance - zwischen Konkurrenz als fairem Wettbewerb gegeneinander und Politik als gemeinsamer Verabredung von Regeln und Prioritäten.

Ich sehe gute Möglichkeiten gerade in der Struktur unserer deutschen Wirtschaft mit der Vielzahl von klein- und mittelständischen Unternehmen. Ich weiß, dass uns etwa Frankreich sehr darum beneidet.

Als Beispiel aus unserer rheinischen Kirche möchte ich auf unseren landessynodalen Beschluss vom Januar für einen gesetzlichen Mindestlohn verweisen. Wir haben uns nicht für einen gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen, weil wir sehr schnell zum segensreichen staatlichen Handeln greifen wollten. Wir haben um diesen Beschluss gerungen, wohlwissend, dass wir eigentlich starke tarifliche Regelungen vorziehen würden, die auch schwache, schlecht entlohnte Arbeitnehmergruppen ausreichend schützten. Offensichtlich gelingt dies aber nicht in ausreichendem Maß. So sollte zu einer anderen Lösung, einer gesetzlich gesetzten Grenze nach unten, gegriffen werde, um der Ausdehnung der Niedriglöhne entgegen zu wirken.

Auch sehe ich nicht nur die Frage nach staatlichen oder marktwirtschaftlichen Lösungen. Es drängt ja auch die Frage nach nationalstaatlichen und europäischen bzw. internationalen Lösungen. Die desolaten und menschenfeindlichen Finanzmärkte haben im Grunde ja jetzt den Beweis geliefert. Nationalstaatliche Lösungen reichen nicht aus, internationale Lösungen sind extrem anspruchsvoll. Vielleicht ist man ja jetzt nach dem letzten Treffen der G 20 in London und unter der neuen amerikanischen Präsidentschaft ein Stück weiter?

Ist die Abwrackprämie gerecht?

Sicherlich kommt die Abwrackprämie in erster Linie einem bestimmten Sektor unserer Wirtschaft zu Gute. Sind Hilfeleistungen des Staates gerecht, wenn sie an gewisse Größenordnungen, systemische Verwobenheit etc. gebunden sind? Was sage ich einem entlassenen Mitarbeiter eines kleinen Betriebes, der unter keinen Rettungsschirm gestellt wird? In unseren Gesprächen mit dem Handwerk hören wir von deutlichen Problemen mit der Abwrackprämie. Der Umfang von Reparaturarbeiten ist zurückgegangen.


Die Abwrackprämie ist vielleicht eine vertretbare Maßnahme.... Die in dieser Krise sehr schnell geschossenen Maßnahmen müssen natürlich darauf hin überprüft werden, ob sie sich nicht als Risiko für künftige Entwicklungen erweisen.

Entfernen wir uns von Adam Smith?

Das weltweite Finanzsystem ist gescheitert. Es wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer komplizierter, unregulierter und chaotischer. Die Welt leidet unter einer Liberalität, die nicht mehr viel mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft zu tun hat. In den USA wurde der Begriff »Turbo-Kapitalismus« geboren. Seine typischen Merkmale sind der Glaube an ständiges quantitatives Wachstum, immer höhere Leistungsfähigkeit, zunehmende Ungleichheit und ein unregelmäßiger Strukturwandel, der Innovationen hervorbringt aber auch vieles zerstört. Was sich in den letzten Jahren auf den internationalen Finanzmärkten ereignet hat, kennzeichnet ein System, das den vernünftigen, kalkulierten, auf Sicherheit bedachten Umgang mit Geld und mit natürlichen Ressourcen außer Kraft gesetzt hat.

In der Gesellschaft sind tiefe Gräben aufgebrochen. Viele Menschen machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz und um eine sichere Zukunft. Niemand weiß, wie lange die Krise dauern wird und wann der Höhepunkt erreicht sein wird.

»Nun ist wieder die Zeit für Staaten, Zentralbanken und internationale Organisationen, neue Regelwerke zur Kontrolle der Finanzmärkte zu erfinden. (Wenn sie in ein paar Jahren zu sehr den Profit deckeln, wird man sie unauffällig zu lockern wissen.)« (W. Streeck, aaO)

Ja, im Moment gibt es vielleicht Hinweise, dass wir uns von Adam Smith entfernen. Aber der Streit zwischen Smith und Keynes wird keineswegs entschieden sein. 

Unternehmer(tum) in protestantischen Diskurs

Von Prof. Dr. Gert G. Wagner

Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise, EA zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwannenwerder, 22. - 23. 4. 2009.

Der Autor ist seit 2004 (bis Herbst 2009) Vorsitzender der »Kammer für soziale Ordnung« der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Er leitet die Langzeitstudie »Leben in Deutschland« am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und er ist Max Planck Fellow im Bereich Entwicklungspsychologie des MPI für Bildungsforschung in Berlin. Er gibt hier seine persönliche Meinung wider. Der Beitrag ist eine überarbeitete und ergänzte Fassung eines Aufsatzes, der im Deutschen Pfarrerblatt erschienen ist (Heft 4/2009).

Angesichts der Finanzkrise irritierte Ende 2008 nicht nur das Schweigen vieler Ökonomen sondern auch das der Spitzen der großen christlichen Kirchen. In Deutschland hatte die katholische Kirche faktisch ihrem Münchner Erzbischof Reinhard Marx das Feld überlassen, der in seinem Buch »Das Kapital« die Soziale Marktwirtschaft eloquent verteidigt. Die evangelische Kirche kam an Weihnachten mit der persönlichen Kritik des EKD-Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber am Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, immerhin kurze Zeit in die Schlagzeilen (bevor Huber diese Kritik wieder zurücknahm), Öffentlich kaum beachtet wurden allerdings grundlegende Empfehlungen für eine neue Architektur der Finanzmärkte, die die EKD bereits auf ihrer Bremer Synode Anfang November abgegeben hatte. Und die Denkschrift, die der Rat der EKD im Sommer 2008 zum »Unternehmerischen Handel in evangelischer Perspektive« vorgelegt hatte, erregt ein zunehmend größeres Aufsehen. Keine Denkschrift bisher wurde so breit diskutiert wie diese – gerade weil sie sich rechtzeitig auch zu den Finanzmärkten geäußert hatte. Sie wird in für Protestanten typische Weise diskutiert und heftig kritisiert – nach wie vor auch in großen Tageszeitungen. Mit etwas Glück kann aus diesem Prozess in den evangelischen Gemeinden mehr erwachsen als aus einem erzbischöflichen Bestseller.

Die heftige Debatte ist dadurch angefeuert, dass eine Reihe evangelischer Pfarrer und Theologen (und wahrscheinlich auch katholische Priester) großen Unternehmerpersönlichkeiten, dem Unternehmertum und der Marktwirtschaft, insgesamt äußerst skeptisch gegenüber stehen. Dies wurde

durch die Kritik, die im Vorfeld der 2008er Bremer Tagung der Synode an der EKD-Denkschrift »Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive« geübt wurde (Gütersloher Verlagshaus und http://www.ekd.de/download/ekd_unternehmer.pdf) besonders deutlich. Sie verdichtet sich in einem von Ulrich Duchrow und Franz Segbers herausgegebener Sammelband (Frieden mit dem Kapital? Wider die Anpassung der Evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft – Beiträge zur Kritik der Unternehmerdenkschrift der EKD. Oberursel 2008: Publik-Forum-Verlag). Kurzgefasst werfen die Autorinnen und Autoren der Denkschrift bzw. der EKD vor, dass sie nicht nur nicht erkannt haben, dass die »Soziale Marktwirtschaft« in Deutschland faktisch abgeschafft und durch eine neue »neoliberale Ideologie« ersetzt worden sei, sondern dass auch nicht dafür plädieren, den Kapitalismus weltweit zu überwinden. Als visionärer »Dritter Weg« – zwischen dem entfesselten Kapitalismus und dem gescheiterten Realsozialismus – wird eine »Wirtschaft des Genug« vorgeschlagen. Daneben hagelt es neben sozialer und ökonomischer auch eine ganze Menge theologischer Detailkritik, auf die ich hier nur später in einer Fußnote eingehen will, da ich als Ökonom die theologische Diskussion nur begrenzt einordnen kann.

Die linke Kritik an der Denkschrift ist allein deswegen ernst zu nehmen, weil sie augenscheinlich von einem nicht kleinen Kreis evangelischer Gemeindepfarrer und von Theologen getragen wird. Meine persönliche Erfahrung lässt mich sogar vermuten, dass vielleicht die Mehrheit der in den Kirchengemeinden aktiven Mitglieder hinter einer fundamentalen Kapitalismuskritik steht. Denn auch auf den ersten Blick auf der Seite der Marktwirtschaft stehende Gemeindeglieder sind, wenn man genau hinhört, gegen den Manager-Kapitalismus.

Klar ist: wo die Arbeitslosigkeit hoch ist, ist eine kritische Sicht auf die soziale Marktwirtschaft verständlicherweise sehr ausgeprägt. Aber auch da, wo kein industrieller Kern mehr vorhanden ist (z. B. in Berlin), ist die Kapitalismus-Kritik in Kreisen von Dienstleistern und Lehrern auch häufig zu finden. Zentral ist: in ländlichen Gemeinden, wo das Handwerk floriert und Handwerker die Kirche tragen, scheint es mir nur scheinbar anders zu sein. Dort werden die soziale Marktwirtschaft bzw. traditionelle Unternehmer-

persönlichkeiten gelobt, aber umso auffälliger ist die Kritik an den »Großkonzernen« und ihren Managern. Und erst recht an Banken und Börsen – also dem »Kasino-Kapitalismus«.

Grundsätzliches Problem

Ausgangspunkt der Denkschrift war – bereits im Jahr 2003/2004 – ein Unbehagen des Rats der EKD mit dem Verhältnis von (evangelischer) Kirche und Unternehmern bzw. der Marktwirtschaft. Die Leistungen von Unternehmern sollten gewürdigt sowie ein Leitbild verantwortlichen Unternehmertums entwickelt werden. Deswegen gab der Rat bei seiner »Kammer für soziale Ordnung« die Ausarbeitung einer Denkschrift in Auftrag.

Wie schwierig dieses Verhältnis in der Tat ist¹ wird gerade in der Diskussion um die Finanzmarktkrise deutlich und zeigt sich in einem nach wie vor systematische Aneinandervorbeireden von Theologen, Gläubigen in den Gemeinden und Ökonomen. Die Ökonomen werfen – explizit oder auch heimlich – den Theologen und kirchlichen Diskussionskreisen laienhafte Argumentation vor und – noch schlimmer – die Kapitalismuskritiker scheinen das auch faktisch selbst zu glauben. Sie begegnen mit einem sachlich völlig unangemessenen Respekt den Argumenten der Ökonomen, denen sie z. B. – in völlig defensiver, ja hilfloser Manier – Arroganz vorwerfen. Statt offensiv Argumente, die in den neuen Entwicklungen der akademischen Ökonomie massenhaft zu finden sind (Stichwort: behavioral economics), dem alten Ökonomie-Mainstream entgegensetzen und so neue Mehrheiten zu finden, kämpft man gegen alte Lehrbuch-Weisheiten der Ökonomie, die wie eine heilige Schrift ausgelegt werden. Ohne zu merken, dass diese gerade im Moment von den Ökonomen neu geschrieben wird. Entsprechend leicht können die Ökonomen in dieser Situation die Theologie ignorieren. Sie macht keinen wirklichen Unterschied aus.

Wenn also die – in der Tat vorhandene – Arroganz der Ökonomen beklagt wird, ist das Problem nicht nur bei den Ökonomen zu suchen sondern auch bei den kleinmütigen und schlecht informierten Kritikern. Faktisch haben auch die Kirchenleitungen sich der Ökonomie als »Leit-Wissenschaft« ausgeliefert – und nun beklagen sie, dass sie unter dem Versagen dieser Leitwissenschaft leiden.²

Dass sich viele kirchliche Ökonomie-Kritiker schwer tun gehört zu werden liegt nicht nur dar-

an, dass sie in der Tat oft laienhaft argumentieren und darüber hinaus im Ruf stehen zu allem und jedem etwas zu sagen, sondern vor allem auch daran, dass es – so lehren mich meine Erfahrungen – auch an der Spitze von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen viele faktische Bewunderer »der« Ökonomie gibt. Was sie aber nicht davon abhält gleichzeitig vom nicht-kapitalistischen »Dritten Weg« zu träumen. Der betriebswirtschaftliche Jargon wurde vielfach übernommen und viele Leiter von kirchlichen und diakonischen Einrichtungen, die betriebswirtschaftlich agieren müssen, halten sich deswegen (wie andere Unternehmensführer auch) auch für gute Volkswirte (»das muss sich schließlich rechnen[S14]«). Die betriebswirtschaftliche Perspektive reicht aber nicht um volkswirtschaftlich zu agieren. Es verwundert bei dieser Gemenge- und Interessenlage nicht, dass die Kapitel über die Diakonie und kirchliche Betriebe sowohl in der Unternehmer- wie Teilhabe-Denkschrift (2006) – neutral formuliert – wenig zugespitzt sind. Und das Kapitel über »Corporate Social Responsibility«, das man in der Unternehmer-Denkschrift findet, macht eins der grundsätzlichen Dilemmata deutlich: einerseits möchte man den überzogenen Turbokapitalismus kritisieren, andererseits hofft man darauf, dass gerade Großkonzerne »social responsibility« verwirklichen. Den Konzernen und Unternehmern, die sich auf diesen modernen Ablasshandel einlassen kann dann sozusagen vergeben werden.

Vorgehen der Denkschrift

Die EKD-Denkschrift zum unternehmerischen Handeln versucht erst einmal alle relevanten Argumente und Fakten zu systematisieren. Zum zweiten werden vorsichtige Schlussfolgerungen gezogen. Angesichts der gesellschaftlich pluralen Zusammensetzung des Rats der EKD wie der von ihm berufenen »Kammer für soziale Ordnung« ist von vorne herein sicherlich keine allzu scharfe Kritik am »System« zu erwarten. Um so ernster sollte man die im Detail aber beachtliche Kritik und Empfehlungen nehmen.

Beides – Analyse und Empfehlungen – kommen nicht prophetisch-wortmächtig daher. Dies kann man der Denkschrift vorwerfen (wie auch bereits der Armutsdenkschrift zur »Gerechten Teilhabe« aus dem Jahr 2006). Aber eine mitten im gesellschaftlichen Leben stehende zivilgesellschaftliche Organisation wie die EKD hat es nun einmal schwerer als z. B. die römisch-katholische Papst-Kirche pointierte Texte zu verfassen. Jedes ein-

zelle Mitglied des Rates der EKD oder der Sozialkammer hätten schärfer formulieren können – aber dann wäre es keine Denkschrift der EKD – im Sine eines stellvertretenden Konsenses – geworden. Hierzu gehört nun einmal ein pluraler Ansatz – und ggf. eine heftige Diskussion!

Rolle des Unternehmertums

Die EKD-Denkschrift benennt zuerst einmal die positiven Seiten des Unternehmertums, nämlich hohe Produktivität und Wohlstand (die – wenn sie ehrlich sind – auch Kapitalismuskritiker nicht missen wollen). Und für diese Selbstverständlichkeit wird die Denkschrift als »arbeitgebend« oder gar »neoliberal« kritisiert. Dies zeigt wie notwendig sie war und wie notwendig der innerkirchliche Diskurs zum Unternehmertum ist. Denn wir sind nun einmal aus dem Paradies vertrieben und müssen mit knappen Ressourcen wirtschaftlich umgehen. Das »Diktat der Knappheit« ist naturgegeben (um nicht zu sagen: gottgewollt) und ist durch keine einzige Wirtschaftsform zu überwinden. Nicht durch Kapitalismus, nicht durch die »soziale Marktwirtschaft«, und auch nicht durch sozialistisches Wirtschaften. Oder gar eine »Wirtschaft des Genug«, die ja Knappheit nicht beseitigt, sondern nur dazu aufruft sich mit einer schlechten Versorgung abzufinden, die durch unternehmerische Pfiffigkeit und neue Technologien vermindert wäre.. Wo zu ja auch die Bibel aufruft: »Macht Euch die Erde untertan«.

Die EKD-Denkschrift sagt aber auch: man soll es mit der Lobpreisung des Unternehmertums nicht übertreiben. Ausdrücklich widerstand die Denkschrift in ihren Leitthesen der populären Forderung, dass unserer Gesellschaft »mehr Unternehmer« gut tun würde. Vielmehr wird darauf verwiesen, dass viele Menschen die Risiken, die mit Unternehmertum verbunden sind, nicht eingehen wollen und können. Es sind viel mehr Menschen risikoscheu als risikofreudig. Und das ist auch kein Zufall, denn Risikoscheu ist eine viel bessere Lebensstrategie als Risikofreude. Die ganz besonders risikofreudigen Menschen sind längst gestorben. Ganz praktisch betont die Denkschrift, dass es auf keinen Fall in Ordnung ist, wenn unternehmerische Risiken auf abhängig Beschäftigte, die gar keine Chance haben eigenständige Entscheidungen zu treffen, abgewälzt werden. Hier muss ggf. der Staat regulierend eingreifen.

In der Denkschrift werden vor allem auch die Unternehmer daran erinnert, dass auch ihnen ihre

Talente geschenkt wurden. Jemand der wagemutig und klug ist, und der das Glück hatte, dass ihm als Kind auch noch Selbstdisziplin beigebracht wurde, der kann äußerst erfolgreich sein. Aber er sollte nicht glauben, dass – trotz aller harter Arbeit – er alles nur sich selbst zu verdanken hat. Deswegen sind Steuern gerechtfertigt. Typisch für die plurale Aufstellung der EKD ist dann aber, dass die am besten zu rechtfertigende aller Steuern, die Erbschaftssteuer, nicht genannt wird. Und schon gar nicht wäre eine Erhöhung der Erbschaftssteuer innerhalb des Rats der EKD mehrheitsfähig.

Immerhin wird in der Denkschrift zum Unternehmertum nochmals der Standpunkt der Teilhabe-Denkschrift betont, dass Steuern notwendig sind, um einen menschenwürdigen Staat finanzieren zu können. Denn nicht nur Bildung will öffentlich finanziert sein, auch ein umfassender Sozialstaat muss finanziert werden, wenn man dem christlichen Gebot folgen will, dass jeder an der Gesellschaft teilhaben kann. In dieser grundsätzlich positiven Sicht von Staat und Steuern unterscheidet sich die EKD-Denkschrift von liberalen Befürwortern der »sozialen Marktwirtschaft«. Dass es keine Mehrheit für Steuererhöhungen in der Sozialkammer, die die Interessen vieler gesellschaftlicher Gruppen bündelt, gibt, ist sicherlich nicht verwunderlich.

Zur Bedeutung von Regulierungen und sozialer Ordnungspolitik

Dass die Denkschrift eine weltweit bessere Regulierung der Banken und höhere Eigenkapitalausstattung fordert (und zwar bereits bevor die Finanzmarktkrise offenkundig wurde), dürfte angesichts der grundsätzlichen Befürwortung von Staat und Regulierung nicht überraschen. Aber den linken innerkirchlichen Kritikern reicht das nicht aus. Sie fordern eine Verurteilung des »herrschenden Systems« und die Suche nach einer »Wirtschaft des Genug«. Dabei wird vergessen, dass wir aus dem Paradies vertrieben sind und es deswegen sinnvoll ist in unserer Welt mit knappen Ressourcen wirtschaftlich zu handeln. Und die Erfahrung lehrt nun einmal, dass offene Märkte besser in der Lage sind Knappheit zu verringern als zentral verwaltete Volkswirtschaften. Und auch als selbst verwaltete Einheiten (wie im ehemaligen Jugoslawien), die dazu neigen die Insider zu bevorzugen und Outsider darben zu lassen bis das wirtschaftliche ineffiziente System zusammenbricht.

Man kann sich mit Fug und recht über die Probleme freier Märkte erregen, die immer wieder zutage treten; z. B. wie gegenwärtig die Finanzmarktkrise. Aber eine Nicht-Marktwirtschaft ist nach allem was wir wissen keine funktionsfähige Alternative. Und anderem deswegen, weil Gier eine ur-menschliche Eigenschaft ist – wie man bereits im Alten Testament an zig Stellen nachlesen kann. Und wenn die Gier sich nicht auf freien (und staatlich regulierten) Märkten austoben kann, dann führt sie nach allen historischen Erfahrungen zu einer ausufernden Korruption, die insgesamt viel schlimmer ist als die Krisen der Marktwirtschaft. Kirchliche Kritiker sollten bedenken, dass die Bibel nicht davon ausgeht, dass die Gier jemals besiegt wäre. Wenn Dynamik behindert wird kommt es unvermeidlich zur Korruption. Eine christliche Gesellschaft kann sie nur in Grenzen halten und in möglichst unschädliche Bahnen lenken.

Bislang wurde dafür kein besseres System zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse in einer Welt mit knappen Ressourcen gefunden als das der »sozialen Marktwirtschaft«, d. h. eine Marktwirtschaft, die untrennbar mit staatlichen Regulierungen und staatlichem Wirtschaften verwoben ist. Deswegen macht die EKD sich in ihrer Denkschrift und weiteren Stellungnahmen zu recht für die »Soziale Marktwirtschaft« stark. Sie sollte sogar exportiert werden; damit würde man gleichzeitig viele Probleme in der Welt lösen und gleichzeitig dafür sorgen, dass deutsche Unternehmen sich einem fairen Wettbewerb gegenüber sehen.

Von der heilen Welt des Paradieses zu träumen, ist durchaus ehrenwert, aber nicht ausreichend durchdacht. Das Leben im Paradies war ja durch Unkenntnis gekennzeichnet – wer würde heutzutage noch so leben wollen? Und es reicht auch nicht aus, vom »Reich der Freiheit« zu träumen, sondern man muss auch einen Weg dorthin finden. Vielleicht ist ja die soziale Marktwirtschaft ein Weg? Der Weg, den Karl Marx sich für das »Reich der Freiheit« erträumte, war jedenfalls bislang nicht gangbar. Der »Realsozialismus« ist in einer Sackgasse geendet (um den Begriff des Bankrotts zu vermeiden).

Die binnenkirchlichen Utopisten sollten sich auch fragen, ob sie denselben Traum wie Karl Marx träumen wollen. Auf seinen Namensvetter Reinhard Marx können sie sich auch nicht berufen: der Münchner Erzbischof ist zwar durchaus »kapitalismuskritisch«, aber auch er geht ganz deutlich den Weg der Sozialen Marktwirtschaft. Da

seine Kirche, die römisch-katholische, in der Tat ein »Global Prayer« ist, hat er sogar beste Chancen für seinen Weg weltweit zu werben. Das allerdings sollte die evangelische Kirche mit der – und nicht gegen sie – Denkschrift auch tun.

Es ist historisch gesehen auch geradezu lächerlich in Deutschland von einem Siegeszug des Neoliberalismus zu reden, wie es die kirchlichen Kapitalismuskritiker tun. Nur weil einem einige Details der Hartz IV-Reformen nicht gefallen. Die Fundamentalkritiker des deutschen Sozialstaates sollten die Kirche im Dorf lassen und das neoliberale Gerede in Talkshows nicht mit tatsächlicher Politik verwechseln. Sicher: Wir hatten in Deutschland in den letzten Jahren z. B. eine Senkung des Spitzensteuersatzes, die dazu führte, dass die Einkommensverteilung ungleicher wurde. Das war gewollt und man kann es kritisieren, aber die Politik der Schröder-Regierung war und ist nicht mit der Abschaffung des Sozialstaates gleichzusetzen. Zudem wurde in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit konjunkturell abgebaut, so dass auch die Armut abnahm. Das deutsche Steuer- und Sozialsystem verteilt nach wie vor jährlich dreistellige Milliardenbeträge um und die bundesdeutsche Umweltschutzpolitik kann sich weltweit sehen lassen. Diese öko-soziale Marktwirtschaft funktioniert – im Gegensatz zu ihren nicht zu Ende gedachten Überlegungen zur »Wirtschaft des Genug«. Deswegen ist es nach wie vor ein sinnvolles Ziel die soziale Marktwirtschaft weltweit exportieren zu wollen.

Richtig ist auch: die Finanzmärkte waren tatsächlich zu »Monstern« geworden. Wie selbst Bundespräsident Horst Köhler beklagt. Aber deswegen kann man die Finanzmärkte nicht abschaffen. Denn im Interesse der Menschen braucht jede moderne Volkswirtschaft Kredite und Versicherungen. Im Zuge des Klimawandels wird die Bedeutung von Versicherungen (zur Bewältigung von »Elementarschäden«) sogar noch zunehmen müssen. Gegen Auswüchse und Missbrauch helfen nur ständige Nach-Regulierungen. Allerdings werden sie aufgrund von menschlicher Pfiffigkeit der Realität immer hinterher hinken! Das konnte man lehrbuchartig in der DDR beobachten: Obwohl der Staat alles streng regulierte, fanden die Bürger immer wieder Wege zu ihrem eigenen Vorteil aus diesen Regeln auszubrechen. Genau mit diesem Problem beschäftigt sich die EKD-Denkschrift ausführlich.

Zur Bedeutung einer Tugend-Ethik

Das System-Problem der Finanzmärkte besteht darin, dass die Pfiffigen keine Gesetze brechen; vielmehr nützen sie Lücken aus! Durch Individualethik, etwa durch die Zehn Gebote (»Du sollst nicht lügen«, »Du sollst nicht begehren...«), kann man versuchen, individuelles Verhalten, das an und über vernünftige Grenzen hinausgeht, einzudämmen.³ Sodass z. B. Banker, die gewagte Kredite vergeben könnten, dies aufgrund von verinnerlichten Normen nicht machen (weil sie dieses Handeln intrinsisch für falsch halten). Spezifiziert wurde diese Forderung nach einer Stärkung der »Tugend-Ethik« in der Denkschrift mit dem Bild des »ehrbaren Kaufmanns«.

Die Tugenden des »ehrbaren Kaufmanns« kommen erst da ins Spiel, wo Gesetze und Regulierungen nicht greifen, da Lücken ausgenutzt werden können. Insofern ist dieser Rekurs auf Individual-Ethik durchaus »systemisch« gedacht. So wie es die Kritiker fordern, die ja lieber »das« System statt menschliches Verhalten analysieren. Und neuere Analysen zeigen, dass Tugenden, die beim Abweichen von diesen ein »schlechtes Gewissen« verursachen, einen enorm wichtigen Selbstregulationsprozess darstellen.⁴

Zusammenfassend gilt: man kann die bestehenden Regulierungen sicherlich verbessern, aber die Erfahrung lehrt, dass der Gesetzgeber und der regulierende Staat immer wieder hinter der Pfiffigkeit von Erfindern – sei es von Technikern, sei es von »Finanzjongleuren« – hinterherhinken. Trotzdem kann man sich z. B. vorstellen, dass künftig neue Finanzprodukte erst nach einem Zulassungsverfahren, das mit dem von neuen Medikamenten vergleichbar sein könnte, zugelassen werden. Freilich: wenn die Regulierung zu strikt ist, werden wiederum Ausweichstrategien entwickelt werden.

Für die Entlohnung von Managern, die in vielen Fällen zu recht hart kritisiert wird, gesetzliche Höchstgrenzen vorzusehen ist äußerst schwierig zu rechtfertigen und wenig praktikabel. Die Denkschrift sagt deswegen »nur«, dass in einem Unternehmen die Bezüge des Managements gegenüber den am geringsten Entlohnten gerechtfertigt werden müssen. Dies zu beurteilen ist Sache von Aufsichtsorganen. Für die Ausgestaltung von Management-Vergütungssystemen kann man sich allerdings – insbesondere im Finanzsektor – gesetzliche Regulierungen vorstellen die verhindern, dass Vergütungssysteme vertraglich vereinbart werden, die Krisen verschärfen, weil Manager zur

»Vertuschung« von Risiken Anreize haben immer größere vor allem kurzfristige Risiken einzugehen und so eine nachhaltige Unternehmensentwicklung zu vernachlässigen.

Utopien statt Verbesserungen?

Die innerkirchlichen Kapitalismus-Kritiker werfen den Verfassern der Denkschrift und dem Rat der EKD einerseits einen Mangel an echten systemüberwindenden Utopien und andererseits Naivität vor, da sie daran glauben würden, dass die soziale Marktwirtschaft tatsächlich exportiert werden könnte. Jeder wisse, dass das niemals gelingen würde. Zudem würde selbst in Deutschland das Soziale keine Rolle mehr spielen. Dazu sei angemerkt:

Wenn der Naivitätsvorwurf stimmt, muss man ihm zugestehen, dass er zumindest eine Utopie darstellt. Beide Vorwürfe können nicht gleichzeitig stimmen. Und in der Tat: die Idee, die Regeln der sozialen Marktwirtschaft weltweit zu exportieren, hat einen gewissen Grad an Utopie. Aber nur große Ideen bewegen die Welt. Das nimmt ja auch die Idee einer »Wirtschaft des Genug« für sich in Anspruch. Wenn sich die fundamentale Weltwirtschafts-System-Krise, die die linken Kritiker der Denkschrift sehen, tatsächlich realisiert, dann kann aus dieser Krise keineswegs nur die radikale und bislang nicht erprobte »Wirtschaft des Genug« resultieren, sondern ebenso könnten alte Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft reaktiviert werden. Ein Export der sozialen Marktwirtschaft wird plötzlich möglich,

Wie steht es nun um die Utopie einer weltweiten Sozialen Marktwirtschaft? Es könnte sein, dass die Auswüchse des Finanzmarkt-Kapitalismus den weltweiten Siegeszug der Sozialen Marktwirtschaft vorbereiten. Denn die Finanzmarkt-Krise machte sonnenklar, dass eine weltweit gültige Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte nötig ist. Wenn es dieses System erst einmal gibt, wird es schwer fallen zu verhindern, dass die Vorzüge einer weltweiten Regulierung auch in anderen Bereichen, etwa Arbeitsbeziehungen und Umwelt, weiterhin ignoriert werden. Eine derartige »Nebenwirkung« einer profanen Regelung gab es vor zweitausend Jahren schon einmal: das römische Fremdenrecht (*ius gentium*), das im römischen Imperium die rechtlichen Beziehungen von Fremden (Nicht-Römern) untereinander regelte (und die rechtlichen Beziehungen von Römern zu Fremden) machte sich vom römischen Ständerecht frei und unterstellte in pauschaler

Weise die Gleichheit aller »Rechtssubjekte«. Aus dieser praktischen und höchst profanen Überlegung heraus entwickelte sich – zusammen mit der christlichen Überzeugung, dass alle Menschen gleichwertig sind – die moderne westliche Überzeugung der Menschenwürde eines jeden Einzelnen. Eine ähnliche Chance der weltweiten Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft gibt es nun. In Deutschland erfolgt ja bereits eine Rückbesinnung und die deutschen Sozialleistungen liegen im weltweiten Vergleich der reichen Länder – auch nach Hartz IV – nach wie vor im oberen Mittelfeld.

Summa summarum gilt: Die christlichen Kirchen sollten die positiven »Nebenwirkungen« der Finanzmarktkrise deutlich in den Vordergrund stellen und eine weltweite Debatte um Regeln der »Sozialen Marktwirtschaft« mit vorantreiben. Dazu ist es zuerst einmal notwendig, die reale Welt des abendländischen Unternehmertums anzuerkennen und unsere soziale Ordnung hier und heute mitzugestalten. Hierfür ist sowohl Selbstbewusstsein wie spezifische Sachkompetenz notwendig. Doch an beidem hat es in den letzten Jahren nicht nur in der Politik und den Wirtschaftswissenschaften sondern auch in den Kirchen gefehlt, wenn man sich betrachtet, dass den Befürwortern einer ideologisch getriebenen De-Regulierung und Privatisierung das öffentliche Feld überlassen wurde.

Die Denkschrift der EKD zum Unternehmertum ist der Versuch die ordnungspolitischen Diskussion in Deutschland und in der Ökumene mit zu gestalten. Dass diese Schrift heftige innerkirchliche Kontroversen auslöst, zeigt, wie notwendig sie war. Die Leitgedanken der Denkschrift sind in Form von Thesen formuliert und umfassen im Postkartenformat nur 10 Seiten. Die Lektüre lohnt sich.


Anmerkungen:

¹ Vgl. auch Hermann Sautter, *Protestantismus und Wirtschaft – Über die Schwierigkeiten und Chancen des Protestantismus bei der Mitgestaltung einer Wettbewerbsökonomie*. Göttingen o. J. (www.iguw.de/texte/Protestantismus_und_Wirtschaft.doc). Meine persönlichen Erfahrungen lassen mich vermuten, dass viele kirchliche Amtsträger, die politisch korrekt die soziale Marktwirtschaft loben, in der Tiefe ihrer Seele doch für einen sozialistischen »dritten Weg« sind. Solange sie das aber

nicht offen aussprechen – oder überzeugend sagen, dass sie für die soziale Marktwirtschaft sind – bleibt nach meiner Überzeugung die Diskussion unfruchtbar.

² Die nun überall zu hörende Forderung nach einer Regulierung der Finanzmärkte ist nicht neu, aber sie war gegen den Zeitgeist. Und das war das eigentliche Problem, das ich mir auch persönlich vorwerfe: Ich[O] habe zwar immer gesagt, es geht nicht um naive Privatisierung und De-Regulierung, sondern um kluge Re-Regulierung. Aber das habe nicht allzu laut gesagt, da es ganz schwer ist gegen den Zeitgeist und die Mehrheit im Kollegenkreis anzukommen. Mir hat der Mut dazu gefehlt. Und man kann sich leicht damit entschuldigen, dass man sagt: »So wichtig bin ich auch nicht und ich kenne mich ja auch nicht überall gut aus. Halte ich lieber mal den Mund und lasse mir nicht vorwerfen über Probleme zu reden, für die ich kein Spezialist bin«. Zudem gab und gibt es ja auch durchaus ein vernünftiges De-Regulierungspotential. Nicht nur im Bereich der großen Netzbetreiber (Bahn, Post, Energie), sondern z. B. auch im Bereich der Kinderbetreuung und des Gesundheitswesens. Aber die Betonung der De-Regulierungs-Möglichkeiten hat schließlich mit zu einer unzureichenden Finanzmarktregulierung beigetragen und zum Desaster geführt.

³ Der Verweis, dass die Zehn Gebote unmittelbar als Leitlinie für Unternehmer und Manager dienen können und sollen, illustriere ich persönlich gerne mit dem Verweis auf das Gebot »Du sollst nicht lügen«. Kritiker – wie Gemeindepfarrerin Silke Niemeyer (Recklinghausen-Altstadt) und der außerplanmäßige Theologieprofessor Ulrich Duchrow – halten das für falsch. Sie verweisen darauf, dass es im Dekalog kein Gebot gibt, das da lautet: »Du sollst nicht lügen«. Sondern es heißt in der Tat: »Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten.« Mit diesem Gebot sollte vermieden werden, dass das Recht gebeugt wird, so dass Bauern ihr Land verlieren und Großgrundbesitz entsteht. Das klassische Beispiel, so Ulrich Duchrow, für eine solche Komplizenschaft des Rechtswesens mit den Mächtigen findet sich bei der Zwangsenteignung von Nabots Weinberg in 1. Könige 21. Theologisch haben – so habe ich mich befehlen lassen – Duchrow und Niemeyer recht. Ich muss aber ehrlich sagen: eine derartig spitzfindige und enge Auslegung widerspricht allem, was wir als Kinder gelernt haben. Nämlich – Gott sei dank – das Gebot »Du sollst nicht lügen«. Ich bin froh, dass ich nicht bei Kapitalismus-Kritikern wie Ulrich Duchrow Konfirmanden-Unterricht hatte. Gleichzeitig beschleicht mich der Verdacht, dass eine derartig abstrakte »Theologie« es den Kritikern der Kirche leicht macht sie als weltfremd zu denunzieren. Die Denkschrift-Kritiker sollten im übrigen nicht falsches Zeugnis gegen die EKD-Unternehmerdenkschrift ablegen. Sie beschränkt sich nämlich nicht nur auf individuelle Appelle, wie die Kritiker behaupten, sondern führt im Detail aus, was an System-Regulierung geändert werden muss. So wird zum Beispiel eine weltweite Bankenaufsicht gefordert und für Banken eine höhere Eigenkapitalisierung. Das verschweigen die Denkschrift-Kritiker. Die Tugend-Ethik des »ehrbaren Kaufmanns« kommt erst da ins Spiel, wo solche Regulierungen nicht greifen, da Lücken ausgenutzt werden.

⁴ Vgl. Schwalbach, Joachim und Günter Fandel (Hg.), *Der Ehrbare Kaufmann: Modernes Leitbild für Unternehmer?*, in: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Special Issue 1/2007*; Mazar, Nina und Dan Ariely, *Dishonesty in Everyday Life and Its Policy Implications*, in: *Journal of Public Policy and Marketing*, 2006, Vol. 25, S. 1-21; Manfred Milinski and Bettina Rockenbach, *Spying on Others Evolves*, in: *Science*, Vol. 317, No. 5837, S. 464 – 465. 

epd Dokumentation



Informationen aus erster Hand

Texte und Dokumente aus Kirche und Gesellschaft

Ich bestelle ein kostenloses Probeexemplar epd Dokumentation

Tel.: (069) 58098-191

Fax: (069) 58098-226

E-Mail: aboservice@gep.de

www.epd.de

Absender

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik gGmbH · Aboservice · Postfach 50 05 50 · 60394 Frankfurt

Aus dem Jahrgang 2008

26/08 – Themen: **VELKD zur Rechtfertigungslehre** (Erklärung der Bischofskonferenz der VELKD) – **Staatskirchenrecht** (Prof. Dr. Hans Michael Heinig) – **Friedensgutachten 2008** (Stellungnahme der Herausgeber des jährlichen Friedensgutachtens der Friedensforschungsinstitute) – 32 Seiten / 4,10 €

27/08 – **Hanna-Jursch-Preis 2007** (Preisverleihung in Augsburg; Zusammenfassungen der eingereichten Arbeiten) – 32 Seiten / 4,10 €

28/08 – Themen: 50 Jahre FEST: **Wissenschaft und Gottesglaube** (Huber) – Evangelische Publizistik: **Publizistische Grundlinien 2008 der bayerischen Landeskirche** – 28 Seiten / 3,40 €

29/08 – **»Islamischer Religionsunterricht. Braucht jede Religion ihre eigene Pädagogik und Didaktik?«** (Ev. Akademie zu Berlin) – 52 Seiten / 5,10 €

30/08 – Themen: EKD-Denkschrift: **Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive** (Auszüge) – EKD-Handreichung: **Schulen in evangelischer Trägerschaft** (Auszüge) – 28 Seiten / 3,40 €

31/08 – **»Erwachsen glauben. Missionarische Bildungsangebote als Kernaufgabe der Gemeinde«** (Missionarische Bildungsinitiative der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste) – 48 Seiten / 4,60 €

32/08 – **»Zusammenfügen, was zusammengehört – Der Bundestag vor der Herausforderung entwicklungspolitischer Kohärenz«** (7. Bericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung zur kohärenten Armutsbekämpfung in der deutschen Entwicklungspolitik) – 32 Seiten / 4,10 €

33/08 – **»Olympische Spiele 2008 – Die Welt schaut auf China«** (Politischer Club der Ev. Akademie Tutzing; China-Serie aus dem epd-Basisdienst) – 60 Seiten / 5,10 €

34/08 – **»Zwang verwandelt die Wohltat in ein Übel«**, Evangelischer Dialog mit Politik und Wirtschaft zu Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik (Wichern-Kongress) – 60 Seiten / 5,10 €

35/08 – **»Dem Glauben Öffentlichkeit geben – 25 Jahre ‚Dietrich-Bonhoeffer-Verein‘«** (Jubiläumsfeier und Fachtagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins) – 56 Seiten / 5,10 €

36/08 – **»Mission im Streit«** (Evangelische Akademie Baden) – 40 Seiten / 4,10 €

37/08 – **»Stand und Perspektiven ethischen Investments in der evangelischen Kirche«** – 60 Seiten / 5,10 €

38-39/08 – **»Familien im Zeittakt?«** Zeitstrukturen des Kinder- und Familienlebens als Herausforderung für

Kirche und Gesellschaft (Referate der Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen) – 76 Seiten / 5,90 €

40/08 – **»Das rechte Wort zur rechten Zeit«** (Auszüge aus einer Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche) – 16 Seiten / 2,60 €

41/08 – **Depression. Zum Umgang mit der Volkskrankheit** (Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin) – 52 Seiten / 5,10 €

42/08 – **Eröffnung der Lutherdekade** (Beiträge von Huber, Hanson, Schäuble, Dorgerloh) – 20 Seiten / 2,60 €

43a/08 – **Ökumenischer Lagebericht 2008** – 20 Seiten / 2,60 €

44-45/08 – **Management und Spiritualität** (Wissenschaftliche Konsultation des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD) – 80 Seiten / 5,90 €

46/08 – **VELKD-Generalsynode 2008** (Berichte und Beschlüsse) – 40 Seiten / 4,10 €

47/08 – **Die Bedeutung von Taufe und Konversion im Asylverfahren** (Dokumentation eines Fachgesprächs) – 40 Seiten / 4,10 €

48-49/08 – **EKD-Synode (1)**: Berichte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Berichte der Werke (Kurzfassungen) – 84 Seiten / 6,40 €

50a/08 – **Wenn Menschen sterben wollen** – Eine Orientierungshilfe zum Problem der ärztlichen Beihilfe zur Selbsttötung (Ein Beitrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland) – 20 Seiten / 3,40 €

50/08 – **EKD-Synode (2)**: Beschlüsse, Berichte, Predigten, Grußworte (Auswahl) – 56 Seiten / 5,10 €

51/08 – **Menschenwürde und Geldbeutel. Wirklichkeit und Möglichkeiten von Armenbestattungen** (Studie von Dr. Wolf-Dietrich Köhler, Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland) – 32 Seiten / 4,10 €

52/08 – **EKD-Synode (3)**: Texte zum Schwerpunktthema der EKD-Synode 2008 in Bremen, ergänzt durch ausgewählte Hintergrundtexte und Beschreibungen gelungener kirchlicher Projekte zu Klima und Wasser – 64 Seiten / 5,40 €

Jahrgang 2009

1/09 – GKKE: **Rüstungsexportbericht 2008** – 68 Seiten / 5,40 €

2/09 – **Religion an öffentlichen Schulen** (Ev. Akademie zu Berlin, Katholische Akademie in Berlin, Evangelische Kirche in Deutschland, Deutsche Bischofskonferenz) – 84 Seiten / 6,40 €

Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

Jahrgang 2009

3/09 – »Die Zukunft beginnt heute« (6. Fundraising-Forum Hessen und Nassau) – 36 Seiten / 4,10 €

4/09 – »40 Jahre Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden – 40 Jahre aktiv für den Frieden« – 64 Seiten / 5,40 €

5/09 – **Religion – Konflikt – Frieden** (Beiträge zur Jahrestagung 2008 des Forschungsverbundes Religion und Konflikt) – 44 Seiten / 4,60 €

6/09 – Themen: **Der Auftrag der Erinnerung** (Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus) – **Wir sind Kirche und nicht die besseren Wirtschaftssachverständigen** (Interview mit Kirchenamtspräsident Barth) – **Kirchenbund oder Bundeskirche?** (Beitrag von Bischof M. Hein) – 24 Seiten / 3,40 €

7-8/09 – **Gesamtkonzept Elbe – eine Flusslandschaft im Wandel** (3. Elbesymposium der Ev. Landeskirche Anhalts) – 80 Seiten / 5,90 €

9/09 – **Kirche im Aufbruch – auch weltweit!** (Partnerkonferenz 2008 der EKD) – 36 Seiten / 4,10 €

10/09 – Themen: **Schutz des arbeitsfreien Sonntags** (Dr. Hermann Barth) – **Diakonie im geteilten und vereinten Deutschland** (Dr. Wolfgang Schäuble) – 20 Seiten / 3,40 €

11/09 – **Die Kirche in den Medien** (Workshop zur Medienarbeit der evangelischen Kirche) – 28 Seiten / 3,40 €

12-13/09 – **Was glauben die »Tiger« und »Drachen«? Religion und Wirtschaft in Ostasien** (Evangelische Akademie Thüringen) – 72 Seiten / 5,90 €

14/09 – **Wertegemeinschaft, Ordnungsfaktor, Interessenverband – welche Aufgabe haben die Gewerkschaften?** Ein Diskurs zwischen Evangelischer Kirche und Gewerkschaften (Referate eines Workshop des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD) – 52 Seiten / 5,10 €

15/09 – Themen: **Die Religion und der Staat / Herausforderungen des interreligiösen Dialogs. Hermeneutische Fragestellungen** (Vorträge von Bischof Dr. Wolf-

gang Huber /Türkeireise einer EKD-Delegation) – 16 Seiten / 2,60 €

16/09 – **Familie gestalten in einer sich wandelnden Umwelt – Familienpolitik in evangelischer Perspektive** – (Referate eines Workshop des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD mit Partnern) – 56 Seiten / 5,10 €

17/09 – **Mein Lohn ist das ich darf? Frauen im Niedriglohn** (Texte einer Fachtagung zu Perspektiven in Gesellschaft, Kirche und Diakonie) – 32 Seiten / 4,10 €

18-19/09 – **»UM GO!TTES WILLEN? – Wir engagieren uns«** (Ökumenische Tagung zum ehrenamtlichen Engagement in Kirche und Gesellschaft) – 120 Seiten / 7,90 €

20/09 – **Religiöse Bildung zwischen Säkularität und Pluralität – Herausforderungen der Religionspädagogik** (Texte einer Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin) 76 Seiten / 5,90 €

21/09 – **»Leitung und Führung in der Kirche – Orientierung in einem zentralen Handlungsfeld«** (EKD-Workshop) – 56 Seiten / 5,10 €

22-23/09 – **Verbundene Tagung der Synoden von EKD und VELKD und der Vollkonferenz der UEK in Würzburg** (Berichte, Predigten) – 68 Seiten / 5,40 €

24/09 – **»Eigenständig und gemeinsam: Die Beiträge der Ressorts der Bundesregierung zur Entwicklungspolitik«** (8. Bericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung zur kohärenten Armutsbekämpfung in der deutschen Entwicklungspolitik) – 28 Seiten / 3,40 €

25/09 – **32. Deutscher Evangelischer Kirchentag** (Predigten, Grußworte Pressestatements. Aus der epd-Berichterstattung), – 64 Seiten / 5,40 €

26/09 – **Die Zukunft des Dritten Weges?** (Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll) – 36 Seiten / 3,40 €

27/09 – **Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise** (Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin) – 60 Seiten / 5,10 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an: GEP-Vertrieb Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt, Tel.: (069) 58 098-191. Fax: (069) 58 098-226. E-Mail: vertrieb@gep.de Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 23,60 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 27,50 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format (Preis auf Anfrage). Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzel Exemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,30 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.